

Freie Universität Berlin  
Fachbereich Politikwissenschaft

## **Diplomarbeit**

**im Studiengang Politik**

**Thema:** Energiepolitik im Baltikum –  
Umsetzung des 3. EU-Liberalisierungspakets zum  
Gasbinnenmarkt in Litauen und Lettland

**eingereicht von:** Pascal Bernhard <pascal.bernhard@belug.de>

**eingereicht am:** 3. April 2014

**Betreuer:** Herr Prof. Dr. Manfred Kerner  
**Betreuer:** Frau Prof. Dr. Miranda Schreurs

---

Diese Diplomarbeit widme ich Frau Andrea Volmary und Herrn Kai-Uwe Christoph, ohne deren Hilfe mein Studienabschluss nicht möglich gewesen wäre.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Fragestellung</b>	<b>10</b>
2.1	Stand der Forschung . . . . .	11
2.2	Quellenlage . . . . .	12
<b>3</b>	<b>Forschungsdesign</b>	<b>15</b>
3.1	Ansatz der Pfadabhängigkeiten . . . . .	15
3.1.a	Logik der Pfadabhängigkeiten . . . . .	16
3.1.b	Institutioneller Wandel . . . . .	19
3.2	Transaction Cost Economics . . . . .	22
3.2.a	Kritik des Modells . . . . .	25
3.2.b	Die Verwendung des Ansatzes . . . . .	27
3.3	Variablen und Hypothesen . . . . .	28
<b>4</b>	<b>Gasmärkte</b>	<b>37</b>
4.1	Merkmale des Gassektors . . . . .	37
4.1.a	Netzinfrastruktur . . . . .	41
4.2	Pfadabhängigkeiten . . . . .	43
<b>5</b>	<b>Liberalisierung und Regulierung</b>	<b>44</b>
5.1	Energieversorgung als öffentliches Gut . . . . .	44
5.2	Die Liberalisierung von Gasmärkten . . . . .	46
5.2.a	Marktregulierung . . . . .	47

<b>6</b>	<b>Gasmarkliberalisierung in Europa</b>	<b>49</b>
6.1	Die erste Liberalisierungsrichtlinie . . . . .	49
6.2	Das zweite Liberalisierungspaket . . . . .	51
6.3	Drittes Liberalisierungspaket . . . . .	53
6.3.a	Vertikale Entflechtung . . . . .	55
<b>7</b>	<b>Umsetzung der EU-Direktive</b>	<b>58</b>
7.1	Umsetzung in Litauen . . . . .	58
7.2	Lettlands zögerliche Umsetzung . . . . .	59
<b>8</b>	<b>Verhältnis zu Russland</b>	<b>62</b>
8.1	Gazprom . . . . .	63
<b>9</b>	<b>Energiemärkte im Baltikum</b>	<b>69</b>
9.1	Der Energiemarkt Lettlands . . . . .	70
9.1.a	Der Gasmarkt in Lettland . . . . .	73
9.2	Der litauische Energiemarkt . . . . .	81
9.2.a	Der Gasmarkt in Litauen . . . . .	82
9.2.b	Marktstrukturen und Pfadabhängigkeiten . . . . .	89
<b>10</b>	<b>Vergleich der Energiepolitik</b>	<b>91</b>
10.1	Die Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina . . . . .	92
10.2	Politische Instabilität in Lettland . . . . .	93
10.3	Bedeutung der Versorgungssicherheit . . . . .	96
<b>11</b>	<b>Energiepolitische Diskurse</b>	<b>97</b>
11.1	Energiepolitischer Diskurs Litauens . . . . .	99
11.2	Energiepolitischer Diskurs in Lettland . . . . .	106
<b>12</b>	<b>Fazit</b>	<b>113</b>
<b>13</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>117</b>

<b>14 Anhang</b>	<b>140</b>
14.1 Erläuterungen . . . . .	140
14.2 Koalitionen und Parteien in Lettland . . . . .	145
14.3 Fragen für Interviews . . . . .	149

## 1 Einleitung

Energiepolitik und Versorgungssicherheit<sup>1</sup> haben im Baltikum eine politische Bedeutung wie in nur wenigen Ländern Europas. Die baltischen Staaten verfügen über keine eigenen Gasreserven und müssen ihren gesamten Bedarf aus dem Ausland importieren. Da sie an keines der Energienetze anderer EU-Länder angeschlossen haben Estland, Lettland und Litauen nicht die Möglichkeit, bei einer Versorgungskrise von ihren europäischen Partnern Erdgas zu beziehen. Bis heute existieren lediglich Öl- und Gaspipelines nach Belarus und Russland. Die politischen Beziehungen mit dem großen östlichen Nachbarn gestalten sich durch historische Altlasten als schwierig, zudem befürchten die baltischen Länder Lieferstopps, die nach den Erfahrungen der regelmäßigen Gasstreitigkeiten zwischen Moskau und Kiew vielmehr als politisch denn wirtschaftlich motiviert gesehen werden.

Im Vergleich zu großen EU-Mitgliedern wie Frankreich, Deutschland oder Großbritannien befinden sich die baltischen Länder gegenüber ihrem russischen Lieferanten in einer deutlich schwächeren Verhandlungsposition: Zu ihrem eindeutig geringeren wirtschaftlichem und politischen Gewicht<sup>2</sup>,

---

<sup>1</sup>Der Begriff *Versorgungssicherheit* kann definiert werden als: „die Gewährleistung, die gesamte Nachfrage zu einem angemessenen Preis zur Verfügung zu haben“ – siehe: Luciani (2004)

<sup>2</sup>Bevölkerungszahlen: Deutschland (80,5 Mio. Einwohner); Frankreich (65,6 Mio.); Vereinigtes Königreich (63,9 Mio.) — *hierzu im Vergleich:* Estland (1,3 Mio.); Lettland (2,0 Mio.); Litauen (3,0 Mio.). Ähnliche Größenverhältnisse bestehen bei der Wirtschaftskraft gemessen als Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (siehe: Anhang BIP) sowohl in absoluten, als auch in relativen Zahlen pro Kopf: Deutschland: 2 666 400 Mio. Euro / 32 600 Euro pro Kopf; Frankreich: 2 032 296,8 Mio. Euro / 31 100 Euro pro Kopf; Vereinigtes Königreich: 1.932.701,9 Mio. Euro / 30 100 Euro pro Kopf — *hierzu im Vergleich:* Estland: 17 415,1 Mio. Euro / 13 300 Euro pro Kopf; Lettland: 22 256,9 Mio. Euro / 10 900 Euro pro Kopf; Litauen: 32 939,8 Mio. Euro / 11 100 Euro pro Kopf (Quelle: Eurostat 2013 – Zahlen zu Marktpreisen). Für Russland sind die

welches weniger Verhandlungsmasse bietet, gesellt sich der erwähnte Mangel an Importalternativen. Aus diesem asymmetrischen Abhängigkeitsverhältnis<sup>3</sup> entsteht ein Gefühl der Schwäche gegenüber dem russischen Handelspartner. Diese Sichtweise prägt die politischen Debatten um Energiepolitik in Litauen und Lettland<sup>4</sup>, jene der drei baltischen Länder, die Gegenstand dieser Arbeit sein werden.

Der staatlich kontrollierte russische Energiekonzern *Gazprom*, bisher einzige Bezugsquelle für Erdgas, wird häufig als Instrument des Kremls angesehen für eine aggressive Außenpolitik, die Russlands Einfluss über die ehemaligen Sowjetrepubliken wiederherstellen will<sup>5</sup>. *Gazprom* ist neben seiner Rolle bei Gaseinfuhren in Lettland und Litauen durch Beteiligungen an den nationalen Gasunternehmen *Latvijas Gāze* (Lettland) und *Lietuvos Dujos* (Litauen)<sup>6</sup> auch in den Marktsegmenten Fernleitung und Vertrieb vertreten.

Die Kontrolle über das entscheidende mittlere Marktsegment „Fernleitung“ mit seiner spezifischen Eigenschaft eines natürlichen Monopols<sup>7</sup> versetzt *Gazprom* in die Lage, Konkurrenten den Zugang zu seiner Pipeline-Infrastruktur zu verweigern. Auch langfristige Lieferverträge zwischen dem russischen Erdgaskonzern und litauischen bzw. lettischen Unternehmen behindern einerseits freien Wettbewerb auf dem Gasmarkt. Die gegenwärtige Markt-

---

entsprechenden Zahlen: Bevölkerung: 143,6 Mio. (Quelle: Statistikamt der Russischen Föderation – Schätzung 2013); Bruttoinlandsprodukt: 10 573 Mio. Euro (Quelle: Weltbank 2013) / pro Kopf

<sup>3</sup>Für Lettland und Litauen ist diese asymmetrische Abhängigkeit stärker gegeben als für Litauen, das bisher in der Position eines Transitlandes für Gaslieferungen an die russische Exklave Kaliningrad war. Der Bau einer Abzweigung der *Nord Stream* Pipeline durch die Ostsee hat alternative Versorgungsmöglichkeiten eröffnen und Litauen somit seiner Sonderstellung unter den baltischen Ländern beraubt – vgl. Chyong, Findlater & Noël (2010)

<sup>4</sup>siehe: Energieministerium der Republik Litauen (2012), **Weitere Quellen notwendig!!!**

<sup>5</sup>Für eine Diskussion dieser Sichtweise siehe: Goldthau (2008)

<sup>6</sup>Der Erdgaskonzern hält zusammen mit einem anderen russischen Unternehmen, Itera Latvija, 50 % der Anteile am lettischen Gasversorger *Latvijas Gāze*. In Litauen hält *Gazprom* 39 % der Anteile an *Lietuvos Dujos*, ebenso wie *Latvijas Gāze* ein sog. vertikal integriertes Energieunternehmen

<sup>7</sup>Für eine ausführlichere Erläuterung siehe: Anhang **Natürliches Monopol**

struktur mit einer vertikal integrierten Wertschöpfungskette – Förderung, Fernleitung und Vertrieb in einer Hand, bzw. indirekt durch Beteiligungen gepaart mit der erwähnten Insellage wird in den nationalen Strategiepapieren zur Energiepolitik eindeutig als Problem angesehen<sup>8</sup>.

Die als *Drittes Liberalisierungspaket* bekannte EU-Richtlinie **2009/73/EG**<sup>9</sup> vom 13. Juli 2009 für den Erdgasbinnenmarkt gibt den baltischen Ländern nun die Möglichkeit, die existierenden vertikal integrierten Strukturen ihrer Gasmärkte aufzubrechen und *Gazproms* Marktmacht deutlich zu schwächen. Das Maßnahmenbündel der Europäischen Union sieht unter anderem vor, Energieunternehmen zu zwingen, ihre Geschäftsaktivitäten Förderung und Vertrieb vom natürlichen Monopol der Netzinfrastuktur zu trennen. Bei der Umsetzung in nationales Recht haben sich die Mitgliedsstaaten die Möglichkeit gewahrt, zwischen unterschiedlichen Entflechtungsmodellen<sup>10</sup> zu wählen. Entweder müssen vertikal integrierte Energieunternehmen<sup>11</sup> ihr Netz komplett veräußern. Hiermit verlören sie die Möglichkeit, Konkurrenten aus dem Markt fernzuhalten, indem sie ihnen Zugang zu Gaspipelines verwehren. Alternativ kann die Netzinfrastuktur weiterhin im Besitz der bisherigen Eigentümer verbleiben, deren Benutzung wird jedoch staatlich reguliert, um auf diesem Wege freien Wettbewerb auf dem Gasmarkt zu gewährleisten.

Während die litauische Politik die Option der vollständigen besitzrechtlichen Entflechtung gewählt hat, ist man in Lettland einen anderen Weg gegangen, bzw. wurde dort, eine Ausnahmeregelung<sup>12</sup> nutzend, die Imple-

---

<sup>8</sup>siehe: Energieministerium der Republik Litauen (2012)

<sup>9</sup>Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes vom 13. Juli 2009 betreffend die gemeinsamen Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG ABl. 2009 L 211: 94

<sup>10</sup>In der Literatur wie auch im Sprachgebrauch der Europäischen Kommission wird in deutschsprachigen Texten neben dem deutschen Wort 'Entflechtung' auch der englische Begriff 'Unbundling' gebraucht. Beide Begriffe werden im Folgenden gleichbedeutend verwendet.

<sup>11</sup>Für eine Erläuterung des Begriffes siehe Anhang [Vertikal Integriertes Unternehmen](#)

<sup>12</sup>RL 98/39/EG, ABl. 1998 L204/12 Art.26 (1); RL 2003/55/EG, ABl. 2003 L176/22 Art.28 (1) ; RL 2009/73/EG, ABl. 2009 Art.49 (1)



mentation der EU-Direktive über Jahre hinausgezögert. In Lettland verbleiben die Gaspipelines beim nationalen Gasunternehmen *Latvijas Gāze*, welches von *Gazprom* kontrolliert wird, jedoch kommen sie unter staatliche Regulierung.

Dass sich Litauen, jedoch nicht Lettland für das strenge Entflechtungsmodell mit der Zwangsveräußerung der Infrastruktur entschieden hat, lässt vermuten, dass geo-strategische Belange nicht in beiden Ländern die gleiche Bedeutung bei der Umsetzung der EU-Vorgaben einnahmen. Diese Arbeit wird der Frage nachgehen, aus welchen Gründen die jeweilige Politik anders entschieden hat, wenn doch aus (zugegebenermaßen oberflächlicher) sicherheitspolitischer Perspektive eine Beschränkung von *Gazproms* Marktmacht im Interesse dieser Staaten sein sollte. Diese Arbeit knüpft an die Integrationsforschung zur Europäischen Union an, die klären will, weshalb manche Politikfelder harmonisiert werden und andere nicht, bzw. wie Differenzen in der nationalen Ausgestaltung europäischer Politikvorgaben zu Stande kommen. Neu gegenüber bisherigen Untersuchungen auf diesem Feld ist der eingangs erwähnte geo-strategische Aspekt. Im Gegensatz zu anderen Bereichen der europäischen Integration sind in der vorliegenden Fallstudie als erklärende Faktoren Sicherheitsinteressen im 'neo-realistischen' Sinne und hiermit verknüpft nationale Souveränität in Form von Energieunabhängigkeit von Russland zu berücksichtigen.

Hier sollte erwähnt werden, mit welchen Bereichen der Integrationsforschung meine Arbeit verglichen wird

## 2 Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

Die Frage, weshalb in Litauen und Lettland ein unterschiedliches Entflechtungsmodell gewählt wurde, soll im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. Trotz augenscheinlich vergleichbarer Ausgangsbedingungen, wie in der Einleitung skizziert, ist der bisherige Entflechtungs- und Liberalisierungsprozess<sup>1</sup> in den beiden EU-Mitgliedern zu einem anderen Ergebnis gekommen. Die Implementation des Dritten Liberalisierungspaketes bietet ein „Most-Similar Case Design“ mit einem beobachtbar unterschiedlichem Resultat, obwohl ein zumindest ähnliches Ergebnis zu erwarten gewesen wäre. Entsprechend hat diese Arbeit den Differenzen der beiden Fälle besondere Beachtung zu schenken, die eine Erklärung für die ungleiche Umsetzung der Brüsseler Vorgaben bieten können. Grundsätzlich muss diese Arbeit die Frage stellen, ob die anfänglich als vergleichbar angenommenen Ausgangsbedingungen der baltischen Länder in der Tat so ähnlich waren, dass mit einem vergleichbaren Ergebnis zu rechnen war.

Zur Bearbeitung der Fragestellung bieten sich mehrere Erklärungsansätze an, wenn auch eine endgültige Antwort im Rahmen dieser Diplomarbeit nicht geleistet werden kann. Lettland und Litauen hatten grundsätzlich die Möglichkeiten, verschiedenartige Formen des Ownership Unbundlings<sup>2</sup> zu

---

<sup>1</sup>In dieser Arbeit wird der Begriff *Liberalisierung* im Sinne von Entflechtung vertikal integrierter Besitzstrukturen auf dem Gasmarkt gebraucht. Dies sollte in diesem Zusammenhang nicht als zugleich Privatisierung staatlicher Unternehmen gleichgesetzt werden.

<sup>2</sup>Der englische Ausdruck *Ownership Unbundling* ist gleichbedeutend mit dem deutschen Begriff der besitzrechtlichen Entflechtung (siehe:). Im Energiesektor ist mit Ownership Unbundling, bzw. besitzrechtlicher Entflechtung die vollständige Trennung der Eigentumsrechte über Vermögenswerte für die Energieerzeugung (bsp. Kraftwerke) von den Eigentumsrechten an Überleitungsanlagen (bsp. Pipelines, Kompressorstationen, etc.), sowie der Trennung aller Ge-

wählen, denn die Direktiven der Europäischen Union geben ausdrücklich den Mitgliedsstaaten Spielraum, bei der Umsetzung die jeweiligen nationalen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Die zu untersuchende Variable *Entflechtungsmodell* konnte demzufolge variieren und fiel im Fallbeispiel der baltischen Ländern unterschiedlich aus. Unter den landesspezifischen Besonderheiten wird a priori zu untersuchen sein, ob die bestehenden Marktstrukturen ein bestimmtes Entflechtungsmodell leichter umsetzen ließen. So können Unternehmen in Erwartung einer erzwungenen Entflechtung, beispielsweise durch exklusive langfristige Lieferverträge die Öffnung des Marktes für Wettbewerb bedeutungslos machen, wenn hierdurch potentiellen Konkurrenten jegliche Geschäftsmöglichkeiten verwehrt werden.

## 2.1 Stand der Forschung

Einen umfassenden Überblick zur Literatur über Energiemarktreformen zu geben, übersteigt einerseits die Dimension des Forschungsvorhabens und ist darüber hinaus im Rahmen einer Diplomarbeit nicht zu leisten. Während die nationale Umsetzung von EU-Richtlinien von der europäischen Integrationsforschung und von Ökonomen ausgiebig untersucht wurde<sup>3</sup>, gibt es zum vergleichsweise neuen Dritten Liberalisierungspaket deutlich weniger Literatur<sup>4</sup>. Gezielt zur Gasmarktliberalisierung im Baltikum existierten zum gegenwärtigen Zeitpunkt meines Wissens nach keine wissenschaftlichen Arbeiten. Im Mittelpunkt der Forschung zur Energiepolitik steht bislang die aus Sicht der baltischen Ländern zentrale Frage der Versorgungssicherheit<sup>5</sup>.

Die Literatur zum allgemeinen Konzept der Versorgungssicherheit<sup>6</sup>

---

schäftsaktivitäten der Energieübertragung von den anderen Aktivitäten des Energieunternehmens [Quelle: Jones (2006), S.183; RL 2009/73/EG, ABl. 2009 Art.26]

<sup>3</sup>siehe: Haase (2008); International Energy Agency (2009); Molle (2006)

<sup>4</sup>siehe: Cottier, Matteotti-Berkutova & Nartova (2010); Schmidt-Preuß (2009)

<sup>5</sup>siehe: Česnakas (2013); Chyong, Findlater & Noël (2010); Dudzińska (2012); Flamos, Psarras & Roupas (2011); Raszewski (2012)

<sup>6</sup>siehe: beispielhaft Bielecki (2002); Bohi & Toman (1996); De Vries, Groenenberg, Kruyt & van

und auch zur Energiesicherheit Europas im Besonderen ist zu umfangreich, als dass an dieser Stelle genauer auf sie eingegangen werden könnte<sup>7</sup>. BALMACEDA untersucht für Litauen die Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland anhand der Beteiligungen russischer Unternehmen im Energiesektor und sieht diese Verflechtungen als Hauptursache für die prekäre Versorgungslage des Landes<sup>8</sup>. GRIGAS geht in ihren Untersuchungen über neo-realistische Ansätze hinaus und versucht das Verhältnis der baltischen Staaten zu Russland aus konstruktivistischer Perspektive als Ausdruck kultureller Normen und Werte gegenüber der ehemaligen Hegemonialmacht zu erklären<sup>9</sup>. Generell ist festzustellen, dass Literatur von „baltischen“ Autoren zum Themenkomplex Russland-Baltikum-Energie nur geringe Ansprüche in Hinsicht auf das Belegen ihrer Aussagen aufweist, und darüber hinaus eine betont Russland-skeptische Haltung die Argumentation durchzieht<sup>10</sup>.

## 2.2 Quellenlage

Wie bereits im vorherigen Abschnitt angeklungen, ist die Quellenlage zur Energiepolitik im Baltikum eher dürftig. Diese Aussage trifft nicht nur zu auf Sekundärliteratur zur Gasmarktliberalisierung zu, sondern gilt bedauerlicherweise ebenso für Primärquellen. Daten der statistischen Ämter Litauens und Lettland sind nicht auf aktuellstem Stand verfügbar und in ihrem Detailumfang nicht mit jenen anderer europäischer Länder zu vergleichen. Auch die Berichte der nationalen Aufsichtsbehörden bieten nur begrenzt verwertbare Informationen zur jeweiligen Situation des Gasmarktes. Sie beschränken sich

---

Vuuren (2009) & Yergin (2003)

<sup>7</sup> siehe: beispielhaft Aalto & Temel (2013); Aleklett, Jakobsson & Söderberg (2010); Azar, Hedenus & Johansson (2010); Bahgat (2006); Belyi (2003) & Larsson (2007)

<sup>8</sup> siehe: Balmaceda (2013)

<sup>9</sup> siehe: Grigas (2012b) & (2013)

<sup>10</sup> siehe: Balmaceda (2013); Grigas (2012a), (2012b); (2013); Šleivyte (2009) und Volovoj & Zdanavičius (2012)

größtenteils auf allgemein gehaltene Aussagen und politische Absichtserklärungen<sup>11</sup>. Im Falle Litauens liegen alle relevanten Gesetze zum Gasmarkt von offizieller Seite übersetzt<sup>12</sup> auf Englisch vor<sup>13</sup>, für lettische Gesetze musste ich mangels entsprechender Sprachkenntnisse auf Verweise in der Sekundärliteratur zurückgreifen. Freundlicherweise gewährten mir zwei Experten, Toms Rostoks vom *Latvijas Ārpolitikas Institūts* (Latvian Institute of International Affairs) und Reinis Abol̃tins vom Thinktank *Providus* per Emailinterviews Einblicke in die Energiepolitik Lettlands<sup>14</sup>.

In dieser Arbeit werden auch Quellen aus den Wikileaks-Cables des amerikanischen diplomatischen Dienstes zitiert. Mag dieses Material zwar nicht wissenschaftlich sein, da nicht objektiv, so ist die Verwendung dieser Telegramme im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit durchaus vertretbar. An dieser Stelle kann argumentiert werden, dass alternative Quellen wie Experteninterviews ebenso eine subjektive und partielle Sicht des Untersuchungsgegenstandes darstellen. Da Telegramme amerikanischer Botschaften ursprünglich weder für Öffentlichkeit noch Wissenschaft bestimmt waren, ist nicht davon auszugehen, diese seien zum Zwecke der öffentlichen Selbstdarstellung geschönt und gäben bewusst nicht den eigentlichen Standpunkt wieder. Im fraglichen Zeitraum in den Jahren 2000 bis heute liegt es fern, anzunehmen, die Lageberichte amerikanischer Botschafter in der Region Baltikum-Russland seien bewusst den Erwartungen der politischen Führung der USA angepasst worden, da diese in jener Periode keine aktive außen-

---

<sup>11</sup>siehe: Sabiedrisko pakalpojumu regulēšanas komisija (2012); Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija (2012)

<sup>12</sup>Office of the Seimas of the Republic of Lithuania (2014)

<sup>13</sup>Für politikwissenschaftliche Ansprüche dürfte die Qualität der offiziellen Übersetzung litauischer Rechtsakte genügen, da die Anfertigung einer Diplomarbeit im Fachbereich Politikwissenschaft keine verbindliche Rechtsberatung nach §22 Abs.1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes (BGBl. I S.2840) im engeren Sinne darstellt.

<sup>14</sup>Die Texte der Befragungen sind über die Links im Literaturverzeichnis verfügbar oder können auf einer UNIX-Shell über das Versionskontrollsystem Git mit dem Befehl: `$ git clone https://github.com/PasBern/Diplomarbeit.git` heruntergeladen werden.

politische Agenda für die Region verfolgte und entsprechend nur pro- oder anti-russische Informationen übermitteln bekommen wollte.

## 3 Forschungsdesign

### 3.1 *Douglass Norths* Ansatz der Pfadabhängigkeiten

Wiederholt wird diese Arbeit auf DOUGLASS NORTHS Ansatz der Pfadabhängigkeiten<sup>1</sup> zurückgreifen, um Energiepolitik in Litauen und Lettland zu erklären. Auch das zur Strukturierung des Forschungsvorgehens angewandte Modell der „Transaction Cost Economics“ von WILLIAMSON<sup>2</sup> baut auf der Logik von Verlaufsabhängigkeiten auf, nach welcher Akteure in Transaktionen Entscheidungen treffen. Das im folgenden Abschnitt [Transaction Cost Economics](#) erläuterte Modell integriert die Folgerichtigkeit individuellen Handelns basierend auf historischen Entwicklungen und Erfahrungen in kollektive Entscheidungsprozesse, die zeitlich und räumlich getrennt voneinander auf unterschiedlichen Ebenen des politischen und wirtschaftlichen Systems ablaufen.

NORTH erklärt institutionellen Wandel über längere Zeiträume hinweg mit Rahmenbeschränkungen, welche diese Veränderungen bestimmen. Hierbei wendet er Erkenntnisse von DAVID zu Entwicklungspfaden technologischen Fortschritts<sup>3</sup> auf wirtschaftliche und politische Organisationen an. Als sehr weit gefasster Begriff werden Institutionen als jedwede formale und formlose Regeln verstanden, die das Handeln von Akteuren, als Einzelpersonen oder als Gruppe, beschränken. Zu diesen Regelwerken zählen einerseits Verfassungen, Rechtssysteme, internationale Verträge und Organisationen wie Unternehmen, Parteien und staatliche Institutionen. In informeller Gestalt gehören Ideologien

---

<sup>1</sup>siehe: North 1990

<sup>2</sup>siehe: Williamson (1998)

<sup>3</sup>siehe: David (1994) & ebenda (1995)

und Wertvorstellungen zu solchen Regelwerken, die wiederum Grundlage sind für spezifischere soziale Verhaltensnormen und Gewohnheiten<sup>4</sup>. Gemein ist diesen sehr verschiedenartigen Formen von Konventionen, dass sie Akteure in ihren Entscheidungsoptionen beschneiden.

Als handlungsbestimmende Normen, die auf sukzessive Entscheidungen einwirken, kann für die vorliegende Fragestellung erstens die Haltung gegenüber Russland identifiziert werden, die sich in einer bestimmten subjektiven Wahrnehmung<sup>5</sup> russischer Politik bzw. Geschäftsaktivitäten russischer Energiefirmen äußert. Zweite erklärende Variable in Gestalt einer Norm sind Wertevorstellungen bezüglich der Rolle von Staat in der Wirtschaft wie auch der Bereitstellung öffentlicher Güter. Wie zu zeigen sein wird, können auch sie als informelle Institutionen das Handeln von Politik beeinflussen.

### 3.1.a Logik der Pfadabhängigkeiten

Wie handeln Akteure, wenn sie Entscheidungen beschränkt durch institutionelle Gegebenheiten treffen müssen? In Norths historischer Perspektive machen sich die Akteure je nach Kontext über die Zeit mit verschiedenen Technologien, Organisationsformen und Problemlösungsansätzen vertraut. Mit wachsender Erfahrung werden sie immer effizienter im Umgang mit diesen Mitteln. Jedoch muss, ökonomisch ausgedrückt, die Rate der Ertragszunahme dieser verschiedenen Technologien oder Organisationsformen nicht konstant bleiben. Nicht alle Methoden, Probleme technischer oder organisatorischer Art zu lösen, zeigen gleich schnell Erfolge. Diese unterschiedlichen Ergebnisse können zur monopolistischen Dominanz einer Technologie oder einer bestimmten Markt- und Unternehmensstruktur führen.

Nach NORTH muss für die Analyse von Organisationen neben den ursprünglichen Zielen der Gründer auch die institutionellen Beschränkungen im

---

<sup>4</sup>North (1990), S.72

<sup>5</sup>Mit dem Begriff ist streng genommen die Verarbeitung von Informationen seitens der Akteure gemeint, nicht die kognitive Informationsaufnahme in visueller oder auditiver Form.



Laufe ihrer Entwicklung berücksichtigt werden<sup>6</sup>. Organisationen können politischer und wirtschaftlicher Natur sein, wie etwa Parteien oder Unternehmen und setzen sich aus einer Vielzahl von individuellen Akteuren zusammen die als Ergebnis interner Transaktionen kollektiv handeln. Für die Untersuchung Gasmarktliberalisierung wäre beispielsweise eine relevante Organisation, die jeweilige Regierung, welche im Kontext des politischen Systems die Vorgaben aus Brüssel in nationales Recht umzusetzen hat. Auf Marktebene treffen wir von Pfadabhängigkeiten gekennzeichnete Organisationen in Form von vertikal integrierten Gasunternehmen an. Ihr Verhalten ist bestimmt durch wirtschaftliche Interessen und der Unternehmensstruktur als Anpassung an die Rahmenbedingungen des Gasmarktes.

Als Gruppe von Einzelpersonen verfolgt jede Organisation im Sinne eines rational handelnden, Nutzen-maximierenden Akteurs bestimmte Ziele. Die Möglichkeiten, diese Ziele zu realisieren hängen vom institutionellen Rahmen ab, welcher die Handlungsoptionen der zu diesem Zwecke gewählten Maximierungsstrategie bestimmt. Dieses Nutzen-maximierende Verhalten der Akteure kann sich in zwei Kategorien von Entscheidungen ausdrücken<sup>7</sup>. Zum einen innerhalb des Handlungsspielraums der gegebenen institutionellen Beschränkungen, wie sie im vorherigen Absatz erläutert wurden. Zum anderen können sich die Entscheidungen auch in Veränderungen dieser Restriktionen äußern, bzw. dem Versuch hierzu. Organisationen mit ausreichend Verhandlungsmacht, zum Beispiel in Form von Lobby-Einfluss, werden den Staat und seine Mittel zur Erreichung ihrer Ziele einsetzen, sofern die Erfolgsaussichten für institutionelle Änderungen größer sind, als Verhandlungen innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen. Das Maximierungsverhalten von Unternehmen und Organisationen prägt demzufolge wiederum den Wandel von Institutionen.

Als Konsequenz solcher kurz- bis mittelfristig ungleichen Erträge wird

---

<sup>6</sup>North (1990), S.73

<sup>7</sup>ebenda (1990), S.81

eine bestimmte Organisationsform oder Technik gewinnen und ihre Monopolstellung behaupten können, auch wenn sie auf langer Sicht ihren Alternativen unterlegen ist<sup>8</sup>. Weil die Akteure in ihren Entscheidungen die bisher erzielten Erträge berücksichtigen, werden sie jene Ansätze favorisieren, welche die größten Erfolge gezeigt hatten. Hieraus entwickelt sich eine Logik von Verlaufsabhängigkeiten, wonach ein einmal eingeschlagener technischer oder organisatorischer Pfad sich schrittweise verfestigt und mit der Zeit die Wahl von Alternativen zunehmend unwahrscheinlicher wird.

**Selbstverstärkende Mechanismen** Insbesondere in der Industrie treten weitere Phänomene auf, welche diese Pfadabhängigkeiten bestärken. Für die Entwicklung von Unternehmensstrukturen und Produktionsentscheidungen hat ARTHUR selbst verstärkende Mechanismen herausgearbeitet, die auch bei Unternehmen im Gassektor zu beobachten sind<sup>9</sup>. Hohe irreversible Fixkosten führen bei steigender Produktion zu fallenden Stückkosten und erzeugen Skalenerträge. Gleiches bewirken Lerneffekte, welche die Herstellung mit der Zeit effizienter werden lassen. Zudem kommt es innerhalb integrierter Konzernstrukturen, wie sie bei Energieunternehmen anzufinden sind, zu Koordinationseffekten zwischen den einzelnen Unternehmensteilen, die wiederum bestehende vertikale Organisationsstrukturen untermauern<sup>10</sup>. Eine

---

<sup>8</sup>Für ein anschauliches Beispiel aus der Informationstechnologie, wie eine für die Ära der mechanischen Schreibmaschine optimierte Tastaturbelegung im Zeitalter der Digitalisierung fortbesteht, obwohl nicht mehr ideal für heutige Technologie siehe: David (1995).

<sup>9</sup>Arthur (1988), S.10

<sup>10</sup>Als vierten selbstverstärkenden Mechanismus führt Arthur adaptive Erwartungen der Firmen in Form von sog. 'Self-Fulfilling Prophecies' an. Der Begriff der sich selbst erfüllenden Prophezeiung geht auf MERTON (1948) zurück, der hiermit das soziologische Phänomen beschrieb, durch eine eigene unbewusste Verhaltensänderung das erwartete Verhalten einer anderen Personen zu erzwingen. Auf den Kontext von Managemententscheidungen angewandt führt die durch den Einsatz einer bestimmten Technik verbesserte Marktposition zu einer unbewussten Verhaltensänderung. Die Erwartung einer weiteren Verbesserung veranlasst Firmen aber erst dazu, jene hierfür notwendigen Schritte (z.B. Investitionsentscheidungen, Marketing etc.) zu unternehmen. Es erscheint wenig plausibel anzunehmen, dieser Ef-

ausführlichere Diskussion dieser Zusammenhänge wird Thema des Abschnittes **Merkmale des Gassektors** sein, wo gezeigt werden soll, wie die hieraus resultierenden Pfadabhängigkeiten zu den heutigen Strukturen von Gasmärkten führen und hierdurch ebenso die Reaktion der Akteure auf Veränderungen des regulativen Marktbedingungen beeinflussen.

### 3.1.b Institutioneller Wandel

Änderungen in Organisationsstrukturen gehen lediglich in kleinen Schritten voran, da Institutionen nur der Reihe nach neue Dimensionen annehmen, die sich an bisherigen Beispielen orientieren<sup>11</sup>. Diese historischen Beispiele erlangen Bedeutung bei der Formierung institutionalisierter Strukturen, da jede neue Komponente des Regelwerks mit bereits vorhandenen Teilen vereinbar sein muss, es sei denn, die bestehende Struktur wird gänzlich aufgegeben. Solche schrittweisen Veränderungen bedeuten, dass Akteure, eingeschränkt durch die erwähnten Pfadabhängigkeiten, in Tauschprozessen neu verhandeln, um dort mögliche Vorteile zu erreichen<sup>12</sup>. Diese Neuverhandlungen können ganz unterschiedliche Formen und Dimension annehmen, sie reichen von Gesetzesänderungen bis im Extremfall zu Revolutionen.

Vorbedingung solcher schrittweisen Änderungen ist wiederum ein institutionelles Umfeld, welches den Akteuren Spielraum für Transaktionen untereinander bietet. Bei diesen Tauschprozessen entstehen stets Kosten, die einige Änderungen lohnenswerter erscheinen lassen als andere<sup>13</sup>. Demzufolge ist der historische Vorgang, wie sich die institutionellen Rahmenbedingungen von Tauschhandlungen herausbilden, relevant und beschränkt die Akteure in

---

fekt spiele insbesondere für Gasmärkte ein hervorgehobene Rolle und wird daher nicht weiter als erklärender Faktor untersucht werden.

<sup>11</sup>David (1994), S.215

<sup>12</sup>North (1990), S.89

<sup>13</sup>siehe: Coase (1960), (1984)

ihren Entscheidungen, da sie jene Transaktionskosten berücksichtigen<sup>14</sup>.

Zusammenfassend können zwei entscheidende Faktoren für institutionellen Wandel identifiziert werden: 1. zunehmende Erträge von Technik und Organisationsform einhergehend mit sich selbst verstärkenden Mechanismen 2. Transaktionskosten, die Resultat unvollständiger Märkte sind. Bei Tauschprozessen zwischen Akteuren kann von unvollständigen Märkten gesprochen werden, da einerseits die Informationsrückkopplung nach vollzogenen Transaktionen stets lückenhaft ist und gleichzeitig die Akteure nie über vollständige Informationen zu ihrer Umwelt verfügen<sup>15</sup>. Hierdurch werden die Informationsverarbeitung der Akteure und im Ergebnis ebenso ihre subjektiven Modelle der Welt samt der sich stellenden Probleme beeinträchtigt.

Angesichts der Herausforderung, mit begrenzten geistigen Möglichkeiten organisatorische und technische Aufgaben zu bewältigen, werden historische Erfahrungen umso mehr die Entscheidungen von Akteuren bestimmen<sup>16</sup>. Aus dieser Ungewissheit über den Zustand der Rahmenbedingungen entstehen neue Pfadabhängigkeiten, wenn mit wachsender Anzahl von Transaktionen die Akteure sich in ihren Erwartungen annähern und zur weiteren Reduzierung der Unsicherheit, an bestehenden bekannten Regeln festhalten und diese auf neue Situationen anwenden<sup>17</sup>.

**Relative Preise** Was stößt das Bestreben der Akteure nach institutionellem Wandel an? NORTH argumentiert, eigentliche Ursache aller institutionellen Veränderungen, sei die Änderung relativer Preise, welche Akteure bei ihrer Maximierungsstrategie berücksichtigen müssen. Relative Preise sind ein Maß von Nutzen und Kosten verschiedener Handlungsoptionen und spiegeln sich zugleich in den Transaktionskosten der Tauschprozesse. Änderungen

---

<sup>14</sup>North (1990), S.93

<sup>15</sup>ebenda (1990), S.96

<sup>16</sup>Lewis (1969), S.33

<sup>17</sup>David (1994), S.210

der relativen Preise können von außen herbeigeführt werden, etwa in Form eines exogenen Schocks, wie sie die Gasmarchtrichtlinie der EU für Energieunternehmen darstellt. Oder relative Preise ändern sich als Ergebnis der Maximierungsstrategie von Akteuren.

Streben die Akteure nun aufgrund geänderter Preise eine Anpassung bestehender Institutionen an, um ihre Ziele besser realisieren zu können, so ist dies häufig nur durch Regeländerung auf einer übergeordneten Stufe möglich, die ihrem direktem Zugriff entzogen ist<sup>18</sup>. Im Falle der Energiemarktregulierung ändern sich durch das Ownership Unbundling die relativen Preise für Gasunternehmen. Die Regeln der Entflechtung werden jedoch nicht auf der Marktebene bestimmt, sondern zuvorderst supranational von der Europäischen Union in Form einer Richtlinie und sodann im Laufe der Umsetzung in nationales Recht vom politischen System. An dieser Stelle sei auf das Mehr-Ebenen-Modell nach dem Ansatz der [Transaction Cost Economics](#) verwiesen, das es methodisch ermöglicht, auf unterschiedlichen Niveaus gelagert Entscheidungsprozesse zu untersuchen.

**Nationale Gegebenheiten** Für die Fragestellung, aus welchen Gründen die europäische Richtlinie zur Liberalisierung der Gasmärkte in Litauen und Lettland anders umgesetzt wurde, bietet NORTHs Konzept der Pfadabhängigkeit erst Lösungsansätze, welche im Laufe der Untersuchung getestet werden sollen. Anders formuliert, ist zu klären, weshalb eine Änderung relativer Preise, hier in Gestalt der vertikalen Entflechtung, sich in zwei Ländern unterschiedlich auswirkte. Umfang und Art der Anpassungen bestehender Regeln infolge geänderter Preise werden von der jeweiligen Verhandlungsmacht beteiligter Akteure bestimmt. Diese Akteure haben sich ihrerseits in einem spezifischen Institutionensystem entwickelt und sich diesem angepasst. Aufgrund andersartiger historischer Erfahrungen und unterschiedlicher Rückkopplungsmecha-

---

<sup>18</sup>North (1990), S.86

nismen ihrer Entscheidungen bestehen voneinander abweichende subjektive Modelle für das Reaktionsverhalten auf Änderungen. Da sich zum Einen die Verhandlungsmacht von Gruppen innerhalb einer Gesellschaft sowie ihre Verhaltensnormen und Durchsetzungsmechanismen unterscheiden, werden die Anpassungen jeweils anders ausfallen. Selbst die gleiche Änderung relativer Preise oder die Einführung eines neuen Regelsystems wird in Ländern mit ungleichen Gegebenheiten stets zu unterschiedlichen Ergebnissen führen<sup>19</sup>.

### 3.2 *Transaction Cost Economics*–Ansatz

Für die Untersuchung der Umsetzung des 3. Liberalisierungspaketes will ich den Ansatz der „Transaction Cost Economics“ von WILLIAMSON<sup>20</sup> zur Hilfe nehmen, um die Problemstellung analytisch zu strukturieren. Diese Herangehensweise versucht Entscheidungsfindungen auf mehreren Ebenen zu gliedern, auf denen jeweils andere endogene Faktoren als erklärende Variablen wirken. WILLIAMSON<sup>21</sup> unterscheidet hierarchisch vier Ebenen, die ein jeweils anderes Analyse-Level repräsentieren: **1. informelle Institutionen** **2. formelle Institutionen** **3. institutionelle Arrangements** **4. Verhalten der Marktakteure**. Prozesse auf diesen vier Level, von WILLIAMSON als „Transaktionen“ bezeichnet, führen zu Ergebnissen, die auf Transaktionen anderer Ebenen einwirken. Die Richtung der Kausalität verläuft nach diesem Ansatz hauptsächlich in hierarchischer Ordnung vom ersten zum zweiten Level, von dort zum dritten und schließlich vom dritten zum vierten Level. Feedback-Mechanismen in entgegengesetzter Richtung werden zwar in WILLIAMSONS Arbeit erwähnt, diese jedoch als weniger effektiv eingestuft. Inwieweit diese Annahme für meinen Untersuchungsgegenstand sinnvoll ist, werde in der Kritik des Modell unten noch einmal aufgegriffen.

---

<sup>19</sup>North (1990), S.101

<sup>20</sup>siehe: Williamson (1998)

<sup>21</sup>ebenda (1998), S.27ff

**Ebene 1** Informelle Institutionen werden im Sinne eines Fundamentes auf dem Level 1 erfasst, welches normativ für Entscheidungsfindungen auf anderen Ebenen Beschränkungen vorgibt. Diese informellen Institutionen beinhalten Werte, Verhaltensnormen sowie allgemeine Weltanschauungen, die sich nur über lange Perioden ändern, WILLIAMSON spricht von einem Intervall von circa 100 Jahren. Dementsprechend sind diese Erklärungsvariablen meist als dichotome Faktoren zu behandeln, die sich in den Untersuchungszeiträumen der meisten Studien nicht ändern, durch ihr Vorhandensein, bzw. in manchen Fällen jedoch auch durch ihre Ausprägung Erklärungskraft besitzen. Als weitgefasster Institutionenbegriff, der auch informelle Regeln und erwartete Handlungsweisen umfasst, ist hierunter die Wahrnehmung<sup>22</sup> nationaler Souveränität und Verfügungsgewalt über 'nationale' Energieressourcen zu verstehen<sup>23</sup>. Sobald sich aus diesem Bewusstsein und den hiermit verbundenen Werten für Akteure gewisse Handlungsweise aufzwingen, wirken diese 'konstruierten' Ideen von nationaler Souveränität<sup>24</sup> als regelbestimmende Institutionen.

Bezogen auf Energiemarktreformen spezifiziert das Clingendael Institute for Energy Policy (CIEP) die erste Ebene genauer mit den Bezeichnungen „Ziele der Energiepolitik“ und „Prinzipien der Marktreformen“. Für diese Untersuchung ist einerseits die allgemeine Haltung Lettlands und Litauens gegenüber Russland und die sich hieraus ergebende Wahrnehmung des russischen Erdgaskonzerns *Gazprom* jener auf Level 1 relevante Faktor, der Erklärungskraft besitzen könnte. Diese Einstellung gibt für Entscheidungen nachfolgender Analyseebenen normative informelle Beschränkungen vor, wie Energiepolitik gestaltet werden sollte gemäß den Werten und Zielen dieser Einstellung.

---

<sup>22</sup>Der Begriff wird Wahrnehmung im Sinne von Informationsverarbeitung und nicht kognitiver Rezeption verwendet.

<sup>23</sup>International Gas Union (2006), S.22

<sup>24</sup>Wie im Kapitel [Energiepolitischer Diskurs Litauens](#) verdeutlicht, wird Souveränität teils als Unabhängigkeit von Russland definiert.

**Ebene 2** Eine Stufe höher siedelt das Modell der *Transaction Costs* eine zweite Ebene an, auf welcher formelle Institutionen wirksam werden im klassischen Sinne der „Rules of the Game“ (Politisches System, Justiz und Verwaltung). WILLIAMSON richtet hier seine Aufmerksamkeit den Eigentumsrechten, ihre Definition und ihrer Durchsetzung mittels formeller Institutionen<sup>25</sup>. Im Kontext der Gasmarktliberalisierung ist unter Eigentumsrechten auch staatliche Regulierung zu verstehen. Eine gesetzlich festgeschriebene Monopolstellung entspricht in Form einer unverrückbaren Marktdominanz auch einem Eigentumsrecht im weiteren Sinne. WILLIAMSONs strikt ökonomische Perspektive verlassend, werden in dieser Arbeit auch internationale Verträge wie die Richtlinie der Gasmarktliberalisierung auf diesem Level als formelle Institution verstanden. Direktiven der Europäischen Union geben nationalen Gesetzgebern einen Handlungsrahmen vor, der einerseits „neue“ Spielregeln für die Akteure definiert und zugleich in diesem Kontext auch Eigentumsrechte der Energieunternehmen berührt.

**Ebene 3** Die dritte Analyseebene beinhaltet die sektor-spezifische Regulierung an sich, hier wird in WILLIAMSONs Worten „das Spiel an sich gespielt“<sup>26</sup>. Sogenannte 'Institutionelle Arrangements' regeln das Verhalten der Marktteure, worunter zu verstehen sind: Regulierungsinstrumente, Entscheidungen von Aufsichtsbehörden, formelle und informelle 'Codes of Conduct' der Branche wie auch Handelspraktiken, die sich mit der Zeit institutionalisiert haben. Im Unterschied zur statischen Natur der ersten beiden Ebenen des Transaktionskosten-Modells ändern sich auf diesem Level die Governance-Strukturen in kürzeren Zeiträumen. NORTH sieht als Ursache von Anpassungen dieser Strukturen die Veränderung relativer Preise, welche die Akteure bei ihrer Maximierungsstrategie berücksichtigen müssen.

Die Hürden für eine Änderung des bestehenden Systems können deut-

---

<sup>25</sup>Williamson (1998), S.27

<sup>26</sup>ebenda (1998), S. 28



lich niedriger ausfallen. Je nach Anzahl und Macht der hier tätigen Akteure, treten auf diesem Level weniger oder gar keine Veto-Spieler in Erscheinung, die einen Wandel des institutionellen Gefüges verhindern könnten<sup>27</sup>. Die Akteure besitzen in Folge dessen mehr Möglichkeiten, selbst diesen Zustand im Sinne ihrer Interessen zu ändern, bzw. Veränderungen zu verhindern. Die Existenz von Veto-Spielern kann dementsprechend selbst den Effekt einer Pfadabhängigkeit, wenn diese Akteure im Sinne ihrer Interessen nur bestimmte Entwicklungen zulassen und andere unmöglich machen.

**Ebene 4** Die Marktstruktur und das Marktgeschehen verortet WILLIAMSON auf dieser Ebene. Hier handeln die Akteure und aus diesen Interaktionen heraus entstehen Preise und Mengen der Güter und Dienstleistungen. Das Verhalten von Unternehmen ist durch Regulierung auf Level 3 und die Marktstruktur bedingt. Handelsstrategien und Lobby-Arbeit werden als Transaktionen auf Ebene 4 entworfen und implementiert.

### 3.2.a Kritik des Modells

Auf die Entflechtung des Gasmarktes kann WILLIAMSONs Vier-Ebenen-Modell nicht uneingeschränkt übertragen werden. Grundsätzlich ist die Annahme kritisch zu sehen, Transaktionen auf den hierarchisch unterteilten Ebenen beeinflussten sich kausal nur in einer Richtung und entgegengesetztes Feedback habe weitaus geringere Bedeutung. Für Wertesysteme auf Level 1, die aufgrund ihrer statischen Natur nur mit langer Verzögerung auf Prozesse anderer Ebenen reagieren, erscheint diese Annahme nachvollziehbar. Im Falle dieser Studie, die sich mit der Zeitspanne ausgehend von der Verabschiedung

---

<sup>27</sup> siehe: Tsebelis (1995); (2002) – Die Vetospieler-Theorie nimmt an, dass es individuelle oder kollektive Akteure im politischen System gibt, deren Zustimmung für Änderungen im Laufe des Gesetzgebungsprozesses erforderlich sind. Ein sog. Veto eines solchen Akteurs, Veto-Spieler genannt, verhindert eine legislative Änderung. Mit diesem Ansatz versucht TSEBELIS Stillstand bzw. Veränderung in politischen Systemen zu erklären.

der Direktive zu Gasmarktliberalisierung im Jahre 2009 bis heute beschäftigt, ist die Prämisse unveränderter Normen und Werte anwendbar<sup>28</sup>.

Bezogen auf Energiemarktregulierung hingegen erscheint es wenig plausibel anzunehmen, die Akteure und Transaktionen des zweiten bzw. dritten Levels reagierten nicht auf die der Ebene 4 zugewiesene Marktstruktur, sowie dem Verhalten der dortigen Akteure. Regulierung entspricht per se einer Antwort auf bestehende Strukturen und Prozesse des Marktes, und es ist davon auszugehen, dass Feedback-Mechanismen hier kausal wirken können. Dies berücksichtigt der Transaktionskosten-Ansatz in seiner originalen Form nach WILLIAMS nur ungenügend. Denkbar ist das bereits im Abschnitt [Modellebene 3](#) angesprochene Verhalten von Veto-Spielern über bewusste Handlungen Pfadabhängigkeiten auf Schicht der Marktstrukturen zu schaffen, und hiermit Entscheidungen vorheriger Ebenen zu beeinflussen. In unveränderter Form ist folglich das Transaktionskosten-Modell in seiner Erklärungskraft beschränkt und meine Arbeit wird versuchen, Feedback-Mechanismen zwischen den einzelnen Level in beide Richtungen beachten.

Als weiterer Kritikpunkt muss angemerkt werden, dass die dritte Ebene konzeptionell unscharf definiert ist. Hier identifiziert WILLIAMSON neben Regulierung als formelle Institution parallel auch informelle Arrangements wie handelsübliches Marktverhalten der Unternehmen. Dieses erfolgt jedoch in der Regel als unmittelbare Reaktion auf politische Anreizstrukturen und das regulative Umfeld. Es bleibt unklar, weshalb letzteres nicht der hierarchisch nachgeordneten Ebene 4 zugewiesen wird, wenn dieses informell-institutionalisierte Marktverhalten hingegen eindeutig als Antwort auf formelle Regulierung zu sehen ist.

Gleichermaßen unpräzise bleibt die Unterscheidung zwischen der zweiten und dritten Ebene. CORRELJÉ und DE VRIES finden die Unterscheidung

---

<sup>28</sup> Andere Autoren stellen diesen Aspekt des Modells jedoch in Fragen und argumentieren, Williamsons Intervall von 100 Jahren sei empirisch nicht haltbar und könne für jede Fallstudie anders sein [siehe: Correljé & de Vries (2006)].

zwischen Level 2 und 3 problematisch in ihrer Studie zur Strommarktliberalisierung<sup>29</sup>. Die letztendlich gleichen, von der EU determinierten, Faktoren treten auf der einen Seite für Institutionen der zweiten Ebene auf, in Gestalt der Richtlinie zur Gasmarktliberalisierung. Zugleich stellen sie auch Variablen auf Ebene der sektor-spezifischen institutionellen Arrangements dar: Vorgaben der Europäischen Union legen ein Minimum an Unbundling fest (Level 2), gleichzeitig bestimmt die nationale Aufsichtsbehörde den konkreten Grad der Entflechtung, was nach WILLIAMSONs Modell der dritten Schicht zuzuordnen ist. HAASE identifiziert als Ursache dieser konzeptionellen Uneindeutigkeit die Eigenschaft von Regulierung als einem Prozess, der auf mehreren Ebenen stattfindet<sup>30</sup>. Letztendlich entscheidet die Kategorisierung, ob ein Thema in erster Linie sektorbezogen der dritten Ebene zugeordnet wird, oder orientiert an den Entscheidungsträgern auf Level 2. Die Festlegung bestimmt jedoch, in welcher Hinsicht das Modell für den Forschungsprozess hilfreich ist. An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass diese Arbeit nicht anstrebt, diesbezüglich eine zu verallgemeinernde Antwort auf diese methodologische Problematik anzubieten.

### 3.2.b Die Verwendung des Ansatzes

Aus welchen Gründen wurde das Konzept von WILLIAMSON ausgewählt, um der Frage nachzugehen, weshalb in Lettland und Litauen bei der Umsetzung Brüsseler Vorgaben die Wahl auf ein unterschiedliches Entflechtungsmodell fiel? Für meinen Fall der Energiepolitik im Baltikum eignet sich diese Herangehensweise, um die denkbaren Faktoren analytisch voneinander zu trennen und so besser ihre Erklärungskraft einschätzen zu können. Der Transaktionskosten-Ansatz bietet die Möglichkeit, zu untersuchen, ob das Russland-Bild in Litauen und Lettland im Sinne eines Foucault'schen Diskurses<sup>31</sup> für Entscheidungs-

---

<sup>29</sup>siehe: Correljé & de Vries (2006)

<sup>30</sup>Haase (2006), S.12

<sup>31</sup>siehe: Foucault (1971)

prozesse auf höheren Ebenen ein Denkmuster vorgegeben hat, welches für diese einen beschränkenden Pfad markiert hat<sup>32</sup>. Dieses Denkmuster kann jedoch kaum die einzige Ursache für die Wahl eines bestimmten Entflechtungsmodells gewesen sein, sonst wäre ein gleiches Ergebnis zu erwarten, vorausgesetzt diese Weltsicht kann als operationalisierte unabhängige Variable für Litauen und Lettland als gleich stark identifiziert werden.

Weiterer Faktor auf der Werteebene kann das Gesellschaftsbild der im Liberalisierungsprozess entscheidenden politischen Akteure sein. Diesbezügliche Werte und Normen fließen in die wirtschaftspolitische Ausrichtung der verantwortlichen Regierung ein, die im Weiteren je nach ideologischer Position ein Entflechtungsmodell gegenüber einem anderen favorisieren wird. Die Brüsseler Richtlinie zur Gasmarktliberalisierung kann, indem institutionelle Vorgaben für nationale Politik gemacht werden, als Parameter der nächsten Ebene operationalisiert werden. Hierbei handelt es sich um eine externe Variable, wie sie in WILLIAMSON'S Modell nicht gedacht wird. An dieser Stelle ist es für die Fragestellung hilfreich, seinen Ansatz zu modifizieren, um von außen einwirkende Faktoren berücksichtigen zu können. Institutionelle Beschränkungen externen Ursprungs durch internationale Organisationen und ihre Wirkungen auf Tauschprozesse innerhalb des Mehrebenen-Modells kommen in WILLIAMSON'S Ansatz nicht vor, der für US-amerikanische Marktgegebenheiten entwickelt wurde. Die bisherige Marktstruktur andererseits, der vierten Ebene des Transaktionskosten-Modells zuzuordnen bietet eine Möglichkeit, Zusammenhänge im Entscheidungsprozess aufzuzeigen, die entgegen der Prämisse uni-direktioneller Mechanismen wirken.

### 3.3 Variablenauswahl und Hypothesen

Im vorausgegangenen Abschnitt zum Forschungsdesign wurden bereits einige der unabhängigen Variablen angesprochen, die im Laufe der Untersuchung

---

<sup>32</sup>North (1990), S.96

Verwendung finden sollen. An dieser Stelle soll erläutert werden, weshalb diese Faktoren für die lettische und litauische Gasmarktliberalisierung relevant sind und wie sie als Variablen operationalisiert werden können. Das Transaktionskosten-Modell soll helfen, die auf verschiedenen Ebenen des Entscheidungsprozesses wirkenden Faktoren einzuordnen und analytisch so gut wie möglich zu trennen. Ziel des Kapitels soll sein, Hypothesen über die Erklärungskraft der jeweiligen Faktoren zu entwickeln.

### **Ausgangsbedingungen für Reformen**

Ausgangspunkt nationaler Energiepolitik und Marktregulierung ist die Struktur des Energiemarktes. Gasmärkte weisen wie andere Netzwerkindustrien (zum Beispiel Schienenverkehr, Elektrizitätswirtschaft, Telekommunikation) eine große Marktkonzentration auf. Die wenigen Unternehmen sind meist vertikal integriert über die gesamte Wertschöpfungskette Erzeugung ➔ Fernleitung ➔ Endverteilung. Bedingt durch Netzwerkeffekte, natürliche Monopole im mittleren Segment *Fernleitung*, und hohe irreversible Kosten, sog. 'Sunk Costs'<sup>33</sup>, bilden sich auf diesen Märkten große Energiekonzerne heraus<sup>34</sup>. Diese Marktstrukturen sind bereits seit etlichen Jahrzehnten vorhanden und haben sich in Form starker Marktkonzentration auf wenige, wenn nicht gar ein einziges, Energieunternehmen verfestigt.

**Pfadabhängigkeiten durch Marktstrukturen** Nach der Literatur zur politischen Ökonomie von Regulierung werden betroffene Interessengruppen versuchen, Politik zu ihrem Vorteil zu beeinflussen<sup>35</sup>. Das theoretisch vorhergesagte Akteursverhalten, auf Reformprozesse einzuwirken, wird auch von empirischen Studien nahegelegt<sup>36</sup>. ORTMAN & VAN KOTEN argumentie-

---

<sup>33</sup>Für eine ausführlichere Erläuterung siehe: Anhang [Sunk Costs](#)

<sup>34</sup>Kessides & Li (2011), S.5

<sup>35</sup>siehe: Ben-Bassat (2011); Peltzman (1976); Stigler (1971)

<sup>36</sup>siehe: Belloc & Nicita (2011); Duso (2002); Kroszner & Strahan (1999)

ren, dass auch Entscheidungen über Energiemarktentflechtung eine Quelle für sog. Renten darstellen können, da je nach Unbundling-Modell für vertikal integrierte Unternehmen höhere oder niedrigere Profite zu erwarten sind<sup>37</sup>. Diese möglichen Renten veranlassen in der Literatur beschriebene Rent-Seeking-Aktivitäten<sup>38</sup> von Firmen<sup>39</sup>, die versuchen staatliche Mittel für ihre Maximierungsstrategie im Sinne der Pfadabhängigkeiten einzusetzen.

Energieunternehmen haben wenig Interesse daran, den Status Quo ihrer dominanten Marktmacht verändert zu sehen, wenn diese Position es ihnen erst erlaubt, ihre 'Sunk Costs' zu amortisieren. Eine Marktöffnung, einhergehend mit dem Zwang, Geschäftsbereiche veräußern oder Konkurrenten Zugang zur ihrer Netzinfrastruktur gewähren zu müssen, würde in der Zukunft niedrigere Gewinne bedeuten. Diese Veränderung der Marktbedingungen entspricht einer Änderung der relativen Preise, wie der Ansatz der Pfadabhängigkeiten sie beschreibt<sup>40</sup> und wird bei den Akteuren eine Reaktion auslösen, die darauf abzielt, geänderte institutionelle Verhältnisse wiederum anzupassen.<sup>41</sup>

**Erste Hypothese** Die als institutionelle Beschränkungen wirkenden Eigenschaften von Netzwerkindustrien veranlassen die Gasversorger an den existierenden Besitzformen festzuhalten und Liberalisierungsbestrebungen mit Widerstand in Gestalt politischer Einflussnahme zu begegnen. Wie im Über-

---

<sup>37</sup>Ortman van Koten (2008), S.3132

<sup>38</sup>Für eine ausführlichere Erläuterung siehe: Anhang [Rent-Seeking](#)

<sup>39</sup>siehe: Downs (1957); Hartle (1983); Kruger (1974); Rowley, Tollison & Tullock (1988); Tollison (1982)

<sup>40</sup>North (1990), S.86

<sup>41</sup>Widerstand gegen Ownership Unbundling ist umso mehr zu erwarten, da in dieser Situation die 'Logik kollektiven Handelns' nach OLSON (1967) greift. Eine sehr begrenzte Anzahl vertikal integrierter Unternehmen ist unmittelbar von der besitzrechtlichen Entflechtung betroffen, die ihr bisheriges Geschäftsmodell in Frage stellt, und haben folglich einen starken Anreiz, eine aus ihrer Sicht negative Änderung der institutionellen Rahmenbedingungen zu verhindern. Demgegenüber stehen diffus verteilte Gewinne einer Marktliberalisierung, die sich für die meisten Verbraucher im Einzelnen kaum bemerkbar machen. Diese Gruppe ist zudem mit einem Trittbrettfahrerproblem konfrontiert, wodurch sie wenig Anlass hat, ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess durchzusetzen.

blick zu den baltischen Gasmärkten zu zeigen sein wird, bilden sich aus den Marktstrukturen Anreizsysteme heraus, wonach die Unternehmen, der Logik von Pfadabhängigkeiten folgend, auf Veränderungen ihrer regulativen Umgebung handeln werden.

**Hypothese I:**

*Die Struktur des Gasmarktes als Folge der Merkmale einer Netzwerkin-  
dustrie führt zu Pfadabhängigkeiten für Gasversorger, die dementspre-  
chend an bestehenden Geschäftsmodellen und vertikalen Strukturen  
festzuhalten wollen. Eine besitzrechtliche Entflechtung vertikal inte-  
grierter Energieunternehmen wird auf Widerstand stoßen angesichts  
der Anreizstrukturen auf Gasmärkten und diese werden versuchen über  
eine Konsolidierung vorhandener Marktstrukturen die Handlungsoption  
von Politik einzuschränken.*

Mit Hilfe des Analyserahmens der *Transaction Costs Economics* kann die unabhängige Variable *Marktstruktur* der vierten Ebene zugeordnet werden. Als erklärender Faktor beeinflusst sie Anreize und Verhalten der Akteure. Operationalisiert werden soll die Marktstruktur einerseits anhand der Anzahl in Litauen und Lettland tätiger Gasunternehmen sowie der Marktkonzentration nach dem Herfindahl-Hirschman-Index zur Messung ihrer Marktanteile. Weiterer Indikator ist die jeweilige Organisationsstruktur der Gasversorger, die mit einem vertikal integrierten Modell von einer Entflechtung negativ betroffen sein werden.

Die besitzrechtliche Entflechtung kann aus wettbewerbsökonomischer Sicht neue Probleme hervorrufen, die von der Politik zu berücksichtigen sind und die Form des 'Ownership Unbundlings' beeinflussen können. Gewinnmaximierend geführte Gasversorger treffen ihre Investitionsentscheidungen auf Grundlage hiervon zu erwartenden Profite. Nach unternehmerischer Logik können für die langfristige Versorgungssicherheit eines Landes entscheidende Investitionen ausbleiben, sollte ein liberalisierter Energiemarkt nicht mehr

die erwarteten Gewinnspannen bieten. Politik und Aufsichtsbehörden stehen nun vor der Herausforderung, den Gasmarkt für den Wettbewerb zu öffnen, aufgrund europäischer Vorgaben und bzw. oder auch eigener wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus. Zugleich müssen sie den Eigentümern der Netzinfrastruktur genügend Anreize belassen, jene in Stand zu halten und in neue Kapazitäten zu investieren<sup>42</sup>. Dies wirft die Frage auf, ob ein rigides Ownership Unbundling im Endergebnis gesamtwirtschaftlich vorteilhaft ist, wenn aufgrund geänderter Rahmenbedingungen essentielle Investitionen in die Infrastruktur ausbleiben.

**Normen als Erklärungsvariable** Da in den baltischen Ländern das Thema Energieversorgung eng mit der sensiblen Frage nach nationaler Sicherheit und Souveränität der noch jungen Demokratien verknüpft wird<sup>43</sup>, ist anzunehmen, dass auch diese Aspekte eine Rolle in der Energiepolitik spielen. Wenn Politiker Versorgungssicherheit als Abgrenzung gegenüber Russland und russischen Energielieferungen definieren<sup>44</sup>, wird deutlich, dass Wertvorstellungen Entscheidungsprozesse beeinflussen und Energiepolitik im Baltikum nicht losgelöst von Ideologie und subjektiven Geschichtsbildern betrachtet werden kann<sup>45</sup>. In der Folge ist es denkbar, dass bei Entscheidungen zum Energiemarkt nicht der ökonomischen Logik des freien Wettbewerbs Vorrang eingeräumt wird, sondern anderen Belangen. Für den Liberalisierungsprozess sind auch auf politischer Ebene Pfadabhängigkeiten zu erwarten, die von Entscheidungsträgern verinnerlichte Normen zum Ausdruck bringen. Die Forschung zur europäischen Integration ist der Ansicht, die jeweilige nationale Umsetzung europäischer Richtlinien folge generell historischen Pfadabhän-

---

<sup>42</sup>Haase (2008), S.12

<sup>43</sup>Thomson (1992), S.51

<sup>44</sup>siehe: beispielhaft Lrytas.lt (2006): *“Mažeikių naftos pardavimas Lenkijai - geopolitinės reikšės faktas”*

<sup>45</sup>siehe: Grigas (2013)



gigkeiten<sup>46</sup>, die eigene Wege der Marktregulierung markieren. HAASE betont, dass insbesondere Reformen von Energiemärkten, sehr stark von Verlaufsabhängigkeiten bestimmt sind<sup>47</sup>. Für den Fall der Gasmarktliberalisierung in Lettland und Litauen ist zu vermuten, dass landesspezifische Vorstellungen und Bedürfnisse nach nationaler Souveränität in Form von Versorgungssicherheit und Selbstbehauptung gegenüber Russland als Normen in den politischen Entscheidungsprozessen wirkten. Folgende Hypothese kann aus diesen Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Werten und der Umsetzung des Dritten Liberalisierungspakets der EU entwickelt werden:

**Hypothese II:**

*Entscheidungen zur Liberalisierung von Gasmärkten in Form der Entflechtung vertikal integrierter Unternehmen wurden in Litauen und Lettland nicht ausschließlich aufgrund wettbewerbsökonomischer Überlegungen getroffen. Normenbezogene Pfadabhängigkeiten haben den politischen Akteuren einen Handlungsrahmen vorgegeben, welcher die Wahl eines bestimmten Entflechtungsmodells vorzeichnete.*

Auch in der politischen Dimension ergeben sich institutionelle Zwänge, wenn Politik aus Überlegungen orientiert an nationaler Sicherheit oder Energieversorgung als Form öffentlicher Daseinsvorsorge in Strukturen denkt, die nur bestimmte Lösungsmöglichkeiten eröffnen.

Dem Konzept von NORTH folgend können wir für die Liberalisierung der Gasmärkte von sogenannten „Pfadabhängigkeiten“ ausgehen. Dieser in der Europäischen Integrationsforschung vielfach angewandte Ansatz, erklärt Entscheidungsprozesse als Teil einer Folge von Ereignissen mit eigener Logik, die sich in ihren Konsequenzen selbst verstärken<sup>48</sup> und sukzessive die Anzahl von Entscheidungsoptionen einschränken. Bezogen auf die Harmonisierung

---

<sup>46</sup>siehe: Pierson (1996), S.145 ebenso Heine & Kerber (2002)

<sup>47</sup>Haase (2008), S.14

<sup>48</sup>siehe: North (1990)

von Regulierungsmodellen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU geht dieser Ansatz davon aus, dass die einzelnen Länder ihre jeweiligen Besonderheiten berücksichtigen und dementsprechend eigene Wege in der Marktregulierung gehen. Diese Pfadabhängigkeiten für die Gasmärkte Lettlands und Litauens zu identifizieren, sofern vorhanden, und wenn, in welcher Form, wird wesentlicher Bestandteil des Überblicks im Abschnitt [Energimärkte im Baltikum](#) sein. Neben der Akteurskonstellation sind hier auch die sich aus den Marktstrukturen ergebenden Interessen im Liberalisierungsprozess herauszuarbeiten.

### **Das Verhältnis zu Russland**

In der Analyse der nationalen Energiestrategien wird zu untersuchen sein, inwiefern die Wahrnehmung russischer Außen- und Energiepolitik eine Norm darstellt, die politische Entscheidungen erwirkt und gemäß WILLIAMSON'S Modell auf dem ersten Level als erklärender Faktor wirkt. Als eigenständiges Thema kann die Arbeit Russlands Geopolitik nicht untersuchen. Die Haltung gegenüber Moskau und insbesondere russischer Energieunternehmen werde ich als gegebenes Konstrukt behandeln. Gegenstand meiner Diplomarbeit ist die nationale Energiepolitik in Lettland und Litauen am Beispiel der Umsetzung europäischer Richtlinien und nicht das energie- und außenpolitische Weltbild in der Region. An dieser Stelle muss ich auf andere Literatur verweisen, welche sich auf jene Problematik konzentriert und sie entsprechend ausführlicher behandeln kann<sup>49</sup>. Die Einschätzung, Russland verfolge eine aggressive Außenpolitik mit dem Ziel verlorengegangenen Einfluss wiederzugewinnen, mag begründet sein oder nicht. Entscheidend für diese Arbeit ist, dass diese Sichtweise die zu untersuchenden politischen Prozesse beeinflusst. Aufgabe an dieser Stelle ist herauszufinden, inwiefern diese konstruierte Weltsicht die unterschiedlichen Liberalisierungsergebnisse erklären helfen. Diese Arbeit will selbst kein Urteil fällen, ob die Wahrnehmung russischer

---

<sup>49</sup>siehe: Grigas (2012a)

Energie- und Außenpolitik die Realität widerspiegelt. Dennoch sollen die Hintergründe dieser Sichtweise für das bessere Verständnis der Lesers im zweiten Abschnitt zu den historischen Beziehungen [Verhältnis zu Russland](#) kurz dargestellt werden.

Eine eigenständige wissenschaftliche Untersuchung des Verhältnisses zwischen *Gazprom* und der politischen Führung Russlands kann ich in meiner Arbeit nicht leisten, die Fragestellung orientiert sich am Prozess der Gasmarktliberalisierung in Litauen und Lettland. Die Diskussion, welche Rolle der russische Energiekonzern in Moskaus Außenpolitik spielt muss an anderer Stelle geleistet werden. Russlands Streitigkeiten mit Transitländern wie der Ukraine über Gaslieferungen, der Bau von Pipelines, welche Transitländer umgehen, und so *Gazprom* Konsumentendiskriminierung<sup>50</sup> ermöglichen, die Expansion im Downstream-Bereich des Gasgeschäftes<sup>51</sup>, geben durchaus Anlass für die Annahme das Energieunternehmen sei Instrument für russische Außenpolitik. Zugleich entspricht das Geschäftsgebaren *Gazproms* dem ökonomischen Kalkül eines profitorientierten Unternehmens. Es gibt daher begründete Zweifel, *Gazprom* kategorisch als ein vom Kreml gesteuertes Machtmittel zu betrachten. Ausschlaggebend für meine Arbeit ist jedoch, dass der Konzern im konstruktivistischen Sinne als eine solches Machtmittel wahrgenommen wird, und Energiepolitik im Baltikum dementsprechend agiert. Der Abschnitt [Verhältnis zu Russland](#) soll verdeutlichen, wie die Wahrnehmung von *Gazproms* Rolle in den baltischen Ländern eingebettet in eine tiefgründigere Russland-skeptische Weltsicht entsteht. Diese auf dem Level 1 anzusiedelnde Norm bietet eine mögliche Erklärungsvariable für die Wahl des Entflechtungsmodells, von welchem der russische Erdgaskonzern direkt betroffen ist. An dieser Stelle kann eine engere Arbeitshypothese formuliert werden, die mittels einer Diskursanalyse der nationalen Energiestrategien in den abschließenden Kapiteln [Energiepolitische Diskurse](#) zu untersuchen ist:

---

<sup>50</sup>Erläuterung hier!!!

<sup>51</sup>siehe:: Osipov (2007)

**Hypothese III:**

*Die Wahrnehmung, Gazproms Rolle auf dem Gasmarkt stelle die nationale Versorgungssicherheit in Frage, hat den politischen Entscheidungsprozess in eine Pfadabhängigkeit geführt, die ein bestimmtes Entflechtungsmodell bedingte.*

[...Hier kommt noch Text....]

Auch externe Einflüsse wie in diesem Fall EU-Politik und das Agieren europäischer Institutionen können sich auf innenpolitische Entscheidungsprozesse auswirken. Hierbei sind nicht zwangsweise gleiche Effekte für die lettische und litauische Innenpolitik zu beobachten. Für diese Variable muss die Arbeit kontrollieren bzw. ihre Erklärungsmacht herausarbeiten.

## 4 Gasmärkte

Als Einstieg in das Thema sollen zu Beginn die besonderen Eigenschaften von Gasmärkten erläutert werden, um in einem zweiten Schritt Absichten und Logik von Liberalisierung und Regulierung dieser Märkte verständlich zu machen. Wie zu zeigen sein wird, würde sich die Frage, ob und wie Gasmärkte bzw. weshalb sie für Wettbewerb geöffnet werden sollten, ohne ihre Eigenschaften als Netzwerkindustrien in dieser Art nicht stellen. Merkmale wie irreversibler Kosten, Skalenerträge, natürlicher Monopole und Netzwerkeexternalitäten führen zu Marktstrukturen, die ein Marktversagen darstellen.

Analytischer Ausgangspunkt dieses Kapitels sind Abweichungen des Gasmarktes von der Idee eines perfekten Marktes dienen, deren Effekte aus ökonomischer und politischer Sicht unerwünscht sind. Nebst den Gründen für eine Regulierung von Gasmärkten werden auch thematisiert die Beschränkungen des traditionellen Modells einer Monopolregulierung, die Anlass für eine Liberalisierung dieser Märkte gewesen war. So erst ist nachzuvollziehen, welche Ziele das Dritte Liberalisierungspaket der Europäischen Union verfolgt und welche Überlegungen hinter den unterschiedlichen Umsetzungsoption stehen.

### 4.1 Besondere Eigenschaften von Gasmärkten

**Sunk Costs** Gasmärkte können in drei Bereiche gegliedert werden: Erdgasförderung, auch als „Upstream“ bezeichnet, Fernleitung mittels Pipelines und Verteilung an die Endverbraucher, „Downstream“ genannt. Nebst der kostenträchtigen Erforschung potentieller Erdgasvorkommen, erfordern die

Förderung und der Transport von Erdgas Anlagen und Netzinfrastruktur. Entsprechende Investitionen sind stets langfristiger Natur und zugleich irreversibel, das heißt, die Kosten können später nicht durch Verkauf der Anlagen oder nur schwer zurückgewonnen werden<sup>1</sup>. In der Fachliteratur wird diese Situation als *Sunk Costs* bezeichnet<sup>2</sup>. Eine Pipeline beispielsweise verbindet ein Fördergebiet mit einem Abnehmer und ihr Verlauf ist nach dem Bau für ihre Lebensdauer festgelegt. Weder kann Netzwerkinfrastruktur geographisch versetzt werden, noch sind alternative Verwendungsmöglichkeiten außer dem Transport von Gas denkbar. Diese Besonderheit, SPANJER spricht von „Asset Specificity“<sup>3</sup>, ist auch bei Erdgaslagerstätten und ihren Förderanlagen gegeben.

**Eintrittsbarrieren** Für potentielle Wettbewerber stellen diese irreversiblen Kosten nennenswerte Markteintrittsbarrieren<sup>4</sup> dar. Gegenüber den bereits auf dem Markt tätigen Unternehmen befinden sie sich eindeutig im Nachteil, denn sie sehen sich für den Markteintritt mit Kosten konfrontiert, welche jene bereits getätigt und zumeist schon amortisiert haben. Zusammen mit den allgemeinen unternehmerischen Risiken eines Markteintritts stellen diese Barrieren in Form irreversibler Kosten Hürden dar, die verhindern, dass neue Konkurrenten mit etablierten Firmen in den Wettbewerb treten werden.

Basierend auf BAINs<sup>5</sup> und STIGLERS<sup>6</sup> Konzept der Markteintrittsbarrieren kann für Gasmärkte eine Marktmacht der Infrastrukturinhaber identifiziert werden. Diese Marktmacht erlaubt beabsichtigte Preisverzerrungen<sup>7</sup> und führt

---

<sup>1</sup>Spanjer (2009), S.3251

<sup>2</sup>Für eine ausführlichere Erläuterung siehe: [Sunk Costs](#)

<sup>3</sup>Spanjer (2009), S.3252

<sup>4</sup>Nach Stigler (1967) kann eine Barriere für den Markteintritt definiert werden als: „als Produktionskosten (über einen Teil oder der gesamten Menge der Produktion), die von einem Unternehmen getragen werden müssen, welches in den Markt eintreten will, jedoch nicht von Firmen, die dort bereits tätig sind“, S.67

<sup>5</sup>siehe: Bain (1958)

<sup>6</sup>Stigler (1967), S.67

<sup>7</sup>Jaag & Trinkner (2011, S.30

letztendlich zu Marktversagen, was von Seiten der Politik wiederum Bestrebungen nach Regulierung hervorruft (siehe: Abschnitt [Marktregulierung](#)). Der freie Markteintritt neuer Firmen ist jedoch Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb. Nach den Grundsätzen der neo-klassischen Lehre werden erst hierdurch effiziente, möglichst niedrige Preise ermöglicht. Anderenfalls sind Unternehmen in der Lage, den Preisbildungsprozess zu ihren Gunsten für Monopolrenten zu steuern, was sich in höheren Verbraucherpreisen bemerkbar macht.

**Skalenerträge** Führen schon 'Sunk Costs' und die resultierenden Eintrittshürden zu einer Marktkonzentration forcieren beträchtliche Skalenerträge bei Förderung und Fernleitung von Erdgas diese Marktstruktur weiter. Neben den erwähnten irreversiblen Kosten zeichnet sich insbesondere Netzwerkinfrastruktur zudem durch wachsende Erträge im Laufe eines Investitionszykluses aus<sup>8</sup>. Erst lange nach den anfänglichen Investitionen und ihrer Amortisierung können Gewinnen erwirtschaftet werden, und entsprechend bilden sich große Unternehmensstrukturen heraus, welche es ermöglichen, einen solchen Investitionszyklus finanziell zu tragen.

Skalenerträge bedeuten auch, eine entwickelte Technologie ohne nennenswerte Zusatzkosten in neuen Einsatzgebieten und Märkten einführen können. Mit jedem weiteren Einsatz lassen sich die fixen Kosten der Entwicklung solcher Technologien besser amortisieren, da für ihre Replikation in Relation zu den Erträgen nur geringen Aufwendungen anstehen. In der Energiebranche kommen viele Technologien zum Einsatz, die erst ab einer bestimmten Skalierung betriebswirtschaftlich rentabel sind<sup>9</sup>. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bedeutung von firmeninternem Know-How nicht unerwähnt bleiben. Spezifisches Wissen und Fertigkeiten der Mitarbeiter ist häufig Grundvoraussetzung, um Technologien erfolgreich unter

---

<sup>8</sup>Haase (2008), S.14

<sup>9</sup>siehe: Christensen & Greene (1976)

verschiedenartigsten Marktbedingungen einsetzen zu können<sup>10</sup>. Kapazitäten, diesen Wissensstock aufzubauen, sind leichter bei großen, denn bei kleinen Energiefirmen zu finden.

Angesichts dieser vielfältigen Ressourcenanforderungen, welche die Technik im Gassektor an die Unternehmen stellt, ist nachvollziehbar, weshalb sich auf diesen Märkten große Konzerne mit entsprechender Marktmacht herausgebildet haben. Nur sie sehen sich in der Lage, die für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen erforderlichen Mittel aus eigenen Reserven oder über Kapitalmärkte aufzubringen<sup>11</sup>. Auch die hiermit verbundenen Risiken fördern die Herausbildung solcher Unternehmensformen. Ergebnis ist eine starke Konzentration auf Gasmärkten, auf denen die Akteure entsprechend beträchtliche Marktmacht innehaben angesichts des geringen Wettbewerbs.

Wie im Abschnitt [Energieversorgung als öffentliches Gut](#) genauer zu erläutern sein wird, waren angesichts der Herausforderungen die Gasversorger, wie auch Unternehmen anderer Netzwerkindustrien in den meisten Ländern staatliche Monopole<sup>12</sup>. Die Eigenarten des Sektors mit Skalenerträgen, *Sunk Costs* und natürlicher Monopole gekoppelt mit der Verpflichtung, Gasversorgung im Sinne eines öffentlichen Gutes bereitzustellen, begründeten die gesetzlich festgelegte Monopolstellung<sup>13</sup>. Hieraus erwachsene Pfadabhängigkeiten auf politischer Ebene und ihre Relevanz für die Bearbeitung der Fragestellung werden Gegenstand jenes folgenden Kapitels sein.

**Vertikale Integration** Ein weiterer Aspekt verstärkt diese Marktkonzentration. Mit den erheblichen finanziellen Risiken umfangreicher und langfristiger Investitionen in Anlagen und Infrastruktur konfrontiert, haben Gasunternehmen als Antwort ein vertikal integriertes Geschäftsmodell entwickelt. In

---

<sup>10</sup>Teece (1980), S.228

<sup>11</sup>Stigler (1958), S.56

<sup>12</sup>Jaag & Trinkner (2009), S.26

<sup>13</sup>Finger & Finon (2010), S.3



historischer Perspektive übernahmen sie, meist als Monopolisten, alle drei Segmente der Wertschöpfungskette. In dieser Position konnten sie ihren Absatz als alleiniger Anbieter sicherstellen und Investitionsunterfangen durch einen steten Einkommensfluss aus dem Downstream-Geschäft absichern.

Zusätzlich ermöglichte die Eingliederung der drei Marktbereiche innerhalb eines Unternehmens, die kostenintensiveren Geschäftsfelder Förderung und Fernleitung firmenintern mit Erträgen aus dem Downstream-Segment zu subventionieren. Aus der Monopolstellung als Gasversorger, wurden von den Verbrauchern höhere Endpreise verlangt, als dies auf einem Markt mit freiem Wettbewerb der Fall gewesen wäre<sup>14</sup>.

#### 4.1.a Schlüsselstellung der Netzwerkinfrastruktur

Um die Bedeutung der vertikalen Unternehmensstrukturen für den Liberalisierungsprozess sichtbar zu machen, sei an dieser Stelle auf die Sonderstellung der Netzinfrastuktur hingewiesen<sup>15</sup>. Das mittlere Segment *Fernleitung* weist Eigenschaften eines natürlichen Monopols<sup>16</sup> auf, weil es kostengünstiger ist, wenn nur ein Unternehmen die Dienstleistung 'Gastransport' anbietet, anstatt mehrere konkurrierende Unternehmen. Parallel zu bestehenden Pipelines weitere zu bauen ist unrentabel, somit kommt Wettbewerb auf diesem Gebiet nicht zu Stande, da nur ein Anbieter auf dem Markt auftritt. Die Eigentümer

---

<sup>14</sup>siehe: Laffont & Tirole (1986)

<sup>15</sup>Die aufgezählten Merkmale von Gasmärkte weisen auch andere Netzwerkindustrien auf. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass sogenannte „positive Netzwerkexternalitäten“, wie von ECONOMIDES (1996, S.679) sowie von KATZ & SHAPIRO (1986, S.424) definiert, im Gasgeschäft nicht anzutreffen sind. Weder steigt für den einzelnen Endverbraucher der Nutzen mit einem Zuwachs der Gesamtzahl an Endkonsumenten, er tritt im Gegensatz zum Telekommunikations- oder Postmarkt nicht in Transaktion mit anderen Kunden. Noch kann für Gasmärkte eine Komplementarität zwischen der Versorgung mit Erdgas selbst und *komplementären* Dienstleistungen und Gütern beobachtet werden, so etwa auf Finanzmärkten, wo Finanzprodukte auf eine Vielzahl weiterer Dienste angewiesen oder im Bereich der Informationstechnologie, dort steigt der Wert von Soft- bzw. Hardware mit der Anzahl hierzu kompatibler Produkte.

<sup>16</sup>Eine ausführlichere Erläuterung des Begriffs findet sich im Anhang [Natürliches Monopol](#)

der Netze können infolgedessen bestimmen, wer Gas durch ihre Pipeline leiten kann und zu welchen Konditionen. Alternative Transportmöglichkeiten sind auf dem Land für die gleiche Route<sup>17</sup> aus den genannten Gründen nicht vorhanden.

Ist nun das Ziel, wie von den EU-Richtlinien beabsichtigt, Wettbewerb im Up- und Downstream-Bereich einzuführen, müssen Gaslieferanten und Anbieter für Endkunden, diskriminierungsfreien Zugang zur Infrastruktur haben, um das zwischen ihnen gehandelte Gas auch vom Produzenten zum Abnehmer durchleiten zu können. Um ihre Gewinnmargen in den Geschäftsfeldern Förderung und Vertrieb zu schützen, haben die vertikal integrierten Unternehmen allerdings das Interesse, Wettbewerb in eben diesen Bereichen zu verhindern. Die etablierten Energiefirmen können durch ihre Kontrolle über die Pipelines neuen Konkurrenten deren Nutzung erschweren bzw. verwehren<sup>18</sup>. Wiederholt wurde dieses wettbewerbschädigende Verhalten von der Europäischen Kommission in ihren Fortschrittsberichten angemahnt<sup>19</sup> und war Anlass in der zweiten und dritten Richtlinie zur Liberalisierung der europäischen Gasmärkte auf eine vollständige Entflechtung zu drängen<sup>20</sup>.

<sup>17</sup>Von der Verflüssigung von Erdgas und anschließender Verschiffung, die nur für einige Szenarien möglich ist, wird hier abgesehen.

<sup>18</sup>Vertikal integrierte Energieunternehmen haben laut JONES (2004) zahlreiche Möglichkeiten gegen ihre Wettbewerber zu diskriminieren: **1. Technische Barrieren:** Endverbraucher, die ihren Anbieter wechseln möchten, werden gezwungen, neue Ablesegeräte zu installieren oder lückenlos Dokumente für die Abwicklung des Anbieterwechsels zu sammeln **2. Tarifmanipulation:** Kunden müssen bei einem Anbieterwechsel an die Netzsparte Details zu neuen Tarifen weitergeben, so dass diese Informationen jene intern an die Vertriebsabteilung des gleichen Unternehmens weiterreichen kann. Hieraus ergeben sich Möglichkeiten selektiv Preisnachlässe zu gewähren, um einen Wechsel des Anbieters zu verhindern [siehe: Europäische Kommission Directorate General Wettbewerb (2007), S.165] **3. Manipulation der Netzkapazitäten:** der Netzbetreiber kann die Verfügbarkeit von Netzleistung ändern mit dem Ergebnis, dass vom Wettbewerber angeforderte Kapazitäten nicht abrufbar ist **4. Quersubventionierung:** Auf buchhalterischem Wege werden firmenintern verlustreiche Geschäftsfelder durch Erträge aus anderen Sparten quersubventioniert

<sup>19</sup>siehe: Europäische Kommission (2004), (2005), (2007a), (2008), (2010)

<sup>20</sup>ebenda (2007b)

## 4.2 Pfadabhängigkeiten

Aus den Eigenschaften von Gasmärkten und dem hierauf angepassten Geschäftsmodell der vertikalen Integration ergibt sich für die Akteure ein eindeutige Handlungslogik: Diese werden versuchen, bestehende Besitzformen zu bewahren und sich einer Markttöffnung widersetzen, welche ihre Gewinnmargen bedroht. Wir können hier ein strukturbedingtes Verhalten identifizieren, welches unter Anwendung des 'Transaction Cost Economics'–Ansatzes auf dem dritten Niveau wirkt und eine erklärende Variable bietet. An den Beispielen der Privatisierung von *Lietuvos dujos* und *Latvijas Gāze* in den Abschnitten [Die Privatisierung von Lietuvos dujos](#) und [Die Privatisierung von Latvijas Gāze](#) wird die Frage behandelt, inwiefern Interessen und Handlungslogik der Gasunternehmen für politische Prozesse einschränkend wirken, indem Entscheidungen auf Marktebene getroffen werden, welche die Politik vor vollendete Tatsachen stellt und ihr nur einen bestimmten Handlungsrahmen belässt. Das Modell von WILLIAMSON zu Hilfe nehmend wird zu untersuchen sein, in welchem Umfang das auf Analyseniveau 4 verortete Marktgeschehen und seine Akteure die sektor-spezifische Regulierung und allgemeiner die Energiepolitik auf den darunterliegenden Ebenen beeinflussen. Inwieweit diese Faktoren die Wahl des Entflechtungsmodells in Litauen und Lettland erklären können, ist an dortiger Stelle zu klären.

## 5 Liberalisierung und Regulierung

### 5.1 Energieversorgung als öffentliches Gut

Die Versorgung mit Energie und dies zu sozial akzeptablen Preisen wurde und wird in zahlreichen Ländern als Gemeinschaftsaufgabe gesehen. Das öffentliche Gut 'Versorgung' und seine Erbringung als öffentliche Dienstleistung wurden in Europa generell von staatlichen Unternehmen sichergestellt<sup>1</sup>. Das Konzept der öffentlichen Güter und die Auswirkungen auf Liberalisierungsprozesse lässt sich nach der Begriffsklärung von FINGER & FINON<sup>2</sup> auch auf Gasmärkte anwenden und hilft uns besser zu verstehen, weshalb in der Liberalisierungsdirektiven Spielräume bei der Umsetzung vorgesehen waren.

Bezogen auf den Gasmarkt kann die Idee von öffentlichen Gütern mehrere Aspekte umfassen: • Gewährleistung der Versorgungssicherheit • Verfolgen einer Industriepolitik und Beschäftigungszielen • Ziele sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung • Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Obwohl nicht in ganz Europa alle diese Punkte als Gemeinschaftsaufgabe angesehen werden, beinhalten alle nationalen Konzepte der öffentlichen Dienstleistung, dass die Kosten ihrer Erbringung nicht von den Nutzern zurückgewonnen werden kann. Auf diesen Umstand fand man das Modell des staatlichen Versorgers, welcher in der Lage war öffentliche Güter bereitzustellen mittels Quersubventionierung aus ertragreicheren Geschäftsfeldern und direkten staatlichen Subventionen. Öffentliche Unternehmen mussten in Folge der gesetzlich gewährten Monopolstellung auf dem Markt mit niemanden konkurrieren. Dies erlaubte es ihnen auch, Verluste in einem Geschäftsbereich

---

<sup>1</sup>Finger & Finon (2010), S.1

<sup>2</sup>ebenda (2010), S.1

durch sogenannte „Monopolrenten“ aus anderen Tätigkeitsfeldern auszugleichen.

Jenes Modell der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistung wurde nun, wie Details im Kapitel [Gasmarktliberalisierung in Europa](#) bestätigen werden, durch die Einführung von Wettbewerb in Frage gestellt<sup>3</sup>. Private Konkurrenten drängten in die lukrativen Segmente des Marktes und ließen dort die bisherigen Gewinne der staatlichen Monopolisten schrumpfen. Diese waren jedoch weiterhin mit der verlustreichen Erbringung öffentlicher Güter betraut, wofür ihnen nunmehr weniger Mittel zur Quersubventionierung zur Verfügung standen. Die Ausnahmeregelungen der Gasmarkttrichtlinien<sup>4</sup> entstammen dieser Situation, da es politisch undenkbar war, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistung zu beenden. Das Entflechtung, welches die Netzinfrastruktur beim vertikal integrierten Ex-Monopolisten belässt, erlaubt es in beschränktem Maße weiterhin, die durch Nutzungsentgelte erwirtschafteten Gewinne für eine flächendeckende Versorgung der Endverbraucher zu verwenden.

Vergleichbar mit den Handlungslogiken auf Marktakteure führen auch die Erfordernisse der Bereitstellung öffentlicher Güter zu Pfadabhängigkeiten auf politischer Ebene. Wie aufgezeigt konnten gemeinschaftliche Aufgaben der Gasversorgung nur mit vertikal integrierten Formen der staatlichen Gasunternehmen wirtschaftlich erbracht werden. Eine Marktliberalisierung zerschlägt diese Strukturen des Gasmarktes und stellt hiermit das Konzept der öffentlichen Dienstleistungen in Frage. In bisheriger Form sind diese nicht mehr zu gewährleisten, was jedoch ohne grundlegende Umorientierung wohlfahrtstaatlicher Politik als inakzeptabel gesehen wird. Eine gleichbleibende Ausrichtung in Bezug auf die Bereitstellung öffentlicher Güter, namentlich Gasversorgung, gibt Politik einen Entscheidungsrahmen vor. Nach diesem wird ein bestimmtes

---

<sup>3</sup>Finger & Finon (2010), S.5

<sup>4</sup>RL 98/39/EG, ABl. 1998 L204/12 Art.26 (1); RL 2003/55/EG, ABl. 2003 L176/22 Art.28 (1) ; RL 2009/73/EG, ABl. 2009 Art.49 (1)

Entflechtungsmodell gewählt, welches Gasversorgung weiterhin nach bisherigem Schema erbringen kann. Für marktliberal ausgerichtete Regierungen bestehen analog eine begrenzte Anzahl möglicher Handlungsoptionen, die mit ihren wirtschaftspolitischen Überzeugungen konform sind. Auch hier entstehen Pfadabhängigkeiten, die mit ihrer Logik entlang eines Entscheidungsprozesses nur manche Beschlüsse zulassen.

In diesem Punkt kann einer neuer Erklärungsfaktor für die Fragestellung festgemacht werden. Die politische Orientierung der am Entscheidungsprozess beteiligten Regierung, so die These, wirkt für die Wahl des Unbundlings zugleich als Entscheidungsrahmen. Eine marktliberale Ausrichtung der Entscheidungsträger wird andere Entschlüsse ermöglichen bzw. verhindern, als Überzeugung, nach denen der freie Markt gewisse Aufgaben nicht oder nur unzureichend erfüllen kann und dementsprechend der Staat regulativ eingreifen bzw. selbst tätig werden muss.

## 5.2 Die Liberalisierung von Gasmärkten

Dieses Kapitel soll einen Überblick zum Fortgang der Gasmarktliberalisierung in der Europäischen Union geben. Neben einem kurzen historischen Abriss der bisherigen Schritte im Integrationsprozess stehen vor allem ihre Ziele und Ergebnisse im Mittelpunkt. Den Kontext der Umsetzung des Dritten Liberalisierungspakets gesetzt, können erstens die institutionellen Zwänge nachvollzogen werden, unter welchen Energiepolitik in Litauen und Lettland formuliert worden ist. Zudem erlaubt uns ein Verständnis des historischen Hintergrundes zu ergründen, wie nationale Akteure auf diese von Brüssel angestoßene Änderung ihrer politischen und unternehmerischen Rahmenbedingungen reagierten, bzw. gegeben der im Abschnitt [Energiamärkte im Baltikum](#) marktbedingten Interessen zu handeln geneigt waren.

Vor dem Abschnitt zum Hergang der Liberalisierungsbemühungen in Europa stellt sich erst einmal die Frage, was bzw. welche Marktsituation

liberalisiert werden soll und aus welchem Grund eine solche Markttöffnung angestrebt wird. In Vorbereitung auf den Themenkomplex 'Liberalisierung' und die drei Richtlinien zu Gasmarkliberalisierung sollen an dieser Stelle Begründungen für Marktregulierung dargelegt werden, sowie die Grenzen und Nachteile der Regelungen, die Anstoß für die Deregulierung sprich Liberalisierung von Gasmärkten waren.

### 5.2.a Marktregulierung

Anlass für staatliche Marktregelung ist stets Marktversagen, eine Situation, die unterschiedlich definiert werden kann<sup>5</sup>. Aufgabe dieser Arbeit ist nicht, an dieser Stelle eine präzise Definition von Marktversagen herauszuarbeiten, sondern es gilt darzulegen, welche Gründe es für Regulierung von Märkten gibt. Eine Bewertung, inwieweit Eingriffe in das Marktgeschehen nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt ist ist ebensowenig Gegenstand der vorliegenden Fragestellung. Für eine Diskussion über die Effektivität verschiedenartiger Regulierungsmodell sei für ein allgemeine Betrachtung auf BALDWIN & CAVE<sup>6</sup> sowie HARRINGTON, Vernon & VISCUSI<sup>7</sup> verwiesen. Wie Regulierung sich auf Gaspreise für Endverbraucher in der Europäischen Union ausgewirkt hat wird von BRAU, DORONZO, FIORIO & FLORIO<sup>8</sup> diskutiert. Konsequenzen für Investitionsanreize sind Thema bei JOSKOW am Beispiel des US-amerikanischen Strommarkts<sup>9</sup> und allgemeiner für den Aspekt Forschung und Entwicklung bei JAMASB & POLLITT<sup>1011</sup>.

---

<sup>5</sup>Jaag & Trinkner (2011), S.26; ebenso Baldwin & Cave (1999)

<sup>6</sup>siehe: Baldwin & Cave (1999)

<sup>7</sup>siehe: Harrington, Vernon & Viscusi (2005)

<sup>8</sup>siehe: Brau, Doronzo, Fiorio & Florio (2010)

<sup>9</sup>siehe: Joskow (2000)

<sup>10</sup>siehe: Jamasb & Pollitt (2008)

<sup>11</sup>Die angeführte Literatur beschäftigt sich mit Beispielen des Elektrizitätsmarktes. Dennoch können ihre Ergebnisse aufgrund der gemeinsamen Eigenschaften von Netzwerkindustrien weitgehend auf Gasmärkte übertragen werden. An dieser Stelle ist anzumerken, dass für Strommärkte umfangreichere Literatur vorliegt, die sich auf längerfristige Erfahrungen stüt-

Gasmärkten und andere Netzwerkindustrien entsprechen nicht dem neo-klassischen Modell eines perfekten Marktes mit freiem Wettbewerb und vollständigen Kontrakten, die eine Abwesenheit von Externalitäten implizieren. Für eine politikwissenschaftliche Herangehensweise an Märkte entscheidend ist jedoch in erster Linie die Frage, ob diese gesellschaftlich erwünschte Ergebnisse hervorbringen und somit normativ anzustreben sind, weniger ob sie den stringenten formalen Kriterien der neo-klassischen Lehre entsprechen. In den Worten von JAAG & TRINKNER, können wir von einem freien, funktionierenden Markt sprechen, wenn dieser *„für Unternehmen die richtigen Anreize bietet, auf einem gesellschaftlich erwünschten Niveau in Märkte einzutreten, Preise zu bilden und in Innovation zu investieren“*<sup>12</sup>.

Für eine Diskussion, wie Regulierung als Ergebnis des politischen Prozesses das Phänomen des sogenannten „Rent Seekings“ hervorruft und in der Folge Motive von Interessengruppen maßgebend werden, sei auf TULLOCK<sup>13</sup> verwiesen. Eine kritische Diskussion von Regulierung als Mittel des politischen Prozesses kann bei CREW & KLEINDORFER<sup>14</sup> gefunden werden.

---

zen kann, da diese Märkte früher liberalisiert wurden als das Gasgeschäft.

<sup>12</sup>ebenda (2011), S.27 – eigene Paraphrasierung, Hervorhebung hinzugefügt

<sup>13</sup>Tullock (1967)

<sup>14</sup>Crew & Kleindorfer (2002)



## 6 Gasmarktliberalisierung in Europa

### 6.1 Die erste Liberalisierungsrichtlinie

Die erste EU-Richtlinie (98/30/EC) folgte der zwei Jahre zuvor erlassenen Direktive zum Strommarkt (96/92/EC), wodurch erste gemeinsame Regelwerke für die europäischen Energiemärkte aufgestellt wurden. Bis zu diesem Zeitpunkt war zwar ein einheitlicher europäischer Energiemarkt in den Europäischen Verträgen als Ziel festgeschrieben gewesen, eine konkrete europarechtliche Ausführung jedoch hatte diese Idee bisher nicht erfahren<sup>1</sup>. Die Europäische Kommission hatte die Kontrolle der Netzinfrastruktur durch vertikal integrierte Energieunternehmen<sup>2</sup> als Haupthindernis für Wettbewerb auf den Gasmärkten erkannt.

**Ziele der Richtlinie** Primäres Ziel der ersten Gasmarkttrichtlinie war die Öffnung des Gasnetzes für Dritte, um so Wettbewerb in den Upstream- und Downstream-Segmenten einzuführen<sup>3</sup>. Der freie und gleiche Zugang zur Netzinfrastruktur sollte durch Entflechtung (Unbundling) sichergestellt werden. Laut Direktive war nun geplant, die Betreiber der Gaspipelines in Form neuer und unabhängiger Firmen von der integrierten Unternehmensstruktur abzuspalten<sup>4</sup>. Als Alternative sollte diese Anforderung zumindest durch Entflechtung auf buchhalterischer, wenn schon nicht auf rechtlicher Ebene

---

<sup>1</sup>Eberlein (2005), S.63; Kanellakis, Martinopolous & Zachariadis (2010), S.1020; Matlary (1997), S.58ff und Pointvogel (2009), S.5704

<sup>2</sup>Für eine Erläuterung des Begriffes siehe Anhang [Vertikal Integriertes Unternehmen](#)

<sup>3</sup>International Energy Agency [IEA] (2008), S.24

<sup>4</sup>Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes vom 22.Juli 1998 betreffend die gemeinsamen Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt ABl. 1998 L 204/1

erfolgen, um hiermit Quersubventionierung innerhalb der Konzernstruktur in Zukunft unterbinden zu können. Den Netzzugang sollte eine von Staat und Markt unabhängige Aufsichtsbehörde überwachen<sup>5</sup>.

Um gleiche Bedingungen für alle Marktakteure zu gewährleisten, sollte der Regulierer mittels besonderer Vorrechte korrigierend in das Marktgeschehen eingreifen können. Zu diesen Instrumenten zählten die Zulassungskompetenz für Netzbetreiber und Erdgasanbieter sowie Preiskontrollen über Nutzungsentgelte. Diese Rechte konnte die Aufsichtsbehörde ausüben, indem bindende Nutzungsbedingungen und Entgelte für alle Marktakteure *ex ante* öffentlich gemacht wurden. Alternativ konnten die Modalitäten fallweise für jeden auf dem Markt ausgehandelten Liefervertrag einzeln festgelegt werden<sup>6</sup>.

Die erste Liberalisierungsrichtlinie von 1998 gab somit den Mitgliedsstaaten unterschiedliche Möglichkeiten, die Vorgaben aus Brüssel in nationales Recht umzusetzen. Sie konnten die Entflechtung der Gasunternehmen vollständig über einen Verkauf der Netze erzwingen oder nur auf buchhalterischer Ebene vornehmen lassen. Der Netzzugang sollte entweder allgemein für alle nach den gleichen Regulierungsvorschriften möglich sein oder durfte von den Unternehmen für den Einzelfall ausgehandelt werden. Diese beiden Optionen wiederum konnten vom zuständigen Regulierer *ex ante* oder *ex post* implementiert werden.

Diese unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubten es, nationale Besonderheiten zu berücksichtigen. Eine Umsetzung, die von den Empfehlungen der Kommission abwich, war unter folgenden Bedingungen gestattet<sup>7</sup>:

- Für den Fall, dass eine Marktöffnung die Erbringungen öffentlicher Dienstleistungen verhindert
- Sofern Belange der Versorgungssicherheit berührt werden

---

<sup>5</sup>siehe: RL 98/30/EG, ABl. 1998 L 204/2

<sup>6</sup>IEA (2008), S.25

<sup>7</sup>siehe: RL 98/30/EG, ABl. 1998 L 204/3

- Wenn die Marktliberalisierung nicht vereinbar ist, mit langfristigen „Take-or-Pay“- Lieferverträgen<sup>8</sup>
- Falls eine Marktöffnung für gesamtwirtschaftliche Schwierigkeiten führen könnten
- Für die Situation, dass ein Mitgliedsland noch nicht an anderen europäische Gasnetze angeschlossen ist, und es nur einen externen Gaslieferanten gibt
- Im Falle sich noch entwickelnder Gasmärkte, auf denen noch Investitionsbedarf besteht

## 6.2 Das zweite Liberalisierungspaket

Noch bevor die erste Liberalisierungsrichtlinie gänzlich umgesetzt war, die Mitgliedsstaaten hatten hierfür zwei Jahre Zeit, forderte der Europäische Rat von Lissabon 2000 die Kommission auf, weitere Schritte zur Vollendung des Energiebinnenmarktes einzuleiten<sup>9</sup>. Von den damals 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beabsichtigten neun, in den kommenden Jahren ihre Gasmärkte vollständig für den freien Wettbewerb zu öffnen. Acht Mitglieder hatten bereits den *ex ante*-regulierten Zugang zur Netzinfrastruktur implementiert, das von der Europäischen Kommission favorisierte Modell der Zugangsregelung.

**Ergebnisse der Liberalisierung** Fünf Jahre nach der ersten Direktive waren die erhofften Effekte einer Marktliberalisierung in Form niedriger Verbraucherpreise noch nicht Realität geworden. Angesichts dieser ernüchternden Situation kam es bei den Entscheidungsträgern der EU zu einem Umdenken,

---

<sup>8</sup>Unter sogenannten *Take-or-Pay*-Lieferverträgen werden vertragliche Vereinbarung zwischen Produzenten und Großabnehmer mit unbedingter Zahlungsverpflichtung verstanden. Der Käufer ist, unabhängig davon, ob die vereinbarte Mindestmenge an Gas abgenommen wird, gezwungen, diese zu bezahlen.

<sup>9</sup>Haase (2008), S.24

wonach nicht mehr Preissenkungen per se das Ziel der Liberalisierungsbemühungen waren, sondern vielmehr sollten Verbraucherpreise die tatsächlichen Kosten widerspiegeln<sup>10</sup>. Diese Politikänderung konnte laut International Energy Agency (IEA) auf die Einsicht zurückgeführt werden, dass die Preise für Erdgas an den Rohölpreis gekoppelt waren und entsprechend von der Marktöffnung kaum berührt wurden.

Die Marktöffnung war zu diesem Zeitpunkt in einigen Ländern bereits weiter vorangeschritten, als in der ersten Richtlinie vorgegeben<sup>11</sup>. Nach den Bestimmungen der Richtlinie von 1998 sollten zu Beginn 20 % des Gasvolumens der nationalen Märkte frei zwischen Anbieter und Abnehmer gehandelt werden. Nach fünf Jahren sollte dieser Anteil auf 28 % und nach weiteren fünf auf schließlich 33 % steigen. Im Durchschnitt waren die europäischen Gasmärkte jedoch im Jahre 2000 bereits zu 79 % liberalisiert, d.h. knapp vier Fünftel des Gasvolumens wurde frei gehandelt. Dieser Mittelwert spiegelte jedoch nicht den sehr unterschiedlichen Grad der Marktliberalisierung wider, welche zwischen den einzelnen Ländern zu beobachten war: einige Mitglieder hatten ihre Gasmärkte stark liberalisiert (Großbritannien, Niederlande), während in anderen die Marktöffnung kaum vorangekommen war (Frankreich).

Die Europäische Kommission hat die bisherige Umsetzung der Richtlinie (98/30/EC) einer Analyse unterworfen mit dem Ergebnis, die Marktöffnung sei bis dato in den Mitgliedsländern nur sehr unterschiedlich vorangekommen mit Problemen bei den regulierten Nutzungsentgelten und dem Netzzugang für Dritte<sup>12</sup>. Da sie den bestehenden Wettbewerb als unzureichend einstufte und die Verbraucher bisher noch nicht vom freien Wettbewerb profitiert hatten, erachtete die Kommission weitere Liberalisierungsschritte als notwendig, um den Zielen niedriger Gaspreise und effizienter Märkte näher zu kommen.

---

<sup>10</sup>IEA (2008), S.24

<sup>11</sup>IEA (2008), S.24

<sup>12</sup>siehe: Europäische Kommission (2004), (2005), (2007a), (2008)

Eine zweite Liberalisierungsdirektive wurde 2003 verabschiedet, nachdem zuvor die Regierungschefs auf ihrem Treffen in Barcelona im März 2002 ihre Absicht bekräftigt hatten, bis in zwei Jahren die Gasmärkte für Großabnehmer und bis 2005 für Haushalte gänzlich zu öffnen. Die Folgerichtlinie machte den Mitgliedsstaaten striktere Vorgaben und schränkte so ihren Umsetzungsspielraum ein:

- Nunmehr gab es ausschließlich einen regulierten Netzzugang, eine fallweise Regelung war nicht mehr vorgesehen
- Die zweite Gasmarktrichtlinie erlaubte nur noch eine rechtliche Entflechtung der vertikal integrierten Energieunternehmen, die buchhalterische Trennung war nicht mehr zulässig
- Transitzugänge unterlagen ab jetzt den gleichen Maßgaben von Brüssel wie bisher die nationalen Gasnetze

### 6.3 Bestimmungen des Dritten Liberalisierungspakets

Auch der sechsten Fortschrittsbericht zum Stand der Energiemarktliberalisierung im Jahre 2007 stellte eine weiterhin nur sehr langsame Entwicklung hin zu mehr Wettbewerb fest<sup>13</sup>. Ein Dorn im Auge der Kommission war insbesondere die fortwährende Marktkonzentration in vielen Mitgliedsstaaten, da die Netzbetreiber immer noch nicht hinreichend unabhängig von vertikal integrierten Ex-Monopolisten und Politik waren<sup>14</sup>. Angesichts der gleichbleibenden Ergebnisse in den Fortschrittsberichten konzentrierte sich die Kommission nunmehr auf eine Anpassung der Marktstrukturen im Gassektor, nachdem eine direkte Änderung der Marktsituation erfolglos geblieben war<sup>15</sup>.

Weitaus stärker als in den vorangegangenen zwei Direktiven forciert das

---

<sup>13</sup>Europäische Kommission Directorate General Wettbewerb (2007), S.169

<sup>14</sup>ebenda (2008), S.6

<sup>15</sup>IEA (2008), S.8

Dritte Liberalisierungspaket die Entflechtung vertikaler Besitzformen der Energieunternehmen. Unterstützt wurde dieses Bestreben durch die Feststellung des letzten Fortschrittsberichts, in Mitgliedsländern mit entflochtenen Strukturen investierten die Netzbetreiber deutlich mehr in die Infrastruktur, als auf weniger liberalisierten Märkten. Dieser Mangel an Investitionen wurde jedoch als ernstzunehmendes Problem für zukünftige Energieversorgung Europas erkannt<sup>16</sup>.

Der ursprüngliche Vorschlag, die vollständige eigentumsrechtliche Entflechtung zwischen Erzeugung/Gewinnung und Vertrieb einerseits sowie dem Netzbetrieb andererseits durchzusetzen, war am Widerstand einiger EU-Mitglieder gescheitert<sup>17</sup>. Für integrierte Gasversorger hätte diese Variante zur Folge gehabt, dass es für sie unmöglich geworden wäre, einerseits Kontrolle über ein Erzeugungs- oder Vertriebsunternehmen auszuüben und gleichzeitig Inhaber von Netzinfrastuktur zu sein<sup>18</sup>. In die Richtlinie zur Liberalisierung der europäischen Gasmärkte wurden zwei weitere Unbundling-Optionen aufgenommen. Mitgliedstaaten können neben der vollständigen Eigentumsentflechtung die Richtlinie auch in Form eines sog. *Independent System Operator* (ISO) oder eines *Independent Transmission Operator* (ITO) implementieren. In der ersten Variante wird das Netzmanagements an einen unabhängigen Netzbetreiber abgegeben. Nach der zweiten erfolgt eine verstärkte organisationsrechtliche Trennung der Geschäftsaktivitäten, um ein unabhängiges Netzmanagement zu gewährleisten. Die drei Entflechtungsoptionen werden im Folgenden genauer erläutert, um zu verdeutlichen, welche Konsequenzen diese im Einzelnen für betroffene Energieunternehmen und ihr Geschäftsmodell haben.

---

<sup>16</sup>siehe: Europäische Kommission (2008)

<sup>17</sup>Schmidt-Preuß (2009), S.82

<sup>18</sup>siehe: Institut für Energie- und Wettbewerbsrecht in der Kommunalen Wirtschaft e. V. (2014)

### 6.3.a Modelle der vertikalen Entflechtung auf dem Gasmarkt

**Ownership Unbundling** Erste Option, das sog. *Ownership Unbundling*, ist eine vollständigen Trennung der Geschäftsaktivitäten Erzeugung und Vertrieb von der Energiefernleitung, die von vertikal integrierten Gasversorgern eine Veräußerung der Netzinfrastruktur verlangt<sup>19</sup>. Die Mitgliedstaaten müssen danach zunächst sicherstellen, dass die Netze auf der einen sowie die Wettbewerbsbereiche Stromerzeugung bzw. Gasgewinnung und Vertrieb auf der anderen Seite nicht in einer Hand liegen. Umgekehrt darf auch ein Netzbetreiber nicht an Erzeugungs- oder Vertriebsunternehmen beteiligt sein. Dieses Trennungsgebot erstreckt sich Überkreuz auf Strom- und Gasmärkte, so dass z. B. auch einem Stromerzeuger untersagt ist, Gasinfrastruktur zu kontrollieren. Die rechtlich erzwungen Veräußerung des Wettbewerbsbereichs der Übertragung kommt de facto einer Enteignung gleich und bedeutet für die betroffenen Unternehmen einen deutlichen Verlust an Marktmacht, da Konkurrenten nicht über Beschränkungen des Zugangs zum Netz behindert werden können. Für staatliche Gasversorger gelten weniger strenge Regelungen. Sofern die Geschäftsbereiche Fernleitung und Erzeugung/Vertrieb von unterschiedlichen Ministerien kontrolliert werden, so wird das Ownership Unbundling als erfüllt angesehen<sup>20</sup>.

**Independent System Operator** Eine alternative Umsetzung der Liberalisierungsrichtlinie ist das Modell des sog. *Independent System Operators* – ISO. Hiernach können die Mitgliedsstaaten durch eine nationale Regulierungsbehörde einen unabhängigen Betreiber der Energienetze benennen. Zwar verbleibt eigentumsrechtlich die Infrastruktur beim bisherigen Netzeigentümer, dieser ist jedoch gezwungen, die Verfügung hierüber gänzlich an den Betreiber abzugeben<sup>21</sup>. Der *Independent System Operator* wiederum darf keine

---

<sup>19</sup>RL 2009/73/EG, ABl. 2009 L 211/106, Art. 9

<sup>20</sup>ebenda, Art. 9

<sup>21</sup>Schmidt-Preuß (2009), S.82

Kontrolle über Erzeugungs- und Vertriebsunternehmen ausüben. In Form einer von der öffentlichen Hand ausgesprochenen Bestellung hat der ISO die Aufgaben, zuverlässig leistungsfähige Übertragungsnetze, sprich Pipelines zu betreiben, sie zu warten und nach Bedarf auszubauen. Für diese Aktivitäten kann der unabhängige Netzbetreiber Entgelte einfordern. Es entstehen jedoch eigentumsrechtliche Konflikte und Unsicherheiten zwischen den rechtlichen Eigentümern der Netzinfrastuktur und dem Independent System Operator. Erstere konnten über ihren Besitz nicht mehr frei entscheiden und wurden somit de facto enteignet, während der ISO für den Betrieb auf die Kooperation der Infrastruktureigentümer angewiesen war. Ungeklärt bleibt, wie der Ausbau der Netze zu finanzieren ist, wenn die Nutzungsentgelte hierfür nicht ausreichen.

**Independent Transmission Operator** Als dritte Option besteht die Möglichkeit, einen *Independent Transmission Operator* – ITO einzuführen. Dieses Modell unterscheidet sich vom Ownership Unbundling durch den eigentumsrechtlichen Verbleib der Netzinfrastuktur beim bisher vertikal integrierten Energieunternehmen verbleibt. Im Gegensatz zum *Independent System Operator* wird eine de facto Enteignung vermieden, da Besitz und Verfügung über das Netz nicht getrennt werden. Der Bereich Übertragung verbleibt im Konzernverbund, soll jedoch anhand strikter Regulierung Autonomie genießen<sup>22</sup>. Im Endergebnis übernimmt das vertikal integrierte Unternehmen als Eigentümer der Netzinfrastuktur die Rolle des ITO.

Personelle Doppelmandate in der Leitung der verschiedenen Geschäftsbereiche innerhalb der Muttergesellschaft sind untersagt. Mit den Nutzungsentgelten erhält der autonome Netzbetreiber eine eigene Finanzierungsquelle, um ihn unabhängiger vom Konzernverbund zu machen. Für den Fall, dass für zukünftige Investitionsvorhaben Finanzmittel erforderlich sind, die nicht

---

<sup>22</sup>siehe: RL 2009/73/EG, ABl. 2009 L 211/94



aus den Nutzungsentgelten zu erwirtschaften sind, ist die Muttergesellschaft gezwungen, diese zur Verfügung stellen. In seiner Entscheidungsbefugnis zu Betrieb und Instandhaltung, sowie den Investitionsentscheidungen muss der *Independent Transmission Operator* unabhängig vom vertikal integrierten Versorger sein. Mit dieser Bestimmung soll ein diskriminierungsfreier Zugang zu Infrastruktur für Konkurrenten gewährleistet werden und Wettbewerb auf dem Energiemarkt ermöglicht werden.

## 7 Umsetzung der EU-Richtlinien in den baltischen Staaten

Dieser Abschnitt möchte kurz darstellen, wie bisherige europäische Richtlinien zum Gasmarkt in Lettland und Litauen umgesetzt wurden. Für ein besseres Verständnis des Forschungsprozesses in den folgenden Kapiteln, ist an erster Stelle welche Unterschiede der abhängigen Variablen *Gasmarktliberalisierung* diese Arbeit erklären möchte. Ein Verständnis dafür, inwieweit die gewählten Entflechtungsmodelle voneinander abweichen, macht die anschließende Diskussion der möglichen Gründe hierfür erst nachvollziehbar.

### 7.1 Rigide Umsetzung in Litauen

Mit der Wahl des strikten Ownership Unbundlings der Geschäftsbereiche Netzinfrastruktur und Vertrieb im Gassektor hat Litauen die EU-Richtlinie zur Gasmarktliberalisierung unter allen EU-Mitgliedern am gewissenhaftesten implementiert. Bis zur Änderung des Gasmarktgesetzes am 30. Juni 2011<sup>1</sup> waren die Bestimmungen der zweiten Direktive zur Entflechtung vertikal integrierter Gasversorger jedoch nicht in litauisches Recht umgesetzt worden<sup>2</sup>.

Nach dem gegenwärtigen Stand hat Litauen mit der Endfassung seines mehrfach überarbeiteten Gesetzes zum Gasmarkt die Bestimmungen des Dritten EU-Liberalisierungspakets vollständig umgesetzt<sup>3</sup>. Laut Artikel 12 müssen

---

<sup>1</sup>Seimas of the Republic of Lithuania, *Valstybės žinios (Official Gazette)*: No.I-1434

<sup>2</sup>Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija (2011) [National Control Commission for Prices and Energy – fortan: NCCPE], S.13

<sup>3</sup>Seimas of the Republic of Lithuania, *Valstybės žinios (Official Gazette)*: No.VIII-2743; No.IX-884; No.IX-1644 ; No.X-1054 & No.I-1434

die Geschäftsaktivitäten Überleitung, Speicherung, Verflüssigung und Vertrieb von Erdgas besitzrechtlich voneinander getrennt werden. Dieses Ownership Unbundling kann über eine Veräußerung der jeweiligen Unternehmenssparte an Dritte oder durch Ausgliederung in einer eigenständige Tochtergesellschaft erfolgen. Integrierte Gasunternehmen mit weniger als 100.000 Kunden sind von diesen Bestimmungen ausgenommen. Nach Artikel 13 muss der Netzbetreiber Dritten diskriminierungsfreien Zugang zu seiner Infrastruktur gewährleisten und darf nicht andere Geschäftsbereiche des Mutterkonzerns bevorzugen. Litauens Regulierungsbehörde *Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija* (National Control Commission for Prices and Energy – NCCPE) ist beauftragt, die effektive Durchführung des Unbundlings, bzw. die strikte buchhalterischer Trennung zwischen Muttergesellschaft und Tochterunternehmen zu überwachen.

## 7.2 Der 'lettische Weg' des Hinauszögerns

Als letztes EU-Mitglied hat Lettland erst in diesem Jahr mit der in den Liberalisierungspaketen geforderten Entflechtung seines Gasmarktes begonnen. Zuvor hatte das Land stets Ausnahmeregelungen<sup>4</sup> in Anspruch genommen, um die Vorgaben zeitlich verzögert zu implementieren<sup>5</sup>. Mit Hinweis auf seine isolierte Insellage ohne Anschluss an weitere europäische Netze und den unterentwickelten Gasmarkt hatte Riga bisher die Öffnung des Marktes für Wettbewerb samt Entflechtung von *Latvijas Gāzes* auf das Ende seiner Monopolstellung im April 2017 verschoben.

Mit der am 13. April verabschiedeten Änderung des Gesetzes zum Energiemarkt wurde die schrittweise Liberalisierung des Gasmarktes bis zum 3. April 2017 beschlossen<sup>6</sup>, jenem Zeitpunkt, an welchem *Latvijas Gāzes* Mono-

<sup>4</sup>RL 98/39/EG, ABl. 1998 L204/12 Art.26 (1); RL 2003/55/EG, ABl. 2003 L176/22 Art.28 (1) ; RL 2009/73/EG, ABl. 2009 Art.49 (1)

<sup>5</sup>Sabiedrisko pakalpojumu regulēšanas komisija (2012), S.21

<sup>6</sup>Das lettische Gesetz kann leider nicht direkt zitiert werden, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt

pol für Gasversorgung und Vertrieb fällt. Das Unternehmen ist gezwungen, ab April diesen Jahres die interne Buchführung für seine Geschäftsbereiche Überleitung, Speicherung und Vertrieb trennen<sup>7</sup>. Anderen Firmen muss mit sofortiger Wirkung freier Zugang zur Netzinfrastruktur und Speichereinrichtungen gewährt werden, allerdings sieht das Gesetz keine Regelung über Nutzungsbedingungen und Entgelte vor. Da Latvijas Gāze als alleiniger Eigentümer der Gasinfrastruktur in Lettland vorerst selbst diesbezügliche Konditionen festlegen kann und es bislang weder Wettbewerber noch alternative Gaslieferanten gibt, werden die Bestimmungen über den Zugang Dritter kurzfristig wenig an der Situation auf dem lettischen Gasmarkt ändern<sup>8</sup>.

Das Ownership Unbundling Latvijas Gāzes soll unter zwei Bedingungen vor dem Jahre 2017 möglich sein, jenem Zeitpunkt, an welchem die im Zuge der Privatisierung getroffenen Regelungen auslaufen<sup>9</sup>. Der vertikal integrierter Versorger kann früher entflochten werden, wenn Lettland vor diesem Zeitpunkt an ein anderes europäisches Gasnetz angeschlossen wird. Ausnahme bilden die Netze Finnlands und der baltischen Nachbarn Estland und Litauen, die sich gleichermaßen in einer isolierten Insellage befinden. Ein Anschluss an eines dieser Energiesysteme erfüllt nicht die im Liberalisierungsgesetz verankerten Vorgaben für die Umsetzung des Ownership Unbundlings. Ein Entflechtung des lettischen Gasversorgers vor dem Jahre 2017 wäre ebenfalls möglich, wenn *Gazproms* Marktanteil bei Erdgaslieferungen unter 75 % fällt. Dies setzt wiederum die Verfügbarkeit von alternativen Importquellen voraus, was erhebliche Investitionen in Anlagen zur Einfuhr von Flüssiggas erfordert. Voraussichtlich wird Latvijas Gāze seine integrierte Unternehmensstruktur

---

selbst in lettischer Sprache noch nicht in die Datenbank des nationalen Parlamentes *Seima* aufgenommen wurde.

<sup>7</sup>Latvijas Republikas Saeima Press Service (2014)

<sup>8</sup>Europäische Kommission Directorate General Wirtschaft und Finanzen (2014)

<sup>9</sup>Beim Verkauf des Staatsunternehmens im Jahre 1997 an private Investoren wurde diesem für die Dauer von 20 Jahren ein Monopol für Gasversorgung und Vertrieb gewährt. Auch der unterirdische Gasspeicher Inčulkans wurde Latvijas Gāze zu einem symbolischen Preis für den gleichen Zeitraum überlassen. Siehe Abschnitt: [Die Privatisierung von Latvijas Gāze](#)

bis 2017 beibehalten können, da die Chancen, eine der zwei Bedingungen in naher Zukunft eintritt, als sehr gering eingeschätzt werden<sup>10</sup>.

---

<sup>10</sup>Europolitics (2014)

## 8 Das Verhältnis zu Russland

Wiederkehrende Streitigkeiten über Gaslieferungen zwischen Russland und seinen Nachbarn z.B. der Ukraine und Belarus, die mehrfach Lieferstopps nach sich zogen, bestätigen viele Entscheidungsträger im Baltikum in ihrer Sicht, dass Moskau Energiepolitik für politische Zwecke einzusetzen bereit ist. Der Fall der Privatisierung der litauischen Öltraffinerie *Mažieky nafta* macht ersichtlich, wie sensibel Energie für die nationale Sicherheit gesehen wird und ist ein Beispiel für die offizielle Position gegenüber russische Beteiligungen im Energiesektor.

Ausgehend von Erinnerungen an die sowjetische Blockade im Jahre 1990 kurz vor der Unabhängigkeitserklärung<sup>1</sup>, wollte die litauische Regierung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Abhängigkeit des Landes von Energielieferungen aus Russland verringern<sup>2</sup>. Erster Schritt war die Entscheidung in Būtingė ein Terminal für den Im- und Export von Öl bauen zu lassen, welches 1999 den Betrieb aufnahm. Zweiter Teil der Strategie, die Abhängigkeit von Russland im Ölsektor zu reduzieren war die Privatisierung der Raffinerie *Mažieky nafta*. Im Oktober 1999 verkaufte die damalige litauische Regierung 33 % der Anteil an das US-amerikanische Unternehmen *Williams International*, wohingegen der ebenfalls interessierten russischen Ölfirma *Lukoil* lediglich die Rolle eines Juniorpartners als Lieferant von Rohöl zugedacht war. Der amerikanische Investor veräußerte seine Aktien 2002 an eine Tochterfirma des privaten russischen Ölkonzern *Yukos*, welches dieser wiederum drei Jahre später verkaufen wollte. Von den drei Interessenten

---

<sup>1</sup>siehe: Dahlburg (1990); Stauffer (1990)

<sup>2</sup>Volovoj & Zdanavičius (2012), S.220

*Lukoil*, dem polnischen Ölkonzern *PKN Orlen* und Kasachstans staatlichem Gasunternehmen *KazMunaiGaz*, kam das polnische Unternehmen zum Zuge<sup>3</sup>. Der Verkauf der Raffinerie an Investoren aus dem Nachbarland wurde vom Außenminister Litauens, Antanas Valionis, als „*Element einer geopolitischen Schlacht*“ mit „*außerordentlicher geopolitischer Bedeutung*“ bezeichnet<sup>4</sup>.

Im darauffolgenden Jahr stoppte das staatliche russische Unternehmen *Transneft* die Öllieferungen durch die „*Druzhba*“-Pipeline. Die offizielle Begründung, ein Leck der Leitung habe diese Entscheidung<sup>5</sup> erfordert war nur eingeschränkt überzeugend<sup>6</sup>, da *PKN Orlens* Angebot, die Reparaturkosten zu übernehmen, ausgeschlagen wurden<sup>7</sup>. Als bedeutendstes Unternehmen Litauens, dämpften die Schwierigkeiten von *Mažeikių nafta*, neben anderen Faktoren, das Wirtschaftswachstum des Landes und wirkten sich insbesondere negativ auf die Außenbilanz aus, die stark vom Erdölexport beeinflusst wird<sup>8</sup>.

## 8.1 Der Faktor Gazprom

Vor einer Darstellung der Energiemarktsituation in den baltischen Ländern und den dortigen Marktstrukturen mitsamt der Pfadabhängigkeiten soll an dieser Stelle ein kurzer Abschnitt zum Thema *Gazprom* erfolgen. Ziel ist es eine möglichst nüchterne Darstellung unterschiedlicher Sichtweise zu geben auf die Motivation der Konzernstrategie und der dahinterliegenden Frage, ob, bzw. inwiefern das staatliche Gasunternehmen ein Werkzeug russischer Außenpolitik ist. Diese Diskussion kann nur in einem überschaubaren Rahmen geleistet werden, ist aber dennoch für das Verständnis von Energiepolitik in

<sup>3</sup>*PKN Orlen* hatte das höchste Gebot abgegeben, nach Volovoj & Zdanavičius (2012) war aber die litauische Regierung inoffiziell im Verkaufsprozess involviert.

<sup>4</sup>Lrytas.lt (2006): „*Mažeikių naftos pardavimas Lenkijai - geopolitinės reikšės faktas*“

<sup>5</sup>Pipelines International (2006): *Russian oil pipelines struggling under pressure*“

<sup>6</sup>American Embassy Moscow (2006)

<sup>7</sup>Delfi.lt (2011b): *Maskva naftos učiaupų neatsuka ir už pinigų*

<sup>8</sup>The Economist Intelligence Unit (2006)

Litauen und Lettland wichtig, um die Sichtweise der Entscheidungsträger nachvollziehbar zu machen.

An der Sichtweise auf *Gazprom* und seine Unternehmensstrategie manifestiert sich konkret die tiefer liegende, kritische Haltung in den baltischen Ländern gegenüber Russland. Diesem Blickwinkel zugrunde liegt die Annahme, der russische Erdgaskonzern verfolge letztendlich außenpolitische Ziele des Kremls, die wiederum gegen die nationalen Interessen Litauens und Lettland gerichtet seien. Der Eindruck, Russland instrumentalisieren seine Energieexporte für politische Zwecke, wird durch Streitigkeiten bei Auslandsinvestitionen im Energiesektor und plötzlicher Lieferstopps von Erdöl verstärkt<sup>9</sup> Wie eingangs erwähnt werde ich diese Haltung als konstruierte Variable behandeln, die in unterschiedlicher Ausprägung vorliegt, wodurch sie Erklärungskraft gewinnt. Ursachen und Entstehungsprozess dieser konstruierten Anschauung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht weiter thematisiert werden. Dennoch soll an dieser Stelle ein knapper Überblick der Literatur gegeben werden zur Diskussion, in welcher Beziehung das Verhalten Gazproms zur russischen Politik steht.

Ein Argument für die Position, der staatlich kontrollierte Erdgaskonzern verfolge nicht rein ökonomische Absichten, sondern sei zugleich ein Instrument der russischen Führung, sind wiederholte Unterbrechungen der Erdgaslieferungen an Länder in Ost- und Mitteleuropa bzw. ehemalige Sowjetrepubliken<sup>10</sup>. In manchen Fällen führte das Unternehmen technische Schwierigkeiten an<sup>11</sup>, in anderen waren Streitigkeiten über die Bezahlung

---

<sup>9</sup>siehe: Newnham (2011)

<sup>10</sup>Beispielhaft seien folgende Zeitungsartikel genannt: I Buckley & Ostrovsky (2006): „Gazprom Issues Threat To EU Gas Supply“ [*Financial Times*] II Barnett (2006): „From Poland To Hungary, Gazprom Takes Stealth Route To Domination“ [*The Independent*] III Gorst (2009): „Russia Welcomes End To Turkmen Gas Dispute“ [*Financial Times*] IV Bilesfsky (2009): „Old Russian ally is left out in the cold“ [*The International Herald Tribune*] V Teather (2010): „Russia cuts Belarus’s gas supply and fuels EU fears“ [*The Guardian*]

<sup>11</sup>Newnham (2011), S.142



des Erdgases der Anlass<sup>12</sup>. Den meisten dieser Lieferstopps gemein ist der Umstand, dass im Vorfeld dieser drastischen Schritte seitens Gazprom im betroffenen Abnehmer- oder Transitland politische, bzw. wirtschaftliche Entscheidungen getroffen wurden, die aus Sicht des Kremls gegen russische Interessen gerichtet waren. Auch die Unternehmensstrategie einerseits in den Downstream-Bereich auf europäischen Gasmärkten zu expandieren<sup>13</sup> und zudem, teilweise gestützt durch politischen Druck aus Moskau, im Ausland Netzinfrastuktur zu kaufen<sup>14</sup>, kann als Bestandteil russischer Außenpolitik interpretiert werden.

Da Gazproms Aktienanteile mehrheitlich vom russischen Staat gehalten werden<sup>15</sup> und dieser das Unternehmensmanagement bestimmt, liegt die Vermutung nahe, die Regierung Russlands bestimme zumindest in Teilen die Strategie des Erdgaskonzerns. Personelle Überschneidungen zwischen Gazprom und der Staatsführung lassen diese Annahme umso plausibler erscheinen. Dmitri Medvedev war ab dem Jahr 2000 für den damaligen Präsidenten Vladimir Putin im Präsidialamt für die Koordination mit der Regierung beauftragt, ab 2003 übernahm er die Leitung der Präsidialverwaltung. Zeitgleich gehörte

---

<sup>12</sup>Im Juni 2010 drohten Gazproms Vorstandsvorsitzender Alexei Miller und Russlands Präsident Dmitri Medvedev mit einem Stopp der Gaslieferungen, sollte Belarus nicht in Kürze seine ausstehenden Rechnungen von \$200 Mio. US begleichen. *Quelle*: Natural Gas Europe (2010)

<sup>13</sup>siehe: Oreskovic (2013): *“Shopping In Europe: Gazprom Expands Southward”* [The Moscow Times] – ebenso Harding & Seager (2007): *“Gazprom Hints At British Acquisition By End Of Month”* [The Guardian]

<sup>14</sup>Gazprom übernahm im November 2010 für \$2,5 Mrd. US die Kontrolle über den belorussischen Netzbetreiber BelTransGaz mit dem Kauf der restlichen 50 % der Anteile, welche sich noch nicht in seinem Besitz befanden. Im Gegenzug wurden Belarus günstigere Gaspreise gewährt gegenüber vorherigen Preisanpassungen in Richtung der Abnehmerpreise für westeuropäische Kunden. *Quelle*: Natural Gas Europe (2011) – siehe: auch La Tribune (2011): *«Nouveau bras de fer gazier en vue entre la Russie et l’Ukraine»* ebenso EurActiv (2010): *“Gazprom’s Push For Ukraine Merger Meets Resistance”*

<sup>15</sup>Der russische Staat besitzt 50,002 % der Anteile an der Aktiengesellschaft Gazprom. Diese wiederum befinden sich in den Händen der Staatlichen Agentur für Vermögensverwaltung (38,737 %), und den staatlichen Gasunternehmen Rosneftegaz (10,740 %) und Rosgazifikatsiya (0,889 %) – *Quelle*: Gazprom

er ab Juni 2000 dem Aufsichtsrat von Gazprom an, dessen Vorsitz er zwischen 2002 und 2008 innehatte.

In der wissenschaftlichen Literatur wird die Frage, welche Rolle Gazprom in der russischen Außenpolitik spielt, nicht eindeutig beantwortet. Generell gehen die Autoren von einem politischen Einfluss auf die Konzernführung aus. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass Gazproms Handeln auf ausländischen Märkten durchaus der rationalen Logik eines gewinnorientierten Unternehmens entspricht und nicht zwangsweise dahinter politische Absichten stecken müssen, wenn das Vorgehen des Erdgaskonzerns sich mit der Politik Moskaus deckt.

GOLDTHAU, beispielsweise, sieht die Dispute zwischen Gazprom und mehreren GUS-Staaten<sup>16</sup> weniger politisch als wirtschaftlich motiviert<sup>17</sup>. Für das Gasunternehmen mache es Sinn von den betroffenen Abnehmerländern Weltmarktpreise zu fordern, wie von seinen den westeuropäischen Kunden — nach dem Zusammenbruch der UdSSR wurde bislang an viele ehemalige Sowjetrepubliken Erdgas zu günstigeren Bedingungen geliefert. Da Gazprom zudem verpflichtet ist, auf dem heimischen Markt Erdgas unter Kosten an Endverbraucher zu verkaufen, sei es für das Unternehmen rational durch lukrativere Exporte seine Bilanzen zu verbessern.

Auch FILIPPOV erklärt Gazproms Strategie mit wirtschaftlichen Motiven. Die Expansion in den Downstream-Segment folge einer verbreiteten Vorgehensweise im Rohstoffsektor tätiger Firmen<sup>18</sup>, die hiermit ihre Gewinnmargen verbessern möchten. Diese Profitspannen sind sehr begrenzt, da die Geschäftsaktivität am unteren Ende der Wertschöpfungskette angesiedelt ist. Dieser Argumentation folgend, können Gazproms Zukäufe von Anteilen an den baltischen Gasunternehmen *Lietuvos Dujos* und *Latvijas Gāze* als Schritte gesehen werden, um von dort die Gasexporte in die Europäische Union auszuweiten.

---

<sup>16</sup>siehe: Heinrich (2006)

<sup>17</sup>Goldthau (2008), S.690

<sup>18</sup>Filippov (2010), S.311

Nach BILGINS Sichtweise passen russische Energiefirmen, nicht nur Gazprom, sondern beispielsweise auch der Ölkonzern *Rosneft* ihre Strategie der nationalen Energiepolitik an<sup>19</sup>. Er spricht von einer symbiotischen Beziehung zwischen Regierung und den Unternehmen. Demnach verdanken russische Energiefirmen beispielsweise ihren exklusiven Zugriff auf Ressourcen in der Kaspischen Region politischer Unterstützung. Ebenso erlaubt ihnen die Abschottung des Binnenmarktes gegen ausländische Wettbewerber, dort eine dominierende Marktmacht auszuüben<sup>20</sup>. Zeitgleich sind die Erlöse der Energiefirmen aus dem Verkauf von Öl und Erdgas Einnahmen für den russischen Staat, der hierdurch auch vom wirtschaftlichen Erfolg der Energiefirmen profitiert.

BILGIN sieht diesen Nutzen nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern führt auch an, dass Gazproms Monopolstellung auf vielen Gasmärkten Ost- und Mitteleuropas als einziger Lieferant Moskau ein politisches Druckmittel gibt<sup>21</sup>. Diese Einschätzung wird AALTO & WESTPHAL geteilt. Sie sehen in der Weigerung Moskaus, die von der Europäischen Union angestrebte *Energiecharta-Vertrag*<sup>22</sup> zu unterzeichnen ein deutliches Indiz für die Annahme, Gazprom werde vom Kreml als potentiell außenpolitisches Instrument

---

<sup>19</sup>Bilgin (2011, S.118)

<sup>20</sup>siehe: Kalotay (2008)

<sup>21</sup>Bilgin (2011, S.119)

<sup>22</sup>Der Energiecharta-Vertrag (*Energy Charter Treaty*) wurde als rechtsverbindliches internationales Abkommen im Dezember 1994 unterzeichnet mit dem Ziel, Osteuropa und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion in die europäischen Energiemärkte zu integrieren und hierdurch die Versorgungssicherheit Europas zu verbessern. Ursprung des Vertrages ist die am 17. Juni 1994 verabschiedete Energiecharta, eine politische Absichtserklärung zu Grundlagen internationaler Energiebeziehungen. Als die vier wichtigsten Aspekte des Energiecharta-Vertrages sind zu nennen: 1. Rechtssicherheit und Schutz ausländischer Investitionen im Energiesektor 2. Diskriminierungsfreier Handel mit Energie und verwandter Produkte gemäß den Regeln der WTO 3. Streitschlichtungsmechanismen für Handelskonflikte 4. Verbesserung der Energieeffizienz in den Unterzeichnerstaaten 5. Standards für Transparenz, Wettbewerb und Besteuerung von Energieunternehmen – *Quelle: Europäische Union* (2014)

verstanden<sup>23</sup>. Nach den Bestimmung der *Energy Charter Treaty* würde die Monopolstellung des Erdgaskonzern auf dem Heimatmarkt durch Einführung von Wettbewerb gebrochen. Dies wiederum hätte eine Schwächung Gazproms zur Folge und würde das Unternehmen als außenpolitisches Mittel weniger wirkungsvoll machen, so die Argumentation der Autoren.

Die Diskussion über Gazproms Rolle für die russische Politik zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Autoren eine Beziehung zwischen Konzernführung, bzw. der Unternehmensstrategie und den außenpolitischen Zielen Moskaus sehen. Der staatliche Einfluss auf die Unternehmensgeschicke, wird von GOLDTHAU und AALTO & WESTPHAL unterschiedlich eingeschätzt. Jedoch können alle diese Aussagen nicht als wissenschaftlich gesichert gelten, da keine konkreten Quellen, sondern vielmehr Indizien und zeitliche Zusammenhänge angeführt werden. Diese knappe Literaturübersicht sollte keine abschließendes Urteil zu Gazproms Absichten bieten, sondern vielmehr verständlich machen, dass die negative Wahrnehmung Russlands und russischer Unternehmen im Baltikum durchaus Anhaltspunkte hat. Auch wenn es sich hier um eine konstruierte, subjektive Sicht der Dinge handelt, so bestätigen diese Anhaltspunkte Entscheidungsträger umso mehr in ihrer Haltung. Im Endergebnis konstituiert sich hieraus eine Norm, die, NORTHs Ansatz der Pfadabhängigkeiten aufgreifend, für politische Entscheidungsprozesse einen Rahmen an möglichen Resultaten absteckt.

---

<sup>23</sup> Aalto & Westphal (2008), S.13

## 9 Energiemärkte im Baltikum



Abbildung 9.1: Netz der Gaspipelines im Baltikum (Quelle: Eesti Gaas - <http://www.eegas.com/estonia.htm>)

## 9.1 Der Energiemarkt Lettlands

Lettland ist stark von Energieimporten abhängig, da es über keine Erdgas- oder Ölvorkommen verfügt. Zwar dienen Holzpellets und Torf als Quellen für die lokale Wärmeerzeugung, sie werden jedoch nicht in industriellem Maßstab eingesetzt und spielen für die Stromproduktion keine Rolle<sup>1</sup>. Da beide Energieträger nur einen sehr geringen Brennwert aufweisen<sup>2</sup>, stellen sie keine Alternative zu Öl und Erdgas dar, und können keinen Beitrag zur Versorgungssicherheit des Landes leisten. Für Lettlands Energiesektor hat die Wasserkraft erhebliche Bedeutung, über drei Staustufen des größten Flusses Dauga werden etwas mehr als ein Drittel des Strombedarfs generiert<sup>3</sup>. Diesen Bedarf kann der baltische Staat jedoch nicht gänzlich über eigene Kapazitäten abdecken, da die Produktion je nach Wasserstand stark schwankt. So muss die meiste Zeit des Jahres Elektrizität aus dem Ausland eingeführt werden, während im Frühling in den Monaten März, April und Mai dank hoher Fließmenge durch Schmelzwasser Strom exportiert werden kann<sup>4</sup>.

**Verhältnis zu Russland** Die lettisch-russischen Beziehungen im Energiesektor unterscheiden sich in mehrerlei Hinsicht von der Situation in Litauen. Für Russlands Wirtschaft war Lettland stets der wichtigere Handelspartner und seine Unternehmen hatten sich nach der Unabhängigkeit des Landes dort rasch engagiert. Hieraus entwickelten sich auf lettischer Seite bedeutende Verflechtungen in vielen Sektoren, die eine Abgrenzung vom ehemaligen He-

---

<sup>1</sup>IAEA (2007), S.53

<sup>2</sup>Das US-amerikanische *National Institute of Standards and Technology* (Autoren: Afeefy, Liebman & Stein) gibt folgende durchschnittliche Brennwerte an: I Holzpellets 21,7 MJ/kg II Torf (trocken) 15,0 MJ/kg III Methan ( $CH_4$ ) 55,5 MJ/kg [Erdgas aus Russland hat einen Methananteil von 98 %. Weitere Bestandteile von Erdgas sind: Ethan ( $C_2H_6$ ) und weitere Alkane wie Propan ( $C_3H_8$ ) und Butan ( $C_4H_{10}$ ) (Quelle: Société chimique de France)]

<sup>3</sup>siehe: Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2014) – Im Jahre 2011 konnte über Wasserkraft 38,5 % der benötigten Elektrizität produziert werden (neueste verfügbare Daten).

<sup>4</sup>IAEA (2007), S.47

gemon Moskau zumindest wirtschaftlicher Hinsicht schwierig gestalteten. Im Folgenden soll erläutert werden, wie die historisch bedingten Besonderheiten in Lettland bereits polit-ökonomisch einen anderen Ausgangspunkt für den Liberalisierungsprozess geschaffen haben, als dies in Litauen der Fall war.

Seit je war das Land mit seinen Ostseehäfen Liepaja, Ventspils und Riga<sup>5</sup> eine wichtige Route für Waren aus Russland, die für europäische Märkte bestimmt waren<sup>6</sup>. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde der baltische Staat zum wichtigsten Transitland für russisches Öl, Ventspils war zeitweise sogar nach Novorossisk am Schwarzen Meer der wichtigste Exporthafen für Güter aller Art aus der russischen Föderation<sup>7</sup>. Zwischen beiden Ländern entwickelte sich in den 90er Jahren eine gewisse gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit. Zum Einen war Russland angesichts erheblicher finanzieller Schwierigkeiten auf Einnahmen in harter Währung durch Energieexporte angewiesen. Andererseits waren der Umsatz mit dem Transit russischer Öllieferungen und damit zusammenhängenden Wirtschaftsaktivitäten für fast ein Viertel des lettischen Bruttosozialprodukts verantwortlich. Lettland hatte und hat dementsprechend ein starkes Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zu seinem großen Nachbarn, insbesondere auf dem Energiesektor<sup>8</sup>.

Umfangreiche Privatisierungen von Staatsunternehmen im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit boten russischen Firmen die Möglichkeit, in

---

<sup>5</sup>Weitere kleinere Häfen sind Engure, Lielupe, Mersrags, Pāvilosta, Roja, Salacgrīva & Skulte.

<sup>6</sup>Kasekamp (2010), S.11, 55

<sup>7</sup>Sprūds (2011), S.100

<sup>8</sup>ebenda (2011), S.111

Lettland zu investieren<sup>9</sup>, weniger um Absatzmärkte zu erschließen<sup>10</sup>, als mit der Absicht, das Exportgeschäft für Ausfuhren nach Westeuropa zu sichern. Für den lettischen Staat waren die Unternehmensverkäufe ein Mittel, Investitionen aus dem Ausland anzuziehen<sup>11</sup>, auch wenn die Hoffnungen, vorwiegend westliches Kapital anzulocken, unerfüllt blieben<sup>12</sup>. Zu den wichtigsten Investitionen russischer Unternehmen zählen *Transnefteprodukts*<sup>13</sup> Beteiligung (34 %) am lettisch-russischen Joint-Venture *LatRosTrans*, welches im Öltransportgeschäft tätig ist<sup>14</sup>, sowie *Gazproms* Präsenz auf dem lettischen Gasmarkt, durch sein Miteigentümerschaft am 1997 privatisierten Gasversorger *Latvijas Gāze*.

Der Umfang russischen Engagements war jedoch insgesamt weitaus geringer als nationalistische Parteien behaupteten, um den unterstellten Einfluss Russlands in der lettischen Wirtschaft zurückzudrängen<sup>15</sup>. Der Anteil russischer Direktinvestitionen ist kumulativ gesehen von über 18 % aller Investitionen im Jahre 1996 auf circa 3 % im Jahre 2012 gesunken und überstieg in den vergangenen 10 Jahren selten 1 % am gesamten Bruttosozialprodukt

---

<sup>9</sup>An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts russische Unternehmen in der baltischen Region engagierten, als diese von der Industrialisierung des russischen Zarenreiches ergriffen wurde. Anstoß der wirtschaftlichen Modernisierung war der Eisenbahnbau beginnend in den 1860er Jahren. Mit Fertigstellung der Linie Sankt Petersburg–Warschau wurde Daugavpils 1861 an das europäische Schienennetz angeschlossen, Riga im folgenden Jahr. Die spätere lettische Hauptstadt wurde nach Sankt Petersburg und Moskau das dritt wichtigste Industriezentrum Russlands. Maschinenbau, Chemie und Metallverarbeitung waren die bedeutendsten Industriezweige der Stadt. Mehr als ein Viertel des russischen Handels ging durch baltische Häfen, unter denen Riga der größte Umschlagplatz war. Das Zarenreich exportierte vornehmlich Rohstoffe wie Flachs, Holz und Weizen, während im Gegenzug Kohle, Stahl, Baumwolle, Dünger und Maschinen eingeführt wurden. (Quelle: Bleiere, Butulis, Felmanis, Stranga & Zunda (2006), S.41ff)

<sup>10</sup>Der lettische Markt bietet mit einer Bevölkerungszahl von 2 Mio. Einwohnern (Zensus 2011) wenig Potential. (Quelle: Latvijas statistika [2011])

<sup>11</sup>Jacobsons (2012), S.30

<sup>12</sup>The Baltic Course (2008)

<sup>13</sup>*Transnefteprodukt* ist eine Tochterfirma des staatlichen russischen Öltransportunternehmens *Transneft*.

<sup>14</sup>Latvijas Republikas Ārlietu Ministrija (2013)

<sup>15</sup>Pelnēns & Potjomkina (2012), S.181



Lettlands<sup>16</sup>. Allerdings sind diese Kapitalzuflüsse in größerem Umfang in den Energiesektor geflossen (27,4 % des Investitionsvolumens), was parteiübergreifend als beunruhigend empfunden wird<sup>17</sup>. Insbesondere die *“Dominanz von Gazproms und Itera werden als Problem angesehen“*, da über die Motive beider russischen Unternehmen Unklarheit herrscht<sup>18</sup>.

### 9.1.a Der Gasmarkt in Lettland

Die isolierte Insellage Lettlands bei der Gasversorgung ist vergleichbar mit jener des südlichen Nachbarn Litauen. Erdgas wird aus Russland über die Pipeline Izborsk-Riga, der bisher einzigen Bezugsquelle, importiert<sup>19</sup>. Es bestehen weitere Verbindungen mit den Gasnetzen Estlands und Litauens, die jedoch für die Energieversorgung des Landes nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Transitstationen Kiemenai (Litauen) und Karski (Estland) haben nur eine geringe tägliche Durchleitungskapazität (2,1 Mio.  $m^3$  bzw. 7 Mio.  $m^3$ ). Während die Verbindung nach Litauen aufgrund dieser technischen Beschränkung nur für Notfälle dienen kann, wird über Karski in den Wintermonaten November bis März das estnische Gassystem und die russische Region Pskov mit Reserven aus dem unterirdischen Speicher Inčulkans beliefert<sup>20</sup>. Dieser hat eine maximale Speicherkapazität von 4,4 Mrd.  $m^3$  und kann hiervon täglich 2,3 Mio.  $m^3$  bereitstellen<sup>21</sup>. Aufgrund seiner strategischen Reserve kann Lettlands Versorgungssituation trotz der Insellage deutlich besser bewertet werden, verglichen mit seinen Nachbarn, die nicht über solche Gasspeicher

---

<sup>16</sup>Latvijas statistika (2014) – Anmerkung: Vom lettischen Statistikamt werden lediglich die direkten Geldzuflüsse aus Russland erfasst, nicht jedoch Investitionen aus Drittstaaten wie Zypern oder Irland, von wo aus russische Firmen auch tätig sind.

<sup>17</sup>Rostoks (2014)

<sup>18</sup>ebenda (2014)

<sup>19</sup>Energy Delta Institute (2014)

<sup>20</sup>Karnitis (2011), S.10

<sup>21</sup>Dudziņšla (2012), S.3

verfügen<sup>22</sup>.

Inwieweit Inčulkans im Falle einer Unterbrechung russischer Erdgaslieferungen die Versorgung des Landes sicherstellen wird, ist jedoch nicht definitiv zu festzustellen. Es bestehen aus lettischer Sicht Zweifel, ob das Management des Gasspeichers tatsächlich unabhängig von russischen Einfluss ist. Die Unternehmen *Gazprom* und *Itera Latvija*, letzteres nunmehr ebenfalls unter Kontrolle des russischen Staates<sup>23</sup>, besitzen zusammen die Hälfte der Anteile am lettischen Gasversorger *Latvijas Gāze*, welchem 1997 im Zuge der Privatisierung für einen symbolischen Preis der Gasspeicher für den Zeitraum von 20 Jahren überlassen wurde<sup>24</sup>.

### Struktur und Akteure

Lettlands Gasmarkt wird von *Latvijas Gāze* dominiert, welches in Gestalt eines vertikal integrierten Versorgers als einziges Gasunternehmen des Landes in allen Segmenten des Marktes (Gasimport, Überleitung und Vertrieb an Endkunden) tätig ist. Während in Litauen der Staat weiterhin einen Anteil von 17,7 % an *Lietuvos dujos* besitzt, wurde der lettische Gasversorger nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft im Jahre 1997 vollständig privatisiert. Nach den Bestimmungen der Privatisierung wird dem Unternehmen bis zum 3. April 2017 das exklusive Recht eingeräumt, Gasversorgung und Endverteilung zu gewährleisten, wodurch *Latvijas Gāze* für die Netzinfrastruktur und den Vertrieb eine Monopolstellung besitzt<sup>25</sup>. Für den lettischen Gasmarkt kann demzufolge von einer vollständigen Marktdominanz des einzigen Gasunternehmens gesprochen werden, bzw. gilt dies ebenso für den

---

<sup>22</sup>Der unterirdische Speicher Inčulkans speist Erdgas in alle Netze der baltischen Region ein. Im Winter 2009-2010 wurden folgende Menge geliefert: (Anteil am Gesamtvolumen in Prozent in Klammern) Lettland: 1234 Mio.  $m^3$  (57 %), Estland: 409 Mio.  $m^3$  (19 %), Russland: 355 Mio.  $m^3$  (17 %), Litauen: 17 Mio.  $m^3$  (0,8 %)

<sup>23</sup>siehe: Reuters (2013)

<sup>24</sup>siehe: Baltic News Network (2011b)

<sup>25</sup>Grigas (2012b), S.15

Import, wo der russische Gaskonzern Gazprom einziger Lieferant ist. Die Marktkonzentration liegt für Lettland nach dem *Herfindahl-Hirschman-Index* in allen Bereichen des Gasmarktes bei 10.000<sup>26</sup>. Die Wettbewerbssituation gestaltet sich noch extremer als in Litauen, wo zumindest im Vertriebssegment ein Duopol aus *Lietuvos dujos* und *Dujotekana* besteht und möglicherweise für die Zukunft von den zahlreichen neu zugelassenen Vertriebsunternehmen zumindest beginnender Konkurrenzdruck erwartet werden kann.

Beim Verkauf des staatlichen Gasversorgers im Jahre 1997 wurden drei Ziele verfolgt, die im Endergebnis die Besitzstrukturen auf dem lettischen Gasmarktes auf lange Sicht festlegten und hierbei die Beteiligung russischer Akteure im Energiesektor mit einschlossen. Nach den Auswahlkriterien potentieller Käufer waren erstens zwei große strategische Investoren zu bestimmen<sup>27</sup>. Diese sollten beide ausländische Gasunternehmen sein und hiervon eines Erdgaslieferant für Lettland<sup>28</sup>. Letztere Vorgabe schrieb de facto Gazproms ausschlaggebende Rolle auf dem Gasmarkt für die weitere Zukunft fest. Der einzige Lieferant Lettlands wurde nunmehr Miteigentümer des nationalen Gasversorgers. Beteiligungen russischer Firmen im Energiesektor sind darüber hinaus auch durch die Monopolstellung Latvijas Gāzes gesetzlich verankert, da hierdurch der Markteintritt neuer Wettbewerber ausgeschlossen wird.

<sup>26</sup>Bei nur jeweils einem auf dem Markt tätigen Unternehmen ergibt sich als Konzentrationsmaß für Upstream, Downstream und Überleitung folgende Werte:

$$a_{\text{Gazprom}} = \frac{\text{Marktanteil Gazprom} \hat{=} 100}{\text{Gesamtmarkt} \hat{=} 100} = 1 \rightarrow \text{HHI}_{\text{Import}} = \sum a_{\text{Gazprom}}^2 \times 10.000 = 10.000$$

$$a_{\text{Latvijas Gāze}} = \frac{\text{Marktanteil Latvijas Gāze} \hat{=} 100}{\text{Gesamtmarkt} \hat{=} 100} = 1 \rightarrow \text{HHI}_{\text{Netz\&Vertrieb}} = \sum a_{\text{Latvijas Gāze}}^2 \times 10.000 = 10.000$$

<sup>27</sup>Zu den Interessenten im Bieterverfahren der Privatisierung gehörten: *Ruhrgas* und *Preussen-Elektra* zusammen als Bieterkonsortium, sowie *Gaz de France* und Norwegens *Norsk Hydro*.

<sup>28</sup>Jeřinska (2006), S.15

### Die Privatisierung von Latvijas Gāze

Die in mehreren Schritten von 1997 bis 2002 vollzogene Privatisierung Latvijas Gāzes resultierte schließlich in einer Eigentümerstruktur, nach welcher die *E.ON Ruhrgas International GmbH* 47,23 % der Anteile hält und die russischen Unternehmen *Gazprom* und *Itera Latvija* mit 34,00 % bzw. 16,00 % beteiligt sind. Die verbleibenden 2,77 % der Aktien befinden sich im Streubesitz<sup>29</sup>. Der zweite russische Investor *Itera Latvija* war bis 2013 eine Tochterfirma der Energiesparte der *Itera Group*, einem im Hoch- und Tiefbau, Energiesektor und dem Finanzwesen tätigen russischen Konglomerat<sup>30</sup>. Im vergangenen Jahr übernahm Russlands staatliches Ölfeldunternehmen *Rosneft* mit dem Konzernbereich *Itera Oil & Gas Company* alle Energiefirmen der *Itera Group*, darunter auch *Itera Latvija*<sup>31</sup>.

---

<sup>29</sup>Latvijas Gāze (2014)

<sup>30</sup>Itera Group (2014)

<sup>31</sup>Reuters (2013)



**Abbildung 9.2:** Eigentumsstruktur von Latvijas Gāze

**Russischer Einfluss?** Diese de facto Dominanz russischer Investoren im Gassektors Lettlands wurde auch von Itera Latvijas Vorstandsvorsitzenden, Juris Savickis, zugleich Vize-Vorsitzender des Vorstandes von Latvijas Gāze, öffentlich bestätigt. Die Veräußerung der letzten beim Staat verbliebenen drei Prozent der Anteile an Latvijas Gāze<sup>32</sup> erachtete er in einem Presseinterview als wenig relevant für sein Unternehmen, da es bereits über eine Sperrminorität verfüge und somit unerwünschte Entscheidungen blockieren könne<sup>33</sup>. Der Fortgang des Privatisierungsprozesses Sorge ihn nicht, *“da bereits zu diesem Zeitpunkt klar sei, wer die entscheidende Rolle spiele”*. Einzig die russische

<sup>32</sup> Am 6. November 2001 entschloss die lettische Regierung, die noch in der Staatshand befindlichen drei Prozent von Latvijas Gāze als Privatisierungsvoucher an kleine Investoren zu veräußern, und zugleich die Anzahl der Aktien, welche jeder einzelne Käufer erwerben konnte, auf 200 Stück zu begrenzen. *Quelle:* The Baltic Times (2001)

<sup>33</sup> The Baltic Times (2001)

Seite habe stets diese entscheidende Rolle gespielt und würde dies auch in Zukunft tun, da nur sie *“sagen könne, ob wir Gas erhalten und zu welchem Preis“*. Savickis Aussagen in der Presse unterstreichen somit den von Rostoks angesprochenen Eindruck, russische Firmen besäßen erheblichen Einfluss auf dem Gasmarkt Lettlands. Itera Latvijas Vorstandsvorsitzender nimmt öffentlich eine *Gazprom-* und Russland-freundliche Haltung ein, indem er Versuche der lettischen Regierung über Preisnachlässe zu verhandeln, kritisiert als Absicht, dem russischen Erdgaskonzern *“Geld zu entziehen, um ihm später hiermit zu schaden“*<sup>34</sup>. Auch eine Distanzierung von Russland und seinen Energieresourcen würde nicht die Versorgungssicherheit des Landes erhöhen<sup>35</sup>, so Savicki. Auch Latvijas Gāzes Vorstandschef selbst, Adrians Dāvis sprach sich 2008 auf dem Treffen des World Energy Council<sup>36</sup>, deutlich gegen eine Diversifizierung der Energieversorgung Lettlands aus<sup>37</sup>.

Der Eindruck, das Management von Latvijas Gāze verfolge tendenziell eine sehr pro-russische Linie wird gefördert vom Umstand, dass alle drei großen Investoren auch anderweitig seit längerer Zeit gute Geschäftsbeziehungen untereinander pflegen. *Gazprom* und E.ONs Vorgängerfirma *Ruhrgas* arbeiten bereits seit den 1970er Jahren bei der Lieferung von Erdgas aus der Sowjetunion (nunmehr Russland) nach Deutschland zusammen<sup>38</sup> und *Itera Latvijas* Muttergesellschaft kooperiert mit *Gazprom* in Turkmenistan in der dortigen Erdgasförderung.

**Monopole und Pfadabhängigkeiten** Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt findet auf dem lettischen Gasmarkt Wettbewerb bislang in keinem Bereich

---

<sup>34</sup>Baltic News Network (2010a)

<sup>35</sup>Baltic News Network (2010b)

<sup>36</sup>Der *World Energy Council* ist eine internationale Dachorganisation von Energiefirmen, Forschungseinrichtungen und einigen Regierungsorganen. Für seine Mitglieder stellt er Dienstleistungen in Form von Analysen und Forschung zu spezifischen Energieträgern zu Verfügung.

<sup>37</sup>Sprüds (2010), S.16

<sup>38</sup>Stern (2005), S.2

statt. Weder im Upstream-Segment, da lediglich Erdgas aus Russland verfügbar ist und Gazprom als einziger Lieferant auftritt. Noch in den Bereichen Überleitung und Vertrieb, wo *Latvijas Gāze* als vertikal integrierter Gasversorger über ein gesetzliches festgeschriebenes Monopol verfügt. Neben den Besonderheiten der Privatisierung von *Latvijas Gāze*, die zu dieser monopolistischen Marktstruktur führten, ist auch Lettlands zögerliche Umsetzung europäischer Liberalisierungsvorgaben verantwortlich zu machen für die gegenwärtige Marktsituation. Bis kürzlich hatte Riga eine Ausnahmeregelung in den EU-Richtlinien<sup>39</sup> in Anspruch genommen, um als Mitgliedsstaat in einer Insellage und einem unterentwickeltem Energiemarkt die Brüsseler Maßgaben vorerst nicht umsetzen zu müssen.

Die Implementation einer strikten Entflechtung des nationalen Gasversorgers, wie sie die aufeinanderfolgenden EU-Direktiven forderten, hätte zu juristischen Konflikten mit *Latvijas Gāze* und seinen Investoren geführt, welche die lettische Politik vermeiden wollte<sup>40</sup>. Diese hatten mehrfach angekündigt, gegen Pläne für ein Ownership Unbundling klagen zu wollen und sich auf die Bestimmungen der Privatisierung berufen, welche einen solchen Schritt ausschließen<sup>41</sup>. Die strategischen Ziele des Verkaufs von *Latvijas Gāze* wiederum mündeten zwangsläufig in eine Eigentümerstruktur mit starker russischer Beteiligung. Die per Gesetz gewährte Monopolstellung legte ihrerseits durch Ausschluss von Wettbewerbern auf dem Gasmarkt Lettlands, dessen Struktur auf Jahrzehnte hin fest. Diese Reihe politischer Entscheidungen zu Gestalt und Rolle des nationalen Gasversorgers determiniert zugleich über die sich ergebenden Pfadabhängigkeiten sukzessive die Struktur des lettischen Gasmarktes mit nur einem Unternehmen. Das Ergebnis war über mehrere Schritte gesetzlich festgelegt worden und machte in der Konsequenz

<sup>39</sup>RL 98/39/EG, ABl. 1998 L204/12 Art.26 (1); RL 2003/55/EG, ABl. 2003 L176/22 Art.28 (1) ; RL 2009/73/EG, ABl. 2009 Art.49 (1)

<sup>40</sup>Sprüds (2010), S.16

<sup>41</sup>EnergyMarketPrice (2014) und Europäische Kommission Directorate General Wirtschaft und Finanzen (2014), S.9

die Umsetzung europäischer Vorgaben umso schwieriger, da sie nicht mit den nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen vereinbar war, die im Laufe der Privatisierung entstanden waren.

Auch auf der Ebene des Marktgeschehens spiegeln Entscheidungen von *Latvijas Gāze* Pfadabhängigkeiten wider, die aus dem Privatisierungsprozess entstanden sind. Das Beispiel des Gasspeichers Inčulkans zeigt, wie das Management mit seinem Interesse, bestehende Marktstrukturen aufrechtzuerhalten, die Monopolstellung des Unternehmens gestärkt hat. Durch einen langfristigen Liefervertrag zwischen *Latvijas Gāze* und *Gazprom* über die exklusive Nutzung des Gasspeichers bis 2030 wurde die Marktkonzentration im lettischen Gassektor auf Jahre hinaus verankert<sup>42</sup>. Vertraglich wird hiermit für die kommenden zwei Jahrzehnte Wettbewerb im Upstream-Geschäft verhindert, da andere Unternehmen selbst für den Fall, dass in absehbarer Zeit neue Importquellen zur Verfügung stehen (z.B. Flüssiggas über ein LNG-Terminal), den unterirdischen Gasspeicher nicht in Anspruch nehmen können. Lettlands Politik ist somit vor ein *fait accompli* gestellt und wird in ihren Optionen Wettbewerb auf dem Gasmarkt einzuführen deutlich eingeschränkt.

An diesem Beispiel wird ersichtlich, wie historisch gewachsene Strukturen und hieraus resultierende Anreize für die Akteure wiederum auf die Ebene der Politik wirken, indem sie den Handlungsrahmen begrenzen. An dieser Stelle erfährt WILLIAMSONs ursprünglicher Erklärungsansatz des *Transaction Costs* – Modells seine Grenzen, da Prozesse des Marktgeschehens, auf der dritten Analyseebene, ein tiefer liegendes Niveau in umgekehrter Richtung beeinflussen, wie es vom Autor nicht theoretisiert worden ist.

---

<sup>42</sup>Baltic News Network (2011b)



## 9.2 Der litauische Energiemarkt

Litauen verfügt wie Lettland über keine eigenen Vorkommen an Öl<sup>43</sup> oder Erdgas und ist für seinen Bedarf an fossilen Energieträgern gänzlich auf Importe aus dem Ausland angewiesen. Wichtigste Bezugsquelle ist in beiden Fällen Russland, für Erdgas ist der russische Konzern Gazprom der einzige Lieferant<sup>44</sup>. Seit der Abschaltung des Atomkraftwerks Ignalina 2009, eine Bedingung für den Beitritt des Landes zur Europäischen Union 2004, muss auch Elektrizität aus dem Ausland eingeführt werden. Hierdurch wurde das Land zu einem Stromimporteur, während zuvor Elektrizität nach Lettland verkauft werden konnte. Der nunmehr benötigte Strom aus dem Ausland stammt ebenfalls zum größten Teil aus russischer Produktion, da bisher das litauische Stromnetz nicht mit anderen EU-Mitgliedern verbunden ist<sup>45</sup>. Zugleich ist mit der Stilllegung des einzigen Atomreaktors Litauens der Bedarf an Gasimporten für Stromerzeugung durch Gaskraftwerke gestiegen<sup>46</sup>.

Russisches Kapital ist im Elektrizitätssektor Litauens ebenso präsent wie auf dem Gasmarkt<sup>47</sup>. *Inter RAO Lietuva*, eine Tochterfirma des staatlichen russischen Stromkonzerns, *Inter RAO UES* dominiert das Importgeschäft für Strom<sup>48</sup>. Für die Produktion des in der russischen Region Kaliningrad im Bau befindlichen Atomkraftwerks 'Baltiskaya' hat *Inter RAO Lietuva* bereits ein

---

<sup>43</sup>Die Ölförderung des Landes ist vernachlässigbar und deckt circa 1% des Bedarfs.

<sup>44</sup>National Control Commission For Energy And Prices [fortan: NCCPE] (2012), S.12

<sup>45</sup>Energy Charter Secretariat (2013), S. 20

<sup>46</sup>Der Gasverbrauch stieg um 29 % im Zeitraum 2009-2011 von 2,6 Mio. m<sup>3</sup> auf 3,37 Mio. m<sup>3</sup>. Im Jahre 2010 war in Litauen 55 % des Gasverbrauchs auf die Stromerzeugung zurückzuführen  
*Quelle: Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija* (2012)

<sup>47</sup>Mit dem Kauf des Wärme- und Stromkraftwerks der Stadt Kaunas im Jahre 2003 war *Gazprom* zeitweise bis 2012 in der Stromproduktion tätig. Nach jahrelangem Streit mit der Stadtverwaltung, entschloss sich *Gazprom* das Kraftwerk an eine Offshore-Gesellschaft zu veräußern, welche von den Aktionären des Gasunternehmens *Dujotekana* kontrolliert ist. Die Stadt Kaunas hatte wie auch das Energieministerium die Pläne *Gazproms* eines neues Gaskraftwerk zu errichten abgelehnt mit der Begründung, dies erhöhe die Importabhängigkeit des Landes für Erdgas.

<sup>48</sup>Volovoj & Zdanavičius (2012), S.228

Abkommen getroffen, um von dort zukünftig Strom einzuführen, wodurch die Abhängigkeit Litauens von russischen Import aufrechterhalten und verstärkt würde. Die litauische Regierung hat bereits ihre Ablehnung gegenüber diesem Vorhaben angekündigt und plant zusammen mit Estland, bei der Europäischen Kommission nach Verhängung von Importzöllen auf Stromeinfuhren aus Drittstaaten zu ersuchen<sup>49</sup>.

### 9.2.a Der Gasmarkt in Litauen

**Versorgungssituation** Litauens Gasnetz ist an die Fernleitungssysteme seiner Nachbarn Belarus, Lettland und der Russischen Föderation, bzw. der Region Kaliningrad, angebunden. Mangels eigener Gasvorkommen ist das Land gänzlich auf Importe angewiesen, wofür ausschließlich der Zugangspunkt Kotlovka auf der Minsk-Vilnius-Pipeline genutzt wird.<sup>50</sup> Mit einer technisch möglichen Importmenge von 27,2 Mio.  $m^3$  pro Tag<sup>51</sup> kann über diese Route die gesamte Nachfrage Litauens bedient werden<sup>52</sup>. Die Verbindung zur Region Kaliningrad dient lediglich zur Weiterleitung für dort benötigtes Erdgas<sup>53</sup>. Technisch sind auch Importe über die bidirektionale Transitstation Kiemenai aus dem lettischen Netz möglich. Aufgrund der geringen täglichen Durchleitungskapazität von 2,1 Mio.  $m^3$  beschränkt sich diese Option auf Notfälle wie einer Lieferunterbrechung und stellt keine Alternative zu Gaseinfuhren aus dem weißrussischen Netz dar.

---

<sup>49</sup>Verslo Žinios (2011): *“InterRAO Lietuva prekiaus Kaliningrado atominės elektrinės energija”*

<sup>50</sup>Eine zweite Anbindung zum weißrussischen Gasnetz in Ivacevičiai ist gegenwärtig außer Betrieb, da dort bislang noch keine Messstation installiert ist.

<sup>51</sup>Die Durchleitungskapazität 2012 wurde an Spitzenzeiten zu 85,6% ausgelastet.

<sup>52</sup>NCCPE (2012), S.110

<sup>53</sup>Die Weiterleitung von Erdgas an die Exklave Kaliningrad erfolgt nach einem 1999 unterzeichneten Liefervertrag zwischen Gazprom und Lietuvos Dujos, der bis zum 1. Januar 2016 Gültigkeit hat. Quelle: Energy Charter Secretariat (2012), S.82

### Struktur und Akteure

Trotz einer wachsenden Anzahl von Energieunternehmen ist der Gassektor insgesamt durch hohe Marktkonzentration geprägt. Im Upstream-Bereich ist lediglich Gazprom tätig zusammen mit seinem Tochterunternehmen *LT Gas Stream AG*, welches als Zwischenhändler im Gasgeschäft zwischen Gazprom selbst und dem litauischen Unternehmen *UAB Haupas* agiert. Von den fünf Gasimporteuren sind *Lietuvos Dujos*, *UAB Dujotekana* und *UAB Haupas* zugleich im Vertrieb an Endverbraucher tätig. *Achema AB* und die Wärmekraftwerke der Stadt Kaunas *Kauno termofikacinė elektrinė* führen Erdgas nur für den Eigenbedarf in der Strom- bzw. Wärmeerzeugung ein<sup>54</sup>.

Da auch *LT Gas Stream AG* letztendlich sein Gas von Gazprom bezieht, gibt es im Upstream-Bereich nur ein Unternehmen, wodurch eine Monopolsituation entsteht<sup>55</sup>. Ein Großhandelsmarkt existiert in Litauen praktisch nicht, da es wie erwähnt bislang nur einen Erdgaslieferanten gibt und alle Unternehmen ihre Importe über langfristige Lieferverträge beziehen<sup>56</sup>, die einen Wechsel des Anbieters ausschließen und Wettbewerb in diesem Marktsegment unmöglich machen. Die Marktkonzentration ist mit 1 entsprechend absolut<sup>57</sup>, ausgedrückt über den *Herfindahl-Hirschman-Index* wird der maximale Wert von 10.000 für das Konzentrationsmaß erreicht<sup>58</sup>.

<sup>54</sup>KPMG (2012), S.59

<sup>55</sup>Energy Charter Secretariat (2012), S.82

<sup>56</sup>NCCPE (2012), S.107 – Die Verträge von *Lietuvos Dujos* und *UAB Haupas* laufen noch bis 2015, *UAB Dujotekana* ist noch bis 2020 an Gazprom gebunden.

<sup>57</sup>Die Konzentrationsrate  $a_i$  (Gazprom für  $i$ ) muss mangels genauer Umsatzzahlen indirekt über den Marktanteil laut Bericht der litauischen Regulierungsbehörde an die Europäische Kommission zum Strom- und Gasmarkt ermittelt werden:

$$a_{\text{Gazprom}} = \frac{\text{Marktanteil Gazprom} \triangleq 100}{\text{Gesamtmarkt} \triangleq 100} = 1$$

<sup>58</sup>Daten nach Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija [National Control Commission for Prices and Energy – NCCPE] (2013), S.103 – siehe Abschnitt [Herfindahl-Hirschman-Index](#) für eine Erläuterung zur Berechnungsformel

Im Downstream-Bereich des litauischen Gasmarktes bietet sich ein vergleichbares Bild mit hoher Marktkonzentration und kaum Wettbewerb. Obwohl der Markt gesetzlich für Konkurrenten geöffnet ist, kann angesichts von nur zwei Anbietern nicht von einem freiem Wettbewerb gesprochen werden<sup>59</sup>. Der Vertrieb wird von *Lietuvos Dujos* und *UAB Dujotekana* dominiert, die zusammengekommen einen Marktanteil von 98 % haben<sup>60</sup>. Zwar hat die litauische Aufsichtsbehörde *National Control Commission for Prices and Energy* auch anderen Energiefirmen Lizenzen für den Vertrieb an Endverbraucher erteilt<sup>61</sup>, diese sind jedoch bisher untätig geblieben. Auf das Marktsegment Vertrieb angewendet fällt der *Herfindahl-Hirschman-Index* zur Messung der Konzentration sehr hoch aus mit dem Wert 5.606<sup>62</sup>.

---

<sup>59</sup>Energy Charter Secretariat (2012), S.21

<sup>60</sup>*Lietuvos Dujos* kontrolliert 69 % des Marktes, auf *UAB Dujotekana* entfallen 29 %.

<sup>61</sup>*UAB Haupas*, *UAB Forum Joniškio Energija*, *UAB Druskininkų*, *AB Josvainiai agrofirma*, *UAB Intergas* und *UAB Sky Energy Group*

<sup>62</sup>Die Konzentrationsrate liegt bei **0,69** für *Lietuvos dujos* und bei **0,29** für *Dujotekana*. Aus diesen Werten ergibt sich für den *Herfindahl-Hirschman-Index* als Summe der quadrierten Werte für die Konzentrationsrate multipliziert mit 10.000 die Maßzahl 5.606. Wiederum sei auf den Anhang [Herfindahl-Hirschman-Index](#) verwiesen für eine Erläuterung der Rechenschritte.



**Abbildung 9.3:** Marktanteile im Vertriebsgeschäft

Alleiniger Netzbetreiber in Litauen war bis zur gesetzlich erzwungenen Entflechtung das auch in Vertrieb und Einfuhr von Erdgas tätige Unternehmen *Lietuvos Dujos*, welches das gesamte Pipeline-System mit einer Länge von 1,835 km besaß. Durch die Regierungsanordnung No.1239, Bezug nehmend auf das Gesetz zur Neuordnung des Gasmarktes vom 30. Juni 2011, wurde der vertikal integrierte Gasversorger gezwungen, die Kontrolle über das Fernleitungsnetz aufzugeben. *Lietuvos Dujos* musste entsprechend diesen Geschäftsbereich rechtlich, funktional und organisatorisch von der restlichen integrierten Konzernstruktur trennen<sup>63</sup>. Um den Entflechtungsvorgaben gerecht zu werden, beschloss die außerordentliche Aktionärsversammlung des Unternehmens am 28. Mai 2012, die Sparte 'Fernleitung' in eine Tochtergesellschaft auszugliedern<sup>64</sup>.

---

<sup>63</sup>NCCPE (2012), S.22

<sup>64</sup>Lietuvos Dujos (2012), S.10

### Die Privatisierung von Lietuvos dujos

Später als in Lettland, wo *Latvijas Gāze* nach vorheriger Umwandlung in eine Aktiengesellschaft bereits 1997 verkauft wurde (siehe Seite: 76) , entschied sich Litauen erst 2001 staatlichen Gasversorger *Lietuvos dujos* zu privatisieren. Für den Verkauf an private Investoren wurden dem lettischen Beispiel folgend ebenso strategische Ziele definiert, die langfristig sowohl *Lietuvos dujos* finanzielle Handlungsfähigkeit wie auch die Gasversorgung des Landes gewährleisten sollten<sup>65</sup>. Ein Drittel der Anteile sollten an einen strategischen Investor gehen, vorzugsweise aus Westeuropa, der bereits über mehrjährige Erfahrung im Gasgeschäft verfügte. Mit dieser Bestimmung wurde die russische *Itera Group* bewusst ausgeschlossen, die neben der *Ruhrgas AG* und Frankreichs *Gaz de France* Interesse bekundet hatte<sup>66</sup>. Im Jahre 2002 veräußerte Litauen einen ersten Anteil von 38,9 % an die *Ruhrgas AG*.

Als weiterer großer Investor sollte ein Gaslieferant ausgewählt werden, und Litauens Abhängigkeit von russischem Erdgas machte *Gazprom* de facto zum einzig möglichen Kandidaten. Ursprünglich hatten die Privatisierungspläne der litauischen Regierung vorgesehen, dem russischen Gaskonzern lediglich 25 % der Aktien zu verkaufen, wobei 17 % beim Staat verbleiben sollten und weitere 9 % verteilt an Zwischenhändler und Großabnehmer veräußert werden sollten<sup>67</sup>. Nach heftiger Kritik durch *Gazproms* Vorstandsvorsitzenden Alexei Miller, sein Unternehmen sei als Litauens Gaslieferant nicht als „irgendein Investor zu behandeln“, erhielt *Gazprom* in einer weiteren Privatisierungsphase 2004 mit 37,1 % der Aktien einen fast so großen Anteil, wie die *Ruhrgas AG* (38,9 %)<sup>68</sup>. Nach den Bestimmungen der zweiten Teilprivatisierungsabschnittes wurde zugleich ein für Gasmärkte üblicher Liefervertrag auf lange Frist vereinbart, nachdem bis zum Jahre 2015 ausschließlich russisches

---

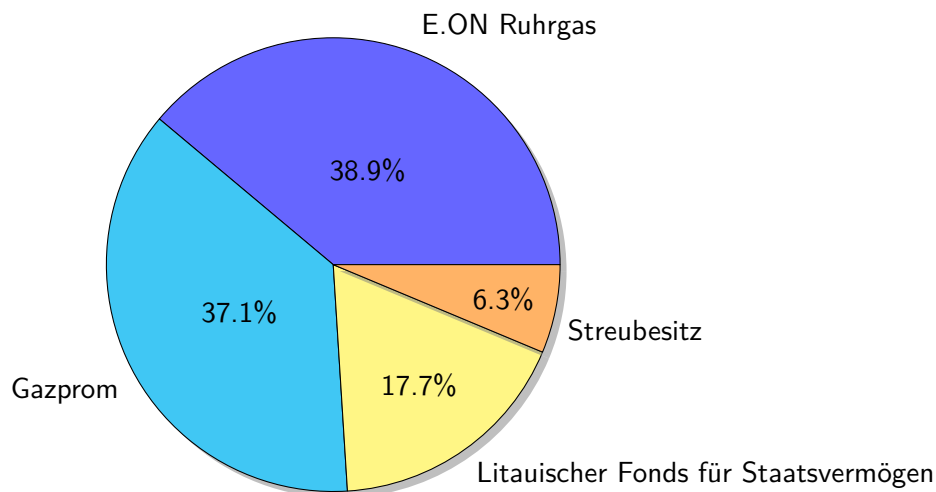
<sup>65</sup>The Baltic Times (2002)

<sup>66</sup>ebenda (2002)

<sup>67</sup>Alexander's Oil & Gas Connections (2001)

<sup>68</sup>nunmehr *E.ON Ruhrgas International GmbH*

Erdgas über *Gazprom* importiert werden kann<sup>69</sup>.



**Abbildung 9.4:** Eigentumsstruktur von Lietuvos dujos

Mit der Vorgabe bei der Privatisierung von *Lietuvos dujos* einen Gaslieferanten als strategischen Investor zu bestimmen, wurde Gazproms Beteiligung am litauischen Gasversorger unausweichlich. Dieser Schritt bedeutete zugleich auf lange Sicht russischen Interessen im litauischen Gasmarkt eine starke Rolle einzuräumen. Die bewusste Entscheidung, Russlands Erdgaskonzern Lietuvos dujos mitzulenken ist nicht zuletzt, der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen geschuldet, die ein Entgegenkommen gegenüber dem großen Nachbar nur schwer vermeidbar machte. In dieser Situation war die litauische Politik durch marktbedingte Pfadabhängigkeiten in ihrem Handlungsspiel-

---

<sup>69</sup>Gazprom (2004)

raum bei der Privatisierung eingeschränkt, versuchte jedoch den hierdurch ermöglichten russischen Einfluss durch folgende Schritte wieder zu begrenzen. Bereits bei Abschluss der Privatisierungsphase in welcher *Gazprom* ein Drittel des Anteil am litauischen Gasversorger erwarb, wurde der Erdgaskonzern verpflichtet, Litauen zu einem fairen Preis zu beliefern und sollte auch keine nicht-wirtschaftlichen Überlegungen in seine Preiskalkulation miteinfließen lassen<sup>70</sup>. Ebenso darf *Gazprom* nach diesen Bestimmungen<sup>71</sup> auch nicht litauische Kunden gegenüber Abnehmer in anderen Ländern diskriminieren.

**Litauen vs. Gazprom** Diese Regelung gab mehrfach Anlass zu Differenzen zwischen litauischen Politikern und *Gazproms* Management über die Preissetzung des Energiekonzerns<sup>72</sup>. Erstere mahnten an, Litauen müsse deutlich höhere Preise für Erdgas bezahlen als andere europäische Kunden<sup>73</sup> und forderten 2011 in einer offiziellen Beschwerde die Europäische Kommission auf, gegen das russische Unternehmen wegen Missbrauch seiner marktdominierenden Stellung in Litauen zu ermitteln<sup>74</sup>. Zusammen mit der *E.ON Ruhrgas International GmbH* protestierte *Gazprom* wiederum in einem offenen Brief gegen die Entflechtungspläne der litauischen Regierung<sup>75</sup>. In diesem erhoben die Investoren Einspruch gegen einen Zwangsverkauf der Infrastruktur, wie sie die Umsetzung des Dritten Liberalisierungspakets vorsah, da dieser Schritt die Bestimmungen der Privatisierung von *Lietuvos dujos* verletze.

---

<sup>70</sup>The Lithuania Tribune (2011b)

<sup>71</sup>Nach einer Vertraulichkeitsklausel in der Privatisierungsvereinbarung dürfen die genauen Regelungen nicht ohne beiderseitiges Einverständnis öffentlich gemacht werden, daher kann nur die Sekundärquellen *The Lithuania Tribune* angeführt werden.

<sup>72</sup>International Oil Daily (2010)

<sup>73</sup>siehe: The Lithuania Tribune (2011a; 2011b); ebenso European Gas Markets (2011)

<sup>74</sup>The Lithuania Tribune (2011a) – für eine ausführliche Darstellung des Disputes zwischen Europäischer Kommission/Regierung von Litauen und *Gazprom* siehe: Riley (2012)

<sup>75</sup>Baltic News Network (2010)



### 9.2.b Marktstrukturen und Pfadabhängigkeiten

Am Beispiel der Privatisierung des litauischen Gasversorgers und den sich hieran fortwährend entzündenden Streitigkeiten zwischen *Gazprom* und der Regierung werden Strukturen und Pfadabhängigkeiten des litauischen Gasmarktes ersichtlich. Die Abhängigkeit von russischem Erdgas machte eine substantielle Beteiligung des einzigen Lieferanten Litauens, *Gazprom* de facto zwangsläufig und der in der Privatisierungsphase geschlossen langfristige Liefervertrag legte sowohl die Rolle des russischen Erdgaskonzerns, als auch die Versorgungsstruktur für die weitere Zukunft fest. Im Unterschied zu Lettland jedoch, versuchte die litauische Regierung bald die entstandenen Marktstrukturen zu ändern und den russischen Einfluss auf dem Gasmarkt zurückzudrängen. Dieses Bestreben löste auch in Litauen Widerstand der Marktakteure aus, die in NORTHs Worten ihre Maximierungsstrategie bedroht sahen: Nach den Vorgaben des gewählten Entflechtungsmodells mussten sie einen Teil ihrer Geschäftsaktivitäten aufgeben und der Verkauf des Schlüssel-segments Infrastruktur (siehe Seite: 41) bedeutete zugleich einen erheblichen Verlust an Marktmacht.

Nach der bisherigen Diskussion zu den Gasmärkten Lettlands und Litauens, ihren historisch gewachsenen Strukturen und den sich hieraus ergebenden Pfadabhängigkeiten kann die erste Hypothese vorsichtig bestätigt werden: *Die Strukturen von Gasmärkten zu Pfadabhängigkeiten für die Marktakteure führen, die in der Folge Widerstand gegen eine Änderung der Rahmenbedingungen auslösen werden.* Für beide baltischen Staaten sind diese Strukturen und Handlungslogiken ersichtlich, auch wenn sich die Situation auf dem Gasmarkt im Detail unterscheidet, wie in den vorherigen Abschnitten gezeigt (siehe: [Privatisierung Latvijas Gāzes](#) und [Struktur und Akteure in Litauen](#)).

Allerdings lässt sich anhand dieser institutionellen Gegebenheiten und Pfadabhängigkeiten die Wahl eines unterschiedlichen Entflechtungsmodells in Litauen und Lettland noch nicht schlüssig erklären. Dem Forschungsansatz

des 'Most-Similar Case'-Designs folgend, liegt der Schluss nahe, dass die diese Erklärungsfaktoren, auf Analyseebene 4 des Marktgeschehens nach dem Transaktionskosten-Modell, nicht ausschlaggebend gewesen sein können. Die Bemühungen der litauischen Regierung, nach der Privatisierung von *Lietuvos dujos* die Macht *Gazproms* auf dem Gasmarkt einzuschränken gibt einen Hinweis auf andere Erklärungsvariablen, die auf der Werte- und Normenebene eine Rolle gespielt haben könnten. Die Frage, welche Bedeutung solche Normen, insbesondere das Russlandbild, für Energiepolitik im Baltikum haben und inwiefern Versorgungssicherheit in den baltischen Staaten als Abgrenzung gegenüber Russland definiert wird, ist Gegenstand der folgenden Kapitel.

## 10 Lettische und litauische Energiepolitik im Vergleich

Nachdem bisher auf der dritten Analyseebene Akteure und Strukturen der Gasmärkte Litauens und Lettlands untersucht wurden und festzustellen war, dass die dortigen Pfadabhängigkeiten nur unzureichend die unterschiedliche Umsetzung der Europäischen Liberalisierungsrichtlinie erklären können, soll nun Energiepolitik selbst Aufmerksamkeit geschenkt werden. In einem ersten Schritt ist zu klären, unter welchen institutionellen Rahmenbedingungen Entscheidungen getroffen werden und welche informellen Regeln und Praktiken der jeweiligen politischen Kultur maßgebend sein könnten. Mit diesem institutionellen Kontext (Analyseniveau 2) soll mittels einer Textanalyse der jeweiligen Energiestrategien versucht werden, jene Werte zu identifizieren, die für Entscheidungen zur Energiepolitik in Litauen und Lettland Bedeutung haben. Hier stellt sich die Frage, welche Diskurse in der nationalen Energiepolitik geführt und wie diese durch Definition der Begriffe *Versorgungssicherheit* und *Unabhängigkeit* über politische Entscheidungen Werte transportieren, bzw. Pfadabhängigkeiten aufbauen, die bestimmte Optionen der Gasmarktliberalisierung ausschließen.

In der Literatur zur Energiepolitik in Litauen und Lettland findet sich mehrfach die Aussage, es mangle an strategischem Denken und einer konsequenten Umsetzung von Entscheidungen<sup>1</sup>. Auch in Experteninterviews wurde die Einschätzung geäußert, dass vielfach der politische Wille fehle, Aufgaben der Energieversorgung zu lösen<sup>2</sup>. Wie die folgenden Beispiele einerseits am speziellen Fall der Abschaltung des litauischen Atomkraftwerks Ignalina,

---

<sup>1</sup>Janeliūnas (2009), S.207, ebenso Sprūds (2009), S.113

<sup>2</sup>Rostoks (2014); ebenso Aboljšins (2014)

bzw. des politischen Systems Lettlands verdeutlichen, haben beide Länder im vergangenen Jahrzehnt nur verhalten zur einer einheitlichen Energiestrategie gefunden. In Litauen führte diese zögerliche Entwicklung jedoch zu einer betont auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Energiepolitik, während Lettland im Strategiepapier von 2012 seine Energiepolitik eindeutig in den Dienst der wirtschaftlichen Entwicklung stellt und Versorgungssicherheit nur als zweitrangiges Ziel betrachtet wird<sup>3</sup>.

### 10.1 Die Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina

Ein erstes Beispiel für inkonsistente Energiepolitik im Baltikum ist das Versäumnis Litauens, für die über Jahre absehbare Stilllegung des Atomkraftwerks Ignalina Vorkehrungen zu treffen und Alternativen für die Stromerzeugung zu suchen. Bereits mit Abschluss der Verhandlungen zum EU-Beitritt des Landes im Jahre 2002 stand fest, dass mittelfristig auch der zweite Reaktorblock des Kraftwerkes abgeschaltet werden muss, nachdem der erste Block bereits 2004 vom Netz genommen werden sollte. Die Premierminister Estlands, Lettlands und Litauens erkannten einerseits in der *Gemeinsamen Erklärung zur Versorgungssicherheit der baltischen Staaten und der Gemeinsamen Europäischen Energie Politik* vom 27. Februar 2006 die endgültige Abschaltung Ignalinas als Problem für die Energiesicherheit aller baltischen Ländern an. Ein weiteres gemeinsames Communiqué am 8. Dezember des gleichen Jahres enthielt den Vorschlag, als Ersatz in Litauen ein neues Kernkraftwerk zu errichten<sup>4</sup>. Die Planung des Projektes kam in den folgenden Jahren jedoch nur schleppend voran, und erforderliche Gesetze wurden vom litauischen Parlament nur mit minimalen Mehrheiten verabschiedet. Zeitgleich versuchte die Regierung Litauens, von der Europäischen Union Zustimmung zur Verlängerung der Laufzeit des zweiten Reaktorblocks zu erhalten. Zusammen mit den Parla-

---

<sup>3</sup>siehe: Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b)

<sup>4</sup>siehe: Baltic Council of Ministers (2006)

mentswahlen am 12. Oktober 2008 wurde ein Referendum über einen längeren Betrieb des Atomkraftwerks abgehalten, welches jedoch mangels Beteiligung scheiterte. JANELIŪNAS merkt in diesem Zusammenhang an, dass solche politischen Manöver wichtige Aufgaben der Energieversorgung (Modernisierung bestehender Kohle- und Gaskraftwerke oder der Anschluss an europäische Energienetze) in den Hintergrund schoben und von keiner durchdachten langfristigen Energiestrategie zu reden sei<sup>5</sup>.

Litauen befasste sich all die Jahre nur zögerlich mit der vorhersehbaren Energieknappheit und versuchte vielmehr, das Problem mit einem Aufschub der Stilllegung zu umgehen, als aktiv nach Alternativen für die Stromerzeugung zu suchen. Die insgesamt unstimmige Energiepolitik in den Jahren 2000 bis 2009 hatte keine Lösung für das Problem Energiesicherheit finden können und machte eine Betonung auf Versorgungssicherheit später umso dringlicher. Eine indirekte Ursache für Litauens Prioritätensetzung auf Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen und in der Folge eine *Gazprom*-feindliche Liberalisierungspolitik kann widersprüchlicherweise in jener inkohärenten Energiestrategie des vorherigen Jahrzehnts gesucht werden. Im Zusammenhang mit einem seit der nationalen Eigenständigkeit auf Abgrenzung zu Russland bedachten politischen Diskurs machte die problematische Energiesituation eine Neuausrichtung vielleicht nicht unausweichlich, so doch sehr naheliegend.

## 10.2 Politische Instabilität in Lettland

Lettlands inkohärente Energiepolitik wiederum kann zum Teil auf institutionelle Gegebenheiten des politischen Systems zurückgeführt werden. Seit den 90er Jahren war die lettische Politik durch sehr kurzlebige Regierungen

---

<sup>5</sup>Janeliūnas (2009), S.210

gekennzeichnet<sup>6</sup>, die zuweilen nur eine Dauer von ein paar Monaten hatten<sup>7</sup>. Bis zum Jahre 2006 wurde jede Parlamentswahl von einer Partei gewonnen, die bei der vorherigen Wahl noch nicht existiert hatte.

Die Ursachen dieser politischen Brüche gehen vor allem auf die Besonderheiten lettischer Parteien zurück, die kaum in der Zivilgesellschaft verankert sind. Nach der Unabhängigkeit entstanden neue Parteien in erster Linie „als Personen- und Interessenverbände auf Zeit“<sup>8</sup>, sie fußten weniger auf sozio-ökonomischen Konflikten oder repräsentierten spezifische Interessengruppen<sup>9</sup>. Dies führte zu einem sehr unbeständigen Parteiensystem, in welchem Abgeordnete wiederholt ihre Parteizugehörigkeit wechselten und hierdurch Koalitionen in sich zusammenbrachen, was bisher stets vorgezogene Neuwahlen erforderte<sup>10</sup>. Bis heute kann das Parteiensystems Lettland nicht als konsolidiert betrachtet werden.

Diese politische Instabilität wurde unmittelbar auch durch Minderheitenkoalitionen<sup>11</sup> erzeugt, die stets gezwungen waren, *ad hoc* für Gesetzesvorhaben Mehrheiten mit Stimmen aus der Opposition zu beschaffen. Stetige Energiepolitik mit klar definierten Zielen und entsprechender Umsetzung sind hierdurch nur schwer möglich<sup>12</sup>. Aber auch Lettlands übergroße Koalitionen<sup>13</sup>

---

<sup>6</sup>Für eine kurze Darstellung bisheriger Koalitionsbildung seit Unabhängigkeit des Landes siehe: Anhang [Koalitionen und Parteien in Lettland](#)

<sup>7</sup>Grotz & Weber (2011), S.207 – Anmerkung: Die durchschnittliche Amtszeit lettischer Regierungen seit der Eigenständigkeit des Landes liegt bei nur 16 Monaten.

<sup>8</sup>Garleff (2001), S.189

<sup>9</sup>Kasekamp (2010), S.174

<sup>10</sup>Davies & Ozolins (2004), S.836

<sup>11</sup>Von den fünf Regierungsbündnissen, die Lettland seit der Unabhängigkeit regiert haben und zu 15 Ministerkabinetten führten, waren zwei Minderheitenkoalitionen und zwei weitere sog. übergroße Koalitionen (siehe Fußnote 13)

<sup>12</sup>Leikučs & Strīķis (2011), S.147

<sup>13</sup>Unter *Übergroßen Koalitionen* sind Regierungsbündnisse zu verstehen, die mehr Partner einschließen, als für eine parlamentarische Mehrheit erforderlich sind [Quelle: Grotz & Weber (2011), S.200]. Nach der Literatur haben übergroße Koalitionen stets Kompromisse zur Folge, die wiederum nur minimalistische Änderungen am Status quo ermöglichte, da die Zahl der sog. Veto-Spieler die Anzahl möglicher Politikveränderungen stark einschränkt [Quelle:

waren kaum geeignet, eine langfristige Energiestrategie zu entwerfen. Für den eigenen Zusammenhalt sind auch sie zu weitreichenden Kompromissen gezwungen, die für alle Koalitionspartner akzeptabel sind. Die durchschnittliche Amtszeit lettische Regierungschef von unter zwei Jahren<sup>14</sup> lässt zudem vermuten, dass diese nicht lange genug im Amt waren, um einen nachhaltigen Einfluss auf die Politik des Landes ausüben zu können, was sich insbesondere auf langfristige Strategien wie Energiepolitik ausgewirkt haben dürfte.

Vor 1995 gab es noch gar kein Gesetz zum Energiemarkt und Energiepolitik wurde ausnahmslos in Form von Regierungsbeschlüssen formuliert<sup>15</sup>. Erst im Jahre 2000 wurde mit der Einrichtung der Aufsichtsbehörde *Sabiedrisko pakalpojumu regulēšanas komisija* (The Public Utilities Commission and the Regulator) eine gesetzliche Grundlage für die Regulierung von Versorgungsunternehmen wie *Latvenergo* und *Latvijas Gāze* geschaffen. Bis heute werden spezifische regulatorische Entscheidungen häufig auf Kabinettsebene getroffen (z.B. Höhe der Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energiequellen), wobei die erforderliche technische Kompetenz im Bereich Energiemarktregulierung vielmehr bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu vermuten wäre.

Nach LEIKUČS & STRĪKIS widersprachen die Kabinettsbeschlüsse des Öfteren jenen Zielen, wie sie in den jeweiligen Energiestrategien<sup>16</sup> festgelegt wurden<sup>17</sup>. So plante das 2011 vom lettischen Parlament verabschiedete Energieprogramm für das Jahr 2008 einen Selbstversorgungsgrad von 70-80 % im Bereich der Stromproduktion zu erreichen<sup>18</sup>. Allerdings hatte die Politik hierbei nicht die Machbarkeit des Vorhabens geprüft und auch nicht die bevor-

---

Tsebelis (1995); (2002)]

<sup>14</sup>Müller-Rommelm (2011), S.21

<sup>15</sup>Sprüds (2010), S.15

<sup>16</sup>Ein erstes Energieprogramm wurde im Jahre 1997 entworfen. Dieses hatte zum Ziel, die Versorgung zu möglichst niedrigen Preisen sicherzustellen, eine Diversifizierung der Bezugsquellen für Öl und Erdgas spielte eine untergeordnete Rolle [Quelle: IAEA (2007), S.76]

<sup>17</sup>Leikučs & Strīkis (2011), S.152

<sup>18</sup>zitiert nach Leikučs & Strīkis

stehende Abschaltung des litauischen Atomkraftwerks Ignalina berücksichtigt, dessen Stromproduktion teilweise nach Lettland exportiert wurde.

### 10.3 Bedeutung der Versorgungssicherheit für Energiepolitik

Während in Litauen für die nationalen Strategiepapiere im Zeitraum 2002 bis 2012<sup>19</sup> eine deutliche Fokussierung auf den Schwerpunkt Versorgungssicherheit festzustellen ist, kann für Lettlands Energiepolitik nicht das Gleiche gesagt werden. Rigas Energiestrategie ist, unter anderem bedingt durch instabile Regierungskoalitionen<sup>20</sup>, weiterhin unstetig, auch wenn diese Aussage mit der erst kürzlich beschlossenen Liberalisierung des Gasmarktes eventuell bald relativiert werden muss.

Die Bedeutung der Versorgungssicherheit schwankte in der lettischen Energiepolitik im letzten Jahrzehnt erkennbar stärker, als dies für Litauen der Fall war, wo das Thema aufgrund historischer Erfahrungen immer Bestandteil der Energiepolitik war<sup>21</sup>. **Hier muss noch ein Verweis an die noch zu schreibende Stelle!!**

Eine Bewertung der nationalen Energiestrategien nach den Gesichtspunkten, wie kohärent sie in ihrer Zielsetzung sind, bzw. inwiefern sie effektiv von der Politik umgesetzt werden, ist eine Fragestellung, die anderweitig erörtert werden müsste. Aus dem unterschiedlichen Umgang mit Energiethemen und insbesondere der Herausforderung der Versorgungssicherheit lassen sich jedoch vorsichtige Rückschlüsse ziehen, welche weiteren Faktoren im Liberalisierungsprozess eine Rolle gespielt haben könnten.

---

<sup>19</sup>Veröffentlichungsjahr der jetzigen Energiestrategie

<sup>20</sup>Krupavičius (2012), S.227, 230

<sup>21</sup>Janeliūnas (2009), S.190



## 11 Werte und Diskurse in der Energiepolitik

Im abschließenden Kapitel soll der Versuch unternommen werden, anhand einer Textanalyse der nationalen Energiestrategien herauszuarbeiten, welche Werte die Entscheidungen zur Gasmarkliberalisierung angeleitet haben, die zugleich in Anlehnung an NORTHs Theorie der Pfadabhängigkeiten den Handlungsrahmen für Politik begrenzten. An diesem Punkt ist die Frage zu klären, welche Diskurse in der jeweiligen Energiepolitik präsent sind und wie diese Diskurse aus den im Kapitel [Energimärkte im Baltikum](#) Fakten zum Energiemarkt ein 'soziale Realität'<sup>1</sup> konstruieren. Diese Diskurse erzeugen für Energiepolitik einen normativen Rahmen, in dessen Grenzen Probleme wahrgenommen<sup>2</sup> und analysiert werden. Auf Grundlage dieser interpretierten Realität<sup>3</sup> werden Lösungsstrategien entworfen, die Antworten geben sollen auf wiederum subjektive, interpretierte Probleme und Bedrohungen.

Im Fall der Energiepolitik im Baltikum ist *Versorgungssicherheit* als zentrales Problem erkennbar, dies wird jedoch von Litauens und Lettlands Strategiepapieren unterschiedlich interpretiert und definiert. Wie eine Analyse der beiden Texte deutlich machen wird, ist der Begriff *Versorgungssicherheit* aus litauischer Sicht mit den Wert 'nationaler Souveränität' besetzt, der sich wiederum über eine Abgrenzung vom ehemaligen Hegemon Russland und zugleich der Integration in die westliche Staatenwelt definiert. Aus diesem Bild der Energiesituation Litauens wird einer externen Bedrohung für die Sicherheit des Landes, identifiziert, welche durch Abhängigkeit von einer

---

<sup>1</sup>Wennerstein (1999), S.274

<sup>2</sup>An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass diese Arbeit den Begriff *Wahrnehmung* als Informationsverarbeitung und nicht als kognitive Rezeption versteht.

<sup>3</sup>Kaczinski (2004, S.15),

einzigsten Gaslieferanten herrührt, der bereits ist Energielieferungen für geopolitische Zwecke zu „missbrauchen“<sup>4</sup>. In Lettlands Energiestrategie hingegen bestimmt ein ökonomischer Diskurs den Begriff *Versorgungssicherheit*. Hier wird die Versorgungssituation des Landes weniger aus der Perspektive neo-realistischer Sicherheitsinteressen betrachtet, sondern die Verfügbarkeit von Energie zu einem bezahlbaren Preis definiert Energiesicherheit<sup>5</sup>.

Eine Textanalyse der nationalen Energiestrategien kann nicht mit einer umfassenden Diskursanalyse der Energiepolitik in Litauen und Lettland, welche weitere Materialien wie Reden und Interviews von Politikern, offizielle Dokumente und Presseberichte miteinschließt gleichgesetzt werden. Letztere ist jedoch angesichts des Zeitrahmens einer Diplomarbeit nicht zu leisten und auch nicht zwingend erforderlich, da diese Arbeit nicht den Anspruch erhebt abschließende Antworten auf die vorliegende Fragestellung zu bieten.

Da beide Dokumente von den nationalen Parlamenten verabschiedet wurden, können sie, wenn nicht als Konsens, so zumindest als Aggregat des nationalen politischen Prozesses betrachtet werden und sind dementsprechend zu einem weiten Grad als repräsentativ für das politische Meinungsbild zu werten<sup>6</sup>. Darüber hinaus erfüllen Strategiepapiere die Funktion, Bewertungskriterien und Leitlinien für zukünftige Entscheidungen vorzugeben, die langfristig eine kohärente Energiestrategie jenseits von tagespolitischem Kalkül und Koalitionstaktiken gewährleisten sollen<sup>7</sup>. Zusammenfassend ausgedrückt bieten Litauens und Lettlands Energiestrategien ein, wenn auch nicht vollstän-

---

<sup>4</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija [Energieministerium der Republik Litauen] (2012), S.13, 21

<sup>5</sup>Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b), S.8

<sup>6</sup>Seimas of the Republic of Lithuania (2012) und Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b)

<sup>7</sup>Diese Aufgabe weist der litauische Seimas ausdrücklich der nationalen Energiestrategie zu (Seimas of the Republic of Lithuania (2012), Abs. 7: „*The Seimas of the Republic of Lithuania [...], recognizing that the implementation of the National Energy Independence Strategy which will ensure energy security of energy consumers and the whole country as well as competitiveness of the market must be a **consistent process independent from democratic change of governments**, resolves [...]*“) – Hervorhebung hinzugefügt

diges Bild jener Werte und Normen, die auf der untersten Analyseebene des *Transaction Costs Economics* – Modells einwirken und Entscheidungen anderer Ebenen beeinflussen. Handlungsoptionen werden hiermit eingeschränkt, weil diese mit jenen Werten kompatibel sein müssen.

### 11.1 Nationale Energieunabhängigkeitsstrategie

Litauens Energiestrategie, verabschiedet vom *Seimas* am 26. Juni 2012<sup>8</sup>, ist deutlich als für die Öffentlichkeit bestimmtes Dokument mit einer Botschaft zu erkennen<sup>9</sup>. Diese Absicht wird bereits am Titel „*Nationale Energieunabhängigkeitsstrategie der Republik Litauen*“ (*National Energy Independence Strategy of the Republic of Lithuania*) ersichtlich. Eine Zusammenfassung zu Beginn, als „*Executive Summary*“ bezeichnet, deutet an, dass die wichtigsten Aussagen über Ziele und Strategien der zukünftigen Energiepolitik auch einem Kreis aus Entscheidungsträgern vermittelt werden sollen, dem nur ein begrenztes Zeitbudget zur Verfügung steht.

Noch vor der Zusammenfassung führt das Dokument die Entschließung des *Seimas* an, mit welcher Litauens Energiestrategie gebilligt und zugleich zur Vorgabe für die Regierung gemacht wurde<sup>10</sup>. Bereits die Verabschiedung des Strategiepapiers deklariert in Absatz 4, dass die Notwendigkeit besteht, „*Litauens Energieunabhängigkeit von externen Energiesystemen und monopolistischer Versorgung mit Primärenergie sicherzustellen, [sowie] die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit des Energiesektors*“<sup>11</sup>. Energiepolitik wird schon an dieser Stelle

---

<sup>8</sup>Seimas of the Republic of Lithuania (2012)

<sup>9</sup>Das Strategiepapier verfügt über eine ISBN-Nummer (International Standard Book Number) [ISBN 978-609-95429-1-1] und ist somit weltweit über Warenwirtschaftssysteme des Buchhandels auffindbar, was die Absicht unterstreicht, das Dokument frei zugänglich zu machen.

<sup>10</sup>siehe: ebenda (2012)

<sup>11</sup>Original: *The Seimas of the Republic of Lithuania, [...] having considered [...] the necessity to ensure the energy independence of Lithuania from external energy systems and monopolistic primary energy supply, competitiveness and sustainability of the energy sector [...] resolves, [...]*

Teil eines neo-realistischen *Securitization*-Diskurses<sup>12</sup>, wie er später im Detail in den Abschnitten zu einzelnen Energieträgern hervortritt: „[...] *Energieunabhängigkeit und Energiesicherheit sind integraler Bestandteil nationaler Sicherheit* [...]“<sup>13</sup>. Dieser Diskurs, welcher aus Litauens Abhängigkeit von russischen Energieimporten ein Sicherheitsproblem macht, wird sich später im Textkörper zur allgemeineren Frage der nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit. Versorgungssicherheit wird hierbei als Bestandteil der nationalen Souveränität Litauens konstruiert und Energiepolitik als ein Mittel gesehen, diese zu gewährleisten<sup>14</sup>.

Das Strategiepapier ist in drei Kapitel gegliedert: **1. Allgemeine Strategische Richtlinien** (*General Strategic Guidelines*) **2. Strategische Ziele** (*Strategic Objectives*) **3. Vision des litauischen Energiesektors bis 2050** (*Vision of Lithuanian Energy Sector Until 2050*). Bereits die Wortwahl mit den Begriffen 'strategisch' und 'Vision' in den Kapitelüberschriften lässt die Absicht des Textes erkennen, Litauens Energiepolitik auf lange Sicht zu bestimmen. Zugleich ist die Bezeichnung 'strategisch' typisch für sog. *Securitization*-Diskurse<sup>15</sup> und deutet an, dass im Folgenden Energie primär unter sicherheitspolitischen und nicht ökonomischen Gesichtspunkten analysiert wird. Diese Zielsetzung war zuvor bereits in der Entschließung des *Seimas* zur *Nationalen Energieunabhängigkeitsstrategie* formuliert worden<sup>16</sup>.

**Einschätzung der Energiesituation** Dem Strategiepapier zufolge steht Litauens Energiesektor vor drei Herausforderungen, die im Dokuments durchwegs in der gleichen Reihenfolge genannt werden: Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit<sup>17</sup>. Diese Priorisierung der Herausforde-

---

<sup>12</sup>Wæver (1993), S.3

<sup>13</sup>Seimas of the Republic of Lithuania (2012), Abs. 7

<sup>14</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.18

<sup>15</sup>siehe: Wæver (1993)

<sup>16</sup>Seimas of the Republic of Lithuania (2012), Abs.7

<sup>17</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.9,11,13,15,17,21,23,59

ungen wird auch für die Lösungsstrategien übernommen, die entsprechend in unterschiedlichen Zeithorizonten zu realisieren sind (siehe Abschnitt: [Ziele und Strategien](#)). Im Kapitel 'Strategische Ziele' wird in bildlicher Sprache mittels grafischer Darstellungen zu einzelnen Energiearten diese Dringlichkeitsordnung wiederholt<sup>18</sup>. Das Problem 'Versorgungssicherheit' wird stets an erster Stelle genannt und somit implizit als die drängendste Herausforderung dargestellt.

Wie erwähnt versteht der Diskurs des Dokumentes 'Versorgungssicherheit' als Bestandteil des weiteren Begriffes 'Sicherheit'. Jener ist mit der Bedeutung '*nationale Sicherheit*' besetzt<sup>19</sup>, worunter immer die Sicherheit des litauischen Staates verstanden wird. Die staats-zentristische Sicht auf Energiepolitik, mehrfach ist von den '(Energie-) Sicherheitsbedürfnissen des Staates' (*state's energy needs*) die Rede<sup>20</sup>, fügt sich in den neo-realistischen Energiediskurs ein, welcher die Interessen des Staates hervorhebt. Versorgungssicherheit wird vorrangig als Energieunabhängigkeit von Russland verstanden und erst in zweiter Linie als Diversifizierung der Energiequellen, wie sie die Literatur zu Energiesicherheit definiert<sup>21</sup>.

**Bedrohungsbilder** Die fortwährend an erster Stelle genannte Herausforderung 'Versorgungssicherheit' entsteht laut *Nationaler Energieunabhängigkeitsstrategie* durch die Abhängigkeit des Landes von einer einzigen 'Importquelle' und einem einzigen 'Energielieferanten' für fossile Brennstoffe. Zwar wird Litauens Bezugsquelle Russland nicht explizit genannt, eine andere Schlussfolgerung ist allerdings angesichts der Versorgungssituation kaum plausibel<sup>22</sup>.

---

<sup>18</sup>ebenda (2012), S.34,40

<sup>19</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.17,18

<sup>20</sup>ebenda (2012), S.9,18,19

<sup>21</sup>siehe: Bielecki (2002), Belyi (2003), Molis (2011) und Yergin (2006)

<sup>22</sup>MOLE stellt für den litauischen Diskurs um die eigene nationale Identität allgemein fest, dass die politische Elite das Land einerseits über die Zugehörigkeit zu Europa definieren will und zugleich bestrebt ist, sich 'negativ' in Abgrenzung zu einem 'Anderen' zu bestimmen, womit

Interessant ist begriffliche Unterscheidung in zwei Bedrohungspotentiale. Deutlich erkennbar wird der Akteur 'Lieferant' von der Energiequelle einerseits sprachlich von der 'Importquelle' getrennt, zugleich wird von diesem nicht näher spezifizierten 'ausländischen' Unternehmen erwartet, die gleichen 'geo-politische Ziele' zu verfolgen<sup>23</sup>. Hier schafft der Diskurs bewusst ein feindliches Bild des 'ausländischen Energieunternehmens'<sup>24</sup>, wonach dieses eine potentielle Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes darstellt.

Ferner werden die Begriffe 'Quelle' und 'Lieferant' mit dem Adjektiv 'extern' verknüpft, welches an anderer Stelle im Text zur Diversifizierung mittels alternativer Importquellen nicht gebraucht wird, obwohl es sich auch in diesen Fällen um 'externe' Energielieferungen handelt. Neben einer 'einzigen Quelle' spricht das Dokument auch von 'monopolistischer Energieversorgung' (*monopolistic energy supply*)<sup>25</sup> und 'ausländischen Energiemonopolen' (*foreign energy monopolies*)<sup>26</sup>. Mit der zusätzlichen Beschreibung als 'ausländisch' – dieses Adjektiv wird nur für den jetzigen Energielieferanten verwendet, nicht für etwaige andere Versorgungsquellen in der Zukunft – schafft der Energiediskurs ein Bild der externen Bedrohung für die Sicherheit des Landes.

**Ziele und Strategien** Das Dokument nennt drei, den zuvor genannten Herausforderungen entsprechende, langfristige Ziele, die jeweils zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu realisieren sind: 1. Energieunabhängigkeit (2020) 2. Wettbewerbsfähigkeit des Energiesektors (2030) 3. Nachhaltigkeit (2050). Der unterschiedliche Zeithorizont für die Verwirklichung bestätigt analog zur Reihenfolge der Herausforderungen die Prioritätensetzung, welche der

---

stets Russland gemeint ist [Mole (1997), S.156].

<sup>23</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.21

<sup>24</sup>Nach der im Kapitel [Struktur und Akteure in Litauen](#) erläuterten Versorgungssituation Litauens, dürfte es sich um den russischen Erdgaskonzern *Gazprom* handeln

<sup>25</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.21

<sup>26</sup>ebenda (2012), S.13

Versorgungssicherheit des Landes die höchste Bedeutung beimisst.

Für die Deckung des zukünftigen Strombedarfs rät das Strategiepapier erstens, lokale Kapazitäten der Stromerzeugung auszubauen durch Förderung erneuerbarer Energien und durch den Bau eines neuen Atomkraftwerks<sup>27</sup>. Darüber hinaus soll durch Anbindung an skandinavische Elektrizitätsnetze (Projekt *NordBalt*) einerseits, sowie den polnischen Strommarkt (Projekt *LitPol Link 1 & 2*) die Versorgung diversifiziert werden. Auch für Erdgas wird angestrebt, alternative Importquellen und Versorgungswege zu nutzen. Hier nennt die *Nationale Energieunabhängigkeitsstrategie* neben dem im Bau befindlichen LNG-Terminal in Klaipėda<sup>28</sup>, Anknüpfungen an europäischen Gasnetzen, allen voran Polen, als wichtige Schritte hin zu mehr Versorgungssicherheit<sup>29</sup>.

Als zweitrangiges Ziel wird angestrebt, die Wettbewerbsfähigkeit des litauischen Energiesektors bis zum Jahre 2030 zu verbessern. Dies soll in erster Linie durch mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt erreicht werden. In diesem Punkt nimmt das Strategiepapier explizit Bezug auf das Dritte Liberalisierungspaket der EU<sup>30</sup>. Die Umsetzung des *Ownership Unbundlings* nach Vorgaben der Richtlinie soll den Wettbewerb stärken und die Energiepreise transparenter machen<sup>31</sup>. Neben niedrigeren Preisen für Endverbraucher als Ergebnis werden von der Trennung von Stromerzeugung bzw. Gaseinfuhr

---

<sup>27</sup>ebenda (2012b), S.20

<sup>28</sup>Die litauische Regierung beschloss 2010 in Klaipėda ein LNG-Terminal für die Einfuhr von Flüssiggas bauen zu lassen, um eine alternative Möglichkeit für den Import von Erdgas zu schaffen. Die Anlage wird nach Bauabschluss im Jahre 2014 eine jährliche Kapazität von 3 Mrd. m<sup>3</sup> haben.

<sup>29</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.43

<sup>30</sup>ebenda (2012), S.17

<sup>31</sup>Das Thema Energiepreise verdeutlicht, dass die in der Nationalen Energieunabhängigkeitsstrategie formulierten Absichten bereits von der litauischen Energiepolitik aufgegriffen wurden. Mit ihrer Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen *Gazproms* Preispolitik hat die Regierung schon aktive Schritte zur Umsetzung des Strategiepapiers unternommen. Auch die Streitigkeiten zwischen den russischen Erdgaskonzern und Litauen über die Umsetzung der europäischen Liberalisierungsrichtlinie veranschaulichen, wie eng vertikale Entflechtung und russischer Einfluss auf dem Gasmarkt von beiden Seiten verknüpft werden (siehe Abschnitt: [Litauen vs. Gazprom](#)).

und Fernleitung mehr Investitionen in die Netzinfrastruktur erwartet.

Über marktwirtschaftliche Gesichtspunkte hinaus wird Gasmarktliberalisierung durch den bisherigen *Securitization*-Diskurs bewertet. Nach den Worten der litauischen Energiestrategie verbessert die Entflechtung der Marktstrukturen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Energiesektors, sondern auch die nationale Energiesicherheit<sup>32</sup>. Das *Ownership Unbundling* dient dem Ziel, die Marktmacht eines 'ausländischen monopolistischen Lieferanten' zu beschränken und so Litauens Gasmarkt dem Einfluss 'ausländischer Energie-monopoloe zu entziehen<sup>33</sup>. Der energiepolitische Diskurs des Dokumentes begreift die Umsetzung der EU-Richtlinie als Mittel zur Erhöhung der Energiesicherheit des Landes. Diese Interpretation der Entflechtung des Gasmarktes wurde erst möglich, indem zuvor dem 'ausländischen Energieunternehmen' ein Feindbild zugewiesen wurde und es als Bedrohung für die nationale Sicherheit konstruiert war.

Als drittes Ziel wird in der *Nationalen Energieunabhängigkeitsstrategie* Nachhaltigkeit genannt, deren Realisierung für das Jahr 2050 geplant ist. Sowohl die Erzeugung von Energie als auch der Verbrauch soll langfristig den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung entsprechen mit der Zielsetzung, den Ausstoß von CO<sup>2</sup>-Emissionen zu reduzieren<sup>34</sup>. Neben gesteigerter Energieeffizienz in Haushalten und Industrie werden als Maßnahmen die Förderung umweltfreundlicher Energien angeführt, worunter neben erneuerbaren Energieträgern auch die Atomkraft verstanden wird.

Alle drei Zielsetzungen werden von der *Nationalen Energieunabhängigkeitsstrategie* in einen größeren geopolitischen Kontext gesetzt, nach welchem 'Energiesicherheit' als 'nationale Sicherheit' verstanden wird. Das Strategiepapier knüpft an die konstruierten Feindbilder an und sieht Energiepolitik als Teil der nationalen Selbstbestimmung nach Erlangung der Eigenständigkeit.

---

<sup>32</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.45

<sup>33</sup>ebenda (2012), S.13

<sup>34</sup>ebenda (2012), S.15



In binären Gegensätzen, wie sie DERRIDA für Diskurse identifiziert<sup>35</sup>, sieht das Dokument einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der politischen und wirtschaftlichen Westintegration Litauens auf der einen Seite, und dem fortwährenden Verbleib im russisch kontrollierten Energiesystem der ehemaligen Sowjetrepubliken andererseits<sup>36</sup>:

*„Following the regain of its independence, Lithuania integrated (in political and economic terms) into the Transatlantic space, while energetically remained in the Eastern space by sticking to the Baltic States and the Commonwealth of Independent States synchronised electricity system (henceforth IPS/UPS) controlled by Russia; the country totally relies on the single supplier both in respect of links to the energy resources infrastructure and the energy system regulation principals. This ambivalent situation, both in political and energy terms, threatens Lithuania's energy and national security. Therefore, Lithuania's integration in the EU energy systems following the implementation of the strategic energy projects and initiatives will not only help to develop market-based relations, but also reduce energy, economic and political threats posed to Lithuania.“*

Erst durch die Unabhängigkeit von Energielieferungen aus Russland, so die These des Dokumentes sei es Litauen möglich, in einen anderen geopolitischen Raum zu wechseln<sup>37</sup>. Die geopolitische Positionierung des Landes wird implizit als ein übergeordnetes nationales Ziel verstanden. In der Energiestrategie kommt ein Selbstverständnis der Nation zum Ausdruck, welches Litauen als Teil Europas sieht, dies jedoch erst durch eine deutliche Abgrenzung von Russland und seiner (wahrgenommenen) Einflussosphäre möglich ist. Diese Abgrenzung kann muss insbesondere in der Energiepolitik erfolgen

---

<sup>35</sup>siehe: Derrida (1987)

<sup>36</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.18

<sup>37</sup>ebenda (2012), S.20

und das ausdrücklich erwähnte 'Ownership Unbundling' ist ein Schritt, um der Bedrohung durch 'ausländische Energiemonopole' zu begegnen<sup>38</sup>.

In der litauischen Energiestrategie ist die Dominanz eines Sicherheitsdiskurses deutlich erkennbar, der Energiepolitik als Bestandteil nationaler Sicherheit und Souveränität begreift und sprachlich das Bild einer 'externen' Bedrohung durch 'monopolistische Energieversorgung' aufbaut. Diese Sichtweise auf Energiepolitik gibt durch ihre Priorisierung der Versorgungssicherheit, als Unabhängigkeit von Russland verstanden, unmissverständliche Zielsetzung für politische Entscheidungen vor. Hier kann von einer Norm gesprochen werden, die für Entscheidungen zur Gasmarktliberalisierung bereits auf der vorherigen Ebene einen Handlungsrahmen eingrenzt, welcher mit dem übergeordneten Ziel der nationalen Eigenständigkeit vereinbar sein muss.

## 11.2 Wettbewerbsfähige Energie für Lettland

Lettlands *Latvian Energy Long Term Strategy 2030: Competitive Energy For Society* wurde vom Wirtschaftsministerium ausgearbeitet<sup>39</sup> und vom Ministerkabinett gebilligt, nicht jedoch vom nationalen Parlament, der *Seima*. Daher muss die Annahme, Strategiepapiere könnten als nationaler Konsens zur Energiepolitik gewertet werden, für den Fall Lettland relativiert werden. Der Umstand, dass die lettische Strategie im Vergleich zu Litauen weitaus weniger repräsentativ für die politische Meinung ist, gibt wiederum einen Hinweis auf die andere Bedeutung und Funktion von Energiepolitik. Das Dokument richtet sich an die lettische Politik und ist nicht ausdrücklich an eine breitere

---

<sup>38</sup>ebenda (2012), S.45

<sup>39</sup>Für Energiefragen ist in Lettland das Wirtschafts- und nicht das Umweltministerium zuständig. Letzteres befasst sich ausschließlich mit den Themen Umweltverschmutzung und Klimaschutz, bzw. nachhaltige Entwicklung solange dies nicht Energie betrifft [siehe: Vides Aizsardzības Un Reģionālās Attīstības Ministrija (2014)].

Öffentlichkeit adressiert<sup>40</sup>. Bereits der Titelzusatz „*Competitive Energy For Society*“ lässt das langfristige Ziel der Energiestrategie erkennen und signalisiert, dass Energiepolitik im Folgenden nach ökonomischen Kriterien analysiert wird.

Dem Strategiepapier fehlt eine strukturierte Gliederung, und die Kapitel sind inhaltlich nicht aufeinander abgestimmt. Im Verlauf des Textes wird keine kohärente Argumentation für die Ausgestaltung der zukünftigen Energiepolitik entwickelt wie nach dem Schema Situationsbestimmung ➔ Problemanalyse ➔ Entwicklung von Lösungsstrategien von einem Dokument zu langfristigen Strategien zu erwarten wäre. Bereits die Kapitelüberschriften deuten den ökonomischen Diskurs an, welcher die Energiestrategie dominiert: 1. Ziele und quantitative Faktoren der Strategie 2030 (*Targets and quantitative factors of the Strategy 2030*) 2. Herausforderungen und Mittel der Politik zum Erreichen der Ziele (*Challenges and policy tools for the achievement of goals*) 3. Grundlegende Bedingungen für die Entwicklung des Energiesektors (*Basic conditions for the development of the energy sector*) 4. Schritte, die in der nahen Zukunft unternommen werden sollten (*Steps to be taken in the nearest future*) 5. Perspektive für die Zukunft (*Future perspective*).

**Quantifizierung der Energiepolitik** Auch im Textkörper verwendet das Dokument eine „quantitative“ Sprache, welche dazu dient, Lettlands gegenwärtige Energiesituation anhand von Zahlenwerten zu beschreiben<sup>41</sup>. Langfristige Ziele der Energiepolitik werden durch explizite Vorgaben in Prozentzahlen messbar gemacht und hierdurch Energiepolitik selbst als quantifizierbar gesehen. Diese „quantitative“ Sprache ist wiederum ein Mittel, Energiepolitik nach dem ausschlaggebenden Kriterium 'Effizienz' bewerten zu können. Maßstab politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen ist stets ein Nutzen-Kosten-Kalkül, welches kontinuierlich über die beschreibenden Worte 'effektiv' (ef-

---

<sup>40</sup>Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b), S.5

<sup>41</sup>ebenda (2012b), S.5,9

*fective*) und 'effizient' (*efficient*) transportiert wird<sup>42</sup>. Der Text verknüpft diese Kriterien mit konkreten Handlungen von Politik und spricht von 'effizienter und transparenter Regulierung' (*efficient and transparent regulation*)<sup>43</sup> und fordert zugleich 'effiziente Mechanismen zur Krisenreaktion' (*efficient crisis reaction mechanisms*)<sup>44</sup>. Energiemärkte müssen 'effizient' sein<sup>45</sup>, wie auch Energiepolitik generell 'effizient' geführt werden muss, das Dokument äußert die Notwendigkeit, 'effiziente Politikwerkzeuge' zu entwickeln: „[...] *it is necessary to plan and develop efficient policy tools [...]*“<sup>46</sup>.

Die hiermit konstruierte 'Realität' der Energiepolitik wird in wirtschaftlichen Dimensionen definiert und nicht als Frage der nationalen Sicherheit wie der *Securitization*-Diskurs der litauischen Strategie<sup>47</sup>. Die lettische Energiestrategie erklärt die 'positive Wirkung des Energiesektors auf die wirtschaftliche Entwicklung'<sup>48</sup> als wichtigstes Merkmal der Energiepolitik und legt die Stärkung der lettischen Wirtschaft als vorrangiges Ziel fest. Die Erhöhung der Versorgungssicherheit und die Förderung 'nachhaltiger Energie' werden ausdrücklich als 'untergeordnete Ziele' betrachtet<sup>49</sup>. Diese Prioritätensetzung, welche Wirtschaftlichkeit als entscheidenden Maßstab für Energiepolitik bestimmt, führt der Diskurs über das gesamte Dokument fort.

---

<sup>42</sup>Die Worte *effizient* und *Effizienz* tauchen im Text an insgesamt 38 Stellen auf und sind hiermit die am häufigsten gebrauchte Beschreibung, in Form eines Adjektives oder als Substantive in Zusammenhang mit anderen Substantiven.

<sup>43</sup>ebenda (2012b), S.12

<sup>44</sup>ebenda (2012b), S.10

<sup>45</sup>ebenda (2012b), S.8,9

<sup>46</sup>Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b), S.6

<sup>47</sup>siehe: [Energiepolitischer Diskurs Litauens](#)

<sup>48</sup>Original: *This is why the Ministry of Economics of the Republic of Latvia has developed guidelines for energy sector development for the time period up to 2030, which are based on its main objective – energy sector's positive impact on overall Latvian economy, as well as two subordinate targets – increase of energy security and promotion of sustainable energy.*

<sup>49</sup>ebenda (2012b), S.2,4

**Versorgungssicherheit** Das Strategiepapier versteht 'Versorgungssicherheit' nicht im neo-realistischen Sinne, sondern setzt den Begriff mit 'unterbrechungsfreier Energieversorgung der Verbraucher' gleich<sup>50</sup>:

*„The other Strategy 2030 **sub-target** foresees increase of security of energy supply, thus ensuring **stable energy supply to energy consumers**, reducing geopolitical risks, diversifying supply routes, developing energy infrastructure, establishing reserves and engaging in improvement of international regulation.“* (Hervorhebungen hinzugefügt)

Diese Definition von Versorgungssicherheit zeigt auch beispielhaft das im Vergleich zur litauischen Strategie grundsätzlich andere Rollenverständnis von Energiepolitik. Geopolitische Risiken werden nur an dieser Textstelle angesprochen und haben nachrangige Bedeutung für die Energiesicherheit des Landes. Der für Litauen erkennbare *Securitization*-Diskurs ist in der lettischen Energiestrategie nicht nachweisbar. Hier dominiert ein ökonomischer Diskurs, wonach Energiepolitik wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu dienen hat, nicht der Sicherheit des Staates<sup>51</sup>:

*„In order to ensure balanced energy policy that corresponds to economic and social interests, the main objective of the Strategy 2030 is to promote competitive economy by developing energy policy that is well-balanced, effective, as well as economically, socially, and ecologically reasonable and based on market principles. Energy policy should promote further development of the Latvian economy, its competitiveness both in the region and worldwide, and welfare of our society.“*

Politik dient als 'Werkzeug', es wird von *political tools* gesprochen, um Ziele der Energieversorgung zu erreichen – nicht umgekehrt soll über Entscheidun-

---

<sup>50</sup>ebenda (2012b), S.4

<sup>51</sup>Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b), S.3

gen zum Energiemarkt Politik gemacht werden<sup>52</sup>. Der lettische Energiediskurs konstruiert kein Feindbild des 'Anderen', der in Form eines 'monopolistischen Energieversorgers' eine Bedrohung darstellt. Obwohl das Strategiepapier eine Diversifizierung der Energieversorgung vorsieht<sup>53</sup>, wird die Abhängigkeit von einer einzigen Importquelle nicht ausdrücklich erwähnt, noch wird hieraus gar eine Gefahr aufgebaut. Der Diskurs macht aus der gegenwärtigen Versorgungssituation kein dringliches Problem, wie gezeigt werden wirtschaftlichen Gesichtspunkten größere Bedeutung beigemessen. In der Folge erwächst im Unterschied zur Argumentation der litauischen *Energieunabhängigkeitsstrategie* aus der Abhängigkeit von Energieimporten (aus Russland) kein Sicherheitsproblem.

**Binäre Gegensätze** Der ökonomische Diskurs baut hingegen einen binären Gegensatz zur Energiepolitik der Vergangenheit auf. Diese wird über die negative Beschreibung 'ineffizient' abgegrenzt vom Entwurf einer zukünftigen Energiestrategie<sup>54</sup>. Die wiederholte Verwendung des Adjektivs 'effizient' zur Beschreibung geplanter Maßnahmen soll ein Bild bisher 'ineffizienter' Energiepolitik vermitteln. Über diesen bewertenden Rückblick bestimmt der Diskurs ein 'Anderes' in Gestalt vergangener Fehler, die mit dem Begriff 'politische Missstände' (*political drawbacks*) bezeichnet werden<sup>55</sup>. Des Weiteren charakterisiert das Strategiepapier politisches Handeln der Vergangenheit als 'negative Auswirkung auf den Energiesektor'<sup>56</sup>:

„[P]revious renewable energy support [...] excessively intervened in the

---

<sup>52</sup>ebenda (2012b), S.5,6

<sup>53</sup>ebenda (2012b), S.9

<sup>54</sup>Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija (2012b), S.6 – Beschrieben wird die vergangene Energiepolitik Lettlands mit den Begriffen 'ineffiziente Zusagen' (*inefficient commitments*) und 'ineffiziente Maßnahmen' (*inefficient vehicles*).

<sup>55</sup>ebenda (2012b), S.5

<sup>56</sup>ebenda (2012b), S.5 – Original: „negatively impacted the energy sector“

*choice of technical solutions.*<sup>57</sup>

*„The economic incentives at the state level have been promoted inadequately and improperly.”<sup>58</sup>*

Ein 'Wir' im Sinne einer Identität, in welcher sich die Adressaten des Strategiepapiers wiederfinden könnten, definiert der Diskurs nicht. Der Gegensatz zum 'Anderen', der mit Fehler behafteten, ineffizienten Energiepolitik der Vergangenheit, bildet die zukünftige Strategie. Diese kann lediglich als Prozess, nicht jedoch als Identität verstanden werden. Für dieses unpräzise 'Wir' entwickelt der ökonomische Diskurs keine Bedrohung, die eine politische Antwort erfordern würde. Folglich entsteht kein Handlungsdruck mit konkreten Zielsetzungen für politische Entscheidungen, die wiederum als einschränkende Pfadabhängigkeit wirken.

Zwar finden die Bestimmungen des Dritten Liberalisierungspaketes der Europäischen Union im Dokument Erwähnung und die Vorgaben zur besitzrechtlichen Entflechtung vertikal integrierter Gasversorger werden als Teil der lettischen Energiepolitik betrachtet<sup>59</sup>. Jedoch dienen diese Schritte dem Ziel, einen 'effizienten und offenen regionalen Gasmarkt' aufzubauen (*to form an efficient and open regional natural gas market*). Die Energiesicherheit des Landes durch Aufbrechen von Monopolen zu erhöhen ist anders als in Litauen nicht Gegenstand des energiepolitischen Diskurses. Das ungleiche Verständnis von Versorgungssicherheit geht auf die jeweilige Bewertung der Energiesituation zurück. Der entscheidende Unterschied in der Analyse der Versorgungssituation zwischen lettischer und litauischer Energiestrategie besteht darin, dass für Lettland Diversifizierung allgemein als Zukunftsaufgabe gesehen wird. In Litauen hingegen stellt die Abhängigkeit von explizit einer bestimmten Importquelle ein Problem dar, welches zu einem Sicherheitsproblem konstruiert

---

<sup>57</sup>ebenda (2012b), S.5

<sup>58</sup>ebenda (2012b), S.5

<sup>59</sup>ebenda (2012b), S.9

wird. Der lettischen Energiestrategie nach folgt die Gasmarktliberalisierung wirtschaftlicher Logik und dient nicht den Sicherheitsinteressen des Staates. Entsprechend ist anzunehmen, dass in Lettland auf der Werte- und Normenebene ökonomische Kriterien für politische Entscheidungen eine größere Rolle gespielt haben, als dies in Litauen der Fall war.



## 12 Fazit

Ausgehend von der Annahme, dass Energiepolitik ein Prozess mehrerer Entscheidungen ist, die sich auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems abspielen, hat diese Arbeit versucht, jene Entscheidungen mit Hilfe des Transaktionskosten-Modells separat zu untersuchen. Ziel war es, zu einschätzen zu können, welchen Einfluss diese Einzelprozesse auf das Endergebnis der Gasmarktliberalisierung hatten. Wie bereits in der Kritik zu WILLIAMSON'S Ansatz angeführt (siehe Abschnitt: [Kritik des Modells](#)), zeigte auch die Untersuchung der Gasmärkte im Baltikum, wie schwierig eine konzeptionelle Trennung der dritten und vierten Ebene ist. Das Verhalten Latvijas Gāzes durch langfristige Verträge über Gaslieferungen bzw. die Nutzung des Speichers *Inčulkans* Marktstrukturen zu schaffen, und somit Entscheidungsspielraum für Politik einzuschränken, kann als Erklärungsvariable dritten und zugleich dem vierten Level des Modells zugeordnet werden. Am Beispiel solcher 'informellen institutionellen Arrangements' auf Marktebene<sup>1</sup> wird ersichtlich, dass Transaktionen auch Entscheidungsprozess vorheriger Ebenen beeinflussen können, ein Zusammenhang, der von WILLIAMSON in seinem Ansatz vernachlässigt wird.

Im Laufe dieser Arbeit wurden drei Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Wahl des Entflechtungsmodells untersucht. Im Abschnitt zu den Gasmärkten Lettlands und Litauens<sup>2</sup> wurde deutlich, wie Akteure einer Veränderung des institutionellen Umfelds, die ihr Geschäftsmodell bedroht, Widerstand entgegenbringen werden und eine Marktöffnung zu verhindern

---

<sup>1</sup>Williamson (1998), S.29

<sup>2</sup>siehe Kapitel: [Energimärkte im Baltikum](#)

versuchen, indem sie bestehende Strukturen konsolidieren. Die erste Hypothese erscheint hiermit bestätigt zu werden, jedoch sind die baltischen Gasmärkte einander zu ähnlich, um die unterschiedlichen Ergebnisse des Liberalisierungsprozesses schlüssig erklären zu können.

Eine Diskursanalyse der nationalen Energiestrategien im Abschnitt [Energimärkte im Baltikum](#) hat gezeigt, wie sich Normen über unterschiedliche Diskurse auf Energiepolitik auswirken. Hierbei wurde erkennbar, dass in Lettland und Litauen, zumindest für die offizielle Energiestrategie, ein gänzlich anderes Verständnis der Rolle von Energiepolitik besteht.

In der litauischen Energiestrategie dominiert ein *Securitization*-Diskurs, der *Gazproms* Marktmacht als Sicherheitsproblem und Gefahr für die Unabhängigkeit der litauischen Nation wahrnimmt. Politik wird anhand dieses Bedrohungsbilds ausdrücklich aufgefordert, der Gefahr durch das existierende 'Energemonopol'<sup>3</sup> durch Ownership Unbundling zu begegnen. Die Wahl eines spezifischen Entflechtungsmodells wird hier auf der Normen- und Werteebene vorgegeben. Anders in Lettland, wo ein ökonomischer Diskurs Energiepolitik dem maßgeblichen Ziel des Wirtschaftswachstum unterordnet. Hieraus wird kein Handlungszwang konstruiert, welcher der lettischen Politik eindeutige Form der Gasmarktliberalisierung vorgibt. Die Ergebnisse der Diskursanalyse legen nahe, einen Zusammenhang zwischen Normen und den Resultaten von Regulierungsprozessen anzunehmen, wie er in den Hypothesen 2 und 3 unterstellt wurde.

Im Abschnitt [Vergleich der Energiepolitik](#) wurde kurz der institutionelle Rahmen beleuchtet, in welchem die Energiepolitik Litauens und Lettlands in den vergangenen Jahren formuliert wurde. Auf dieser Ebene des Entscheidungsprozess haben sich ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen beiden Ländern gezeigt, welche die Wahl verschiedener Liberalisierungsmodelle erklären können. Während es in beiden baltischen Staaten im vergangenen

---

<sup>3</sup>Lietuvos Respublikos energetikos ministerija (2012), S.21

Jahrzehnt an einer kohärenten Energiestrategie mangelte, veranlasste dieses Versäumnis Litauen dazu, Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt zukünftiger Energiepolitik zu stellen. Lettland hingegen mangelt es aufgrund seines instabilen Parteiensystems weiterhin an einer schlüssigen Strategie. Eine abschließende Aussage zur Rolle der jeweiligen institutionellen Bedingungen für das Resultat der Gasmarktliberalisierung kann diese Arbeit jedoch nicht machen, da im Rahmen der verfügbaren Zeit dieser Untersuchungsgegenstand nur unzureichend analysiert werden konnte<sup>4</sup>.

Die Forschungsergebnisse zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Wahl verschiedener Entflechtungsmodelle im Baltikum nicht durch die bestehenden Gasmarktstrukturen erklären lässt. Unterschiedliche Werte, die sich durch ein andersartiges Verständnis der Rolle von Energiepolitik ausdrücken und in Litauen mit einer bewussten Abgrenzung gegenüber Russland gekoppelt sind, können als Erklärungsvariablen deutlich besser überzeugen. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass diese Werte in den baltischen Ländern einen starken Einfluss auf Energiepolitik ausüben. Da jedoch die Bedeutung politischer Institutionen für Entscheidungen zur Marktregulierung nur in begrenztem Umfang analysiert werden konnte, ist ein abschließendes Urteil über die Gewichtung der einzelnen Faktoren für den gesamten Politikprozess an dieser Stelle nicht möglich.

An dieser Stelle muss eingeräumt werden, dass für keine drei entwickelten Hypothesen die vermuteten Zusammenhänge auch kausal nachgewiesen werden konnten. Zu diesem Zwecke wären umfangreichere Forschungsmethoden, beispielsweise *Process Tracing*, gefragt, welche neben einer erheblich größeren Bearbeitungsdauer auch Zugang zu allen relevanten Dokumenten und Personen erfordern. Dennoch kann diese Arbeit Grundlagenforschung

---

<sup>4</sup>Es sei angemerkt, dass in dieser Arbeit für den Zusammenhang zwischen formellen und informellen Institutionen des politischen Systems und Ergebnissen von Entscheidungsprozessen weder die existierende Literatur besprochen noch überprüfbare Hypothesen entwickelt wurden.

vorweisen, die sich als Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen anbietet. An erster Stelle sei Frage nach einem Zusammenhang zwischen spezifischen institutionellen Gegebenheiten des politischen Systems und Regulierungspolitik, die für die baltischen Ländern bisher nicht bearbeitet wurde. Auch die Rolle europäischer Institutionen als externe Faktoren konnte im Forschungsprozess nicht berücksichtigt werden. Wie in der Kritik des Transaktionskosten-Ansatzes<sup>5</sup> angesprochen, zeigt das Modell Lücken, wenn hiermit Ergebnisse des europäischen Integrationsprozesse erklärt werden sollen. Da sich WILLIAMSONs Ansatz als Methode für die Analyse von Entscheidungsabläufen hilfreich erwiesen hat, wäre eine Fortentwicklung seines Modells, die gegenseitige Kausalitäten und die internationale Dimension europäischer Politik berücksichtigt aus politikwissenschaftlicher Sicht wünschenswert.

---

<sup>5</sup>siehe Abschnitt: [Kritik des Modells](#)

## 13 Literaturverzeichnis

- **Aalto, Pami & Dicle Korkmaz Temel (2013):** European Energy Security: Natural Gas And The Integration Process, in: *Journal of Common Market Studies*.
- **Aalto, Pami & Kirsten Westphal (2008):** Introduction, in: *Aalto, Pami (Hrsg.): The EU-Russian Energy Dialogue: Europe's Future Energy Security*, Aldershot, Hampshire, UK, S.1-22.
- **Abol̄tins, Reinis (2014):** Email Interview (02.04.2014) – online verfügbar unter: [http://bit.do/interview\\_latvia\\_aboltins](http://bit.do/interview_latvia_aboltins).
- **Abrams, Dominic & Michael A. Hogg (1998):** Social Identity And Social Cognition, Hoboken, New Jersey, USA.
- **Afeefy, H.Y.; Liebman, J.F. & S.E. Stein (2014):** Neutral Thermochemical Data, in: *Linstrom, P.J. & W.G. Mallard (Hrsg.): NIST Chemistry WebBook*, NIST Standard Reference Database Number 69, National Institute of Standards and Technology, Gaithersburg, USA, online im Internet: <http://webbook.nist.gov/chemistry/> – Zugriff: 19.03.2014
- **Aivazian, Varouj A.; Callen, Jeffrey L.; Chan, M.W. Luke; Dean C. Mountain (1987):** Economies Of Scale Versus Technological Change In The Natural Gas Transmission Industry, in: *The Review Of Economics And Statistics*, Vol. 69 (3), S.556-561.
- **Aleklett, Kjell; Jakobsson, Kristofer & Bengt Söderbergh (2010):** European Energy Security: An Analysis Of Future Russian Natural Gas Production And Exports, in: *Energy Policy*, Vol. 38, S.7827-7843.
- **Alexander's Oil & Gas Connections (2002):** Lithuania approves plans for privatisation of Lietuvos Dujos, 10. Oktober 2001, online im Internet: <http://www.gasan.doil.com/news/2001/11/cnr14550> – Zugriff: 29.03.2014
- **American Embassy Moscow (2006):** Russian Oil To Lithuania: Mixing Revenge And Business, *Wikileaks*, Wikileaks cable: 06MOSCOW9482\_a, Moskau, Russische Föderation [http://www.wikileaks.org/plusd/cables/06MOSCOW9482\\_a.html](http://www.wikileaks.org/plusd/cables/06MOSCOW9482_a.html) –

Zugriff: 13.03.2014.

- **Anton, Florian J. (2009):** Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland: Entwicklung - Stand - Perspektiven, Würzburg, Bundesrepublik Deutschland.
- **Arthur, W. Brian (1988):** Self-Reinforcing Mechanisms In Economics, in: *Anderson, Philip W.; Arrow, Kenneth J. & David Pines (Hrsg.): The Economy As An Evolving Complex System*, Reading, Massachusetts, USA.
- **Arthur, W. Brian (1994):** Increasing Returns And Path Dependence In The Economy, Ann Arbor, Michigan, USA.
- **Azar, Christian; Hedenus, Fredrik & Daniel J.A. Johansson (2010):** Energy Security Policies In The EU-25: The Expected Cost Of Oil Supply Disruptions, in: *Energy Policy*, Vol. 38, S. 1241-1250.
- **Bahgat, Gawdat (2006):** Europe's Energy Security: Challenges And Opportunities, in: *International Affairs*, Vol. 82 (5), S.961-975.
- **Bain, Joe, S. (1956):** Barriers To New Competition: Their Character And Consequences In Manufacturing Industries, Cambridge, Massachusetts, USA.
- **Baldwin, Robert & Martin Cave (1999):** Understanding Regulation: Theory, Strategy And Practice, Oxford, Oxfordshire, UK.
- **Balmaceda, Margarita M. (2008):** Corruption, Intermediary Companies, And Energy Security: Lithuania's Lessons For Central And Eastern Europe, in: *Problems of Post-Communism*, Vol. 55 (4), S.16-28.
- **Balmaceda, Margarita M. (2013):** Politics Of Energy Dependency: Ukraine, Belarus, And Lithuania Between Domestic Oligarchs And Russian Pressure, Toronto, Kanada.
- **Baltic Council of Ministers (2006):** Joint Communiqué of the Prime Ministers' Council of the Baltic Council of Ministers, 8 December 2006, Vilnius, Litauen [http://www.ch.mfa.lt/umr/m/m\\_files/wfiles/file1645.doc](http://www.ch.mfa.lt/umr/m/m_files/wfiles/file1645.doc) – Zugriff: 25.03.2014.
- **Baltic News Network (2009):** Lithuanian PM: Gazprom, E.ON should address their complaints to EU, 30. September 2009.
- **Baltic News Network (2010a):** Savickis: Latvian natural gas policy is absurd, 8. September 2010.
- **Baltic News Network (2010b):** Savickis: The new contract with Gazprom can reduce gas price by 10-15 %, 14. Dezember 2010.
- **Baltic News Network (2011a):** Latvian Gas: Nord Stream is no threat to Latvian

economy, 7. September 2011.

- **Baltic News Network (2011b)**: Gazprom and Itera not willing to abandon Incukalns gas storage, 23. Mai 2011.
- **Baltic News Network (2011c)**: Gazprom: government's attitude endangers Latvia's 2012 discount, 13. September 2011.
- **Barnett, Neill (2006)**: From Poland To Hungary, Gazprom Takes Stealth Route To Domination, in: *The Independent*, 8. Januar 2006.
- **Baumol, William J. & Robert D. Willig (1981)**: Fixed Costs, Sunk Costs, Entry Barriers, And Sustainability Of Monopoly, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 96 (3), S.405-431.
- **BBC (2007)**: Rally Demands New Latvian Polls, 4. November 2007.
- **Becker, Gary S. (1983)**: A Theory Of Competition Among Pressure Groups For Political Influence, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 98 (3), S.371-400.
- **Bielecki, Jan (2002)**: Energy Security: Is The Wolf At The Door, in: *The Quarterly Review Of Economics and Finance*, Vol. 42 (2), S.235-250.
- **Belloc, Filippo & Antonio Nicita (2011)**: Liberalization-Privatization Paths: Policies And Politics, *Working Paper n.2011-32*, X Milan European Economy Workshop, Mailand, Italien.
- **Belyi, Andrei (2003)**: The New Dimensions Of Energy Security Of The Enlarging EU And Their Impact On Relations With Russia, in: *Journal for European Integration*, Vol. 25 (4), S.351-369.
- **Ben-Bassat, Avi (2011)**: Conflicts, Interest Groups, And Politics In Structural Reforms, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 53 (4), S.937-952.
- **Bilesfky, Dan (2009)**: Old Russian Ally Is Left Out In The Cold – Russia Pledges To Restor Gas Flows, EU Says – Bulgarians Go Without Heat After Moscow Cuts Gas Deliveries, in: *The International Herald Tribune*, 13. Januar 2009, S.2, Paris, Frankreich.
- **Bilgin, Mert (2011)**: Energy Security And Russia's Gas Strategy: The Symbiotic Relationship Between The State And Firms, in: *Communist And Post-Communist Studies*, Vol. 44 (2), S.119-127.
- **Bleiere, Daina; Butulis, Ilgvars; Felmanis, Inesis; Stranga, Aivars & Antonijs Zunda (2006)**: History Of Latvia: The Twentieth Century, Riga, Lettland.
- **Bloom, Stephen (2011)**: The 2010 Latvian Parliamentary Elections, in: *Electory*

*Studies*, Vol. 30, S.379-383.

- **Bohi, Douglas R. & Michael A. Toman (1996):** The Economics Of Energy Security, Boston, Massachusetts, USA.
- **Bowitz, Einar; Ellis, Andrew & Kjell Roland (2000):** Structural Change In Europe's Gas Markets: Three Scenarios For The Development Of The European Gas Market To 2020, in: *Energy Policy*, Vol. 28 (5), S.297-309.
- **Buzan, Barry (1997):** Rethinking Security After The Cold War, in: *Cooperation And Conflict*, Vol.32 (1), S.5-28.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (1995):** The Saeima Election Law (Gesetz über die Wahlen zur Saeima [englische Fassung]), online im Internet: <http://www.cvk.lv/pub/public/28126.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2008):** Tautas Nobalsošana par likumprojekta 'Grozījumi Latvijas Republikas Satversmē' pieņemšanu, online im Internet: [http://www.cvk.lv/cvkserv/TN\\_2008\\_1/rez/rezultati.htm](http://www.cvk.lv/cvkserv/TN_2008_1/rez/rezultati.htm) – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014a):** The 5th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/28763.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014b):** The 6th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/28758.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014c):** The 7th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/28759.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014d):** The 8th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/28015.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014e):** The 9th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/28555.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014f):** The 10th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/pub/public/29537.html> – Zugriff: 03.04.2014.



- **Centrālā Vēlēšanu Komisija [Zentrale Wahlkommission Lettlands] (2014g):** The 11th Saeima Elections: Election Results, online im Internet: <http://cvk.lv/public/public/30182.html> – Zugriff: 03.04.2014.
- **Česnakas, Giedrius (2013):** Energy Security In The Baltic-Black Sea Region: Energy Insecurity Sources And Their Impact Upon States, in: *Lithuanian Annual Strategic Review*, Vol. 10 (1), S.155-197.
- **Cezanne, Wolfgang (1995):** Volkswirtschaftslehre: Einführung, München.
- **Christensen, Laurits R. & William H. Greene (1976):** Economies Of Scale In The U.S. ELeetric Power Generation, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 84 (4), S.655-676.
- **Chyong, Chi Kong; Findlater, Sachi & Pierre Noël (2010):** The Cost Of Improving Gas Supply Security In The Baltic States, *Working Paper 1203*, Electricity Policy Research Group, Cambridge, UK.
- **Coase, Ronald Harry (1960):** The Problem Of Social Cost, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 3 (October 1960), S.1-44.
- **Coase, Ronald Harry (1984):** The New Institutional Economics, in: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 140, S.229-231.
- **Correljé, Aad F. & Laurens J. De Vries (2006)** Hybrid Electricity Markets, *Papier vorbereitet für 29th International Conference of the International Association for Energy Economics 24-27 September*, Ann Arbor, Michigan, USA.
- **Cottier, Thomas; Matteotti-Berkutova, Sofya & Olga Nartova (2010):** Third Country Relation In EU Unbundling Of Natural Gas Markets: The 'Gazprom Clause' Of Directive 2009/73/EC And WTO Law, *NCCR Trade Regulation Working Paper*, 2010/06, May 2010 [http://www.nccr-trade.org/fileadmin/user\\_upload/nccr-trade.ch/wp5/Access%20to%20gasgrids.pdf](http://www.nccr-trade.org/fileadmin/user_upload/nccr-trade.ch/wp5/Access%20to%20gasgrids.pdf) – Zugriff: 03.02.2014.
- **Crew, Michael A. & Paul R. Kleindorfer (2002):** Regulatory Economics: Twenty Years Of Progress?. in: *Journal of Regulatory Economics*, Vol. 11 (1), S.5-22.
- **Crotty, Michael (1998):** The Foundations Of Social Research: Meaning And Perspective In The Research Process, London, UK.
- **Dahlburg, John-Thor (1990):** Gorbachev Warns Lithuania: Back Down or Face Blockade : Secession: His ultimatum gives the republic two days to rescind its independence moves or face a cutoff of oil and other vital goods, in: *Los Angeles Times*, 14. April 1990.

- **David, Paul A. (1994):** Why Are Institutions 'Carriers Of History'? Path Dependence And The Evolution Of Conventions, Organizations And Institutions, in: *Structural Change And Economic Dynamics*, Vol. 5 (2), S.205-220.
- **David, Paul A. (1995):** Clio And The Economics Of QWERTY, in: *American Economic Review*, Vol. 75 (May), S.332-337.
- **Davies, Philip John & Andrejs Valdis Ozolins (2004):** The Parliamentary Election In Latvia, October 2012, in: *Electoral Studies*, Vol. 23, S.834-840.
- **De Bijl, Paul; van Damme, Eric & Pierre Larouche (2006):** Regulating Access To Stimulate Competition In Postal Markets?, in: *Crew, Michael A. & Paul R. Kleindorfer (Hrsg.): Progress Towards Liberalization Of The Postal And Delivery Sector*, Northampton, Massachusetts, USA, S.153-172.
- **Declaration on Security of Supply in the Baltic States and Common European Energy Policy**, Trakai, 27 February 2006 <http://www.am.gov.lv/en/news/DomesticNews/2006/February/27-1/> – Zugriff: 25.03.2014
- **De Jong, Jacques & Coby van der Linde (2008):** EU Energy Policy In A Supply-Constrained World, in: *European Policy Analysis*, Issue 11-2008, S.1-9.
- **Delfi.lt (2011a):** LPP/LC pārdēvē par 'Šlesera reformu partiju-LPP/LC', 05. August 2011.
- **Delfi.lt (2011b):** Maskva naftos uĉiaupų neatsuka ir uĉ pinigus, 17. August 2011.
- **Demsetz, Harold (1982):** Barriers To Entry, in: *American Economic Review*, Vol. 72 (1), S. 47-57.
- **Derrida, Jacques (1987):** Positions: entretiens avec Henri Ronse, Julia Kristeva, Jean-Louis Houdebine, Guy Scarpetta, Paris, Frankreich.
- **Devitt, Polina & Katya Golubkova (2013):** Rosneft buys rest of Itera from founder for \$2.9 billion, in: *Reuters*, 02. Juli 2013.
- **De Vries, H.J.M.; Groenenberg, H.; Kruyt, Bert & D.P. van Vuuren (2009):** Indicator For Energy Security, in: *Energy Policy*, Vol. 37, S.2166-2181.
- **Doty, Roxanne Lynn (1996):** Immigration And National Identity: Constructing The Nation, in: *Review of International Studies*, Vol. 22 (3), S.235-255.
- **Downs, Anthony (1957):** An Economic Theory Of Democracy, New York, USA.
- **Dudzińska, Kinga (2012):** Energy Policy In The Baltic States — United Or Separate?, *Policy Paper No.37*, Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, Warschau [http://www.pism.pl/files/?id\\_plik=11583](http://www.pism.pl/files/?id_plik=11583) – Zugriff: 15.12.2013.

- **Duso, Tomaso (2002):** On The Politics Of Regulatory Reform: Econometric Evidence From The OECD Countries, *Discussion Paper*, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), No.2 FS IV 02-07.
- **Eberlein, Burkard (2005):** Regulation By Cooperation: The 'Third Way' In Making Rules For The Internal Energy Market, in: *Cameron, Peter D. (Hrsg.): Legal Aspects Of EU Energy Regulation*, Oxford, Oxfordshire, UK, S.59-88.
- **Economides, Nicholas (1996):** The Economics Of Networks, in: *International Journal of Industrial Organization*, Vol. 14 (6), S.673-699.
- **Eglitis, Aaron (2010):** Latvia's Dombrovskis to Form Two-Party Government as Nationalists Left Out, *Bloomberg*, 25. Oktober 2010.
- **Eglitis, Aaron (2011a):** Latvia to Vote on Dissolving Parliament Amid Corruption Probe, *Bloomberg* 28. Mai 2011.
- **Eglitis, Aaron (2011b):** Latvia's Dombrovskis to Return as Premier After Coalition Accord, *Bloomberg* 11. Oktober 2011.
- **Energy Charter Secretariat (2013):** In-Depth Review Of The Investment Climate And Market Structure In The Energy Sector Of Lithuania, Brüssel, Belgium.
- **Energy Delta Institute (2014):** Country Gas Profile Latvia, online im Internet: <http://www.energydelta.org/mainmenu/energy-knowledge/country-gas-profiles/latvia#t57837> – Zugriff: 19.03.2014
- **EnergyMarketPrice (2014):** Latvia: Gas Unbundling Rescheduled Until April 2017, online im Internet: <http://www.energymarketprice.com/?14216> – Zugriff: 10.04.2014
- **EurActiv (2010):** Gazprom's Push For Ukraine Merger Meets Resistance, veröffentlicht: 14. Mai 2010 <http://www.euractiv.com/energy/gazprom-push-ukraine-merger-meet-news-494165> – Zugriff: 27.12.2013.
- **European Gas Markets (2011):** Gazprom Not Ruled Out Arbitration Against Lithuania, 13. April 2011.
- **Europäische Kommission (2004):** Bericht der Kommission: Jährlicher Bericht über die Verwirklichung des Strom- und Erdgasbinnenmarktes [SEK(2004) 1720], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission (2005):** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Bericht über die Fortschritte bei der Schaffung des Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes [SEK(2005) 1448], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission (2007a):** Mitteilung der Kommission an den Rat und das

Europäische Parlament: Aussichten für den Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes [SEK(2006) 1709] [SEK (2007) 12], Brüssel, Belgien.

- **Europäische Kommission (2007b):** Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2003/55/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt [SEK(2007) 1179] [SEK(2007) 1180], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission (2008):** Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Die Fortschritte bei der Verwirklichung des Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes [SEK(2008) 460], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission (2009):** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Bericht über die Verwirklichung bei der Schaffung des Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes [SEK(2009) 287], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission (2010):** Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Bericht über die Verwirklichung bei der Schaffung des Erdgas- und Elektrizitätsbinnenmarktes [SEK(2010) 251], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission Directorate General Wettbewerb (2007):** Directorate General Competition Report On Energy Sector Inquiry [SEC(2006) 1724], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Kommission Directorate General Wirtschaft und Finanzen (2014):** EU Balance of Payments Assistance To Latvia: Fourth Review Under Post-Programme Surveillance [SEC(2006) 1724], Brüssel, Belgien.
- **Europäische Union (2014):** Europäische Energiecharta, *Zusammenfassungen der EU-Gesetzgebung* [http://europa.eu/legislation\\_summaries/energy/external\\_dimension\\_enlargement/l27028\\_en.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/energy/external_dimension_enlargement/l27028_en.htm) – Zugriff: 27.02.2013.
- **Eurostat:** <http://www.ec.europa.eu/eurostat>
- **Finger, Matthias & Dominique Finon (2010):** From The 'Public Service' Model To The 'Universal Service' Obligation, zu erscheinen in: *Finger, Matthias & Rolf W. Künneke (Hrsg.): Handbook Of Liberalised Infrastructure Sectors*, London, UK.
- **Filippov, Sergey (2010):** Russian Companies: The Rise Of New Multinationals, in: *International Journal Of Emerging Markets*, Vol. 5 (3-4), S.307-332.
- **Flamos, A.; Psarras, J. & C. Roupas (2011):** Comparative Analysis Of EU Member Countries Vulnerability In Oil And Gas, in: *Energy Sources*, Part B: Economics, Planning, and Policy, Vol. 6 (4), S.348-356.

- **Foucault, Michel (1971):** L'ordre du discours: Leçon inaugurale au Collège de France prononcée le 2 décembre 1970, Paris, Frankreich.
- **Frumkin, Peter & Gabriel Kaplan (2000):** Institutional Theory And The Micro-Macro Link, *unveröffentlichtes Forschungspapier*, Kennedy School Of Government, Harvard University <http://www.ibrarian.net/navon/page.jsp?paperid=154995&searchTerm=micro+and> – Zugriff: 27.01.2014.
- **Garleff, Michael (2001):** Die Baltischen Länder: Estland, Lettland und Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, München, Bundesrepublik Deutschland.
- **Gazprom (2004):** Gazprom finalized the deal on Lietuvos dujos? stake, <http://www.gazprom.com/press/news/2004/march/article62664/> – Zugriff: 29.03.2014.
- **Gazprom:** <http://www.gazprom.com/investors/stock/> – Zugriff: 31.01.2014.
- **Gelb, Bernard A.; Nichol, Jim & Stephen Woehrel (2006):** Russia's Cutoff Of Natural Gas To Ukraine: Context And Implications, in: *Nichol, Ulric R. (Hrsg.): Focus On Politics And Economics Of Russia And Eastern Europe*, New York, USA, S.59-64.
- **Goldstein, Judith & Robert Owen Keohane (1993):** Ideas And Foreign Policy: Beliefs, Institutions And Political Change, Londong, UK.
- **Goldthau, Andreas (2008):** Rhetoric Versus Reality: Russian Threats To European Energy Supply, in: *Energy Policy*, Vol. 36 (2), S.686-692.
- **Gorst, Isabel (2009):** Russia Welcomes End To Turkmen Gas Dispute, in: *Financial Times*, 23. Dezember 2009.
- **Grigas, Agnias (2012a):** Legacies, Coercion, And Soft Power: Russian Influence In The Baltic States, *Briefing Paper – The Means and Ends of Russian Influence Abroad Series*, Chatham House, London, UK.
- **Grigas, Agnias (2012b):** The Gas Relationship Between Baltic States And Russia: Politics And Commercial Realities, *Working Paper NG 67*, The Oxford Institute For Energy Policy, Oxford [http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2012/10/NG\\_67.pdf](http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2012/10/NG_67.pdf) – Zugriff: 11.12.2013.
- **Grigas, Agnias (2013):** The Politics Of Energy And Memory Between The Baltic States And Russia, Farnham, UK.
- **Groenewegen, John P.M. & Rolf W. Künneke (2005):** Process Outcomes Of The Infrastructure Reform. An Evolutionary Perspective, in: *Correljé, Aad F., Groenewegen, John P.M. & Rolf W. Künneke (Hrsg.): Institutional Reform, Regulation, And*

Privatization, Cheltenham, Gloucestershire, UK, S.1-38.

- **Grotz, Florian & Till Weber (2011):** Regierungskoalitionen: Bildung und Dauerhaftigkeit, in: *Grotz, Florian & Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Regierungssysteme in Mittel- & Osteuropa: Die neuen EU-Staaten im Vergleich*, Wiesbaden, S.184-216.
- **Growitsch, Christian & Marcus Stronzik (2009):** Ownership Unbundling Of Gas Transmission Networks – Theoretical Background And Empirical Evidence, Papier für die Jahrestagung 2009 des Vereins für Socialpolitik, Magdeburg.
- **Haase, Nadine (2008):** European Gas Market Liberalisation: Are Regulatory Regimes Moving Towards Convergence? *Working Paper NG 24*, The Oxford Institute For Energy Policy, Oxford, UK <http://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2010/11/NG24-EuropeanGasMarketLiberalisationArerRegulatoryRegimesMovingTowardsConvergence-NadineHaase-2008.pdf>  
– Zugriff: 20.11.2013.
- **Harding, Luke & Ashley Seager (2007):** Gazprom Hints At British Acquisition By End Of Month, in: *The Guardian*, 11. Juni 2007.
- **Harrington, Joseph Emmett; Vernon, John Mitcham & W. Kip Viscusi (2005):** Economics Of Regulation And Antitrust, Cambridge, Massachussetts, USA.
- **Hartle, D. G. (1983):** The Theory Of Rent-Seeking: Some Reflections, in: *Canadian Journal of Economics*, Vol. 16 (4), S.539-554.
- **Heine, Klaus & Wolfgang Kerber (2002):** European Corporate Laws, Regulatory Competition And Path Dependence, in: *European Journal of Law and Economics*, Vol. 13 (1), S.47-71.
- **Heinrich, Andreas (2006):** Gazprom – A Reliable Partner For Europe's Energy Supply, in: *Russia Analytical Digest*, No.1 (Juni 2006), S.2-6.
- **Helm, Dieter (2007):** The New Energy Paradigm, Oxford, Oxfordshire, UK.
- **Herfindahl, Orris Clemens (1950):** Concentration In The Steel Industry, New York, USA.
- **Hirschman, Albert O. (1964).** The Paternity Of An Index, in: *American Economic Review*, Vol. 54 (5), S.761.
- **Höffler, Felix; Growitsch, Christian & Matthias Wissner (2010):** Marktmachtanalyse für den deutschen Regelenenergiemarkt, *Diskussionsbeitrag Nr.337*, Wissenschaftliches Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste, Bad Honnef.
- **Hubert, Franz & Irina Suleymanova (1998):** Strategic Investment In Internatio-

nal Gas-Transport Systems: A Dynamic Analysis Of The Hold-Up Problem, *DIW Discussion Paper 846*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Bundesrepublik Deutschland <http://ideas.repec.org/p/diw/diwwpp/dp846.html> – Zugriff: 01.02.2014.

- **Iskstens, Jānis (2011)**: Latvia, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 50 (7-8), S.1035-1044.
- **Institut für Energie- und Wettbewerbsrecht in der Kommunalen Wirtschaft e. V.:** <http://www.ewerk.hu-berlin.de/Europ%C3%A4ische-Union-Drittes-Binnenmarktpaket-zur-Strom-und-Gasmarktliberalisierung-ist-verabschiedet+worden> – Zugriff: 29.01.2014.
- **International Atomic Energy Agency (2007)**: Analyses Of Energy Supply Options And Security Of Energy Supply In The Baltic States, *IAEA-TECDOC-1541*, Wien, Österreich.
- **International Energy Agency (2008)**: Development Of Competitive Gas Trading In Continental Europe: How To Achieve Workable Competition In European Gas Markets?, Paris, Frankreich.
- **International Gas Union [Herausgeber](2006)**: The Paradigm Change In International Gas Markets And The Impact On Regulation, International Gas Union/The Clingendael Institute, Den Haag, Niederlande.
- **International Oil Daily (2010)**: Lithuania Rejects New Gazprom Proposals, 27. Februar 2014.
- **ISBN-Agentur für die Bundesrepublik Deutschland (2012)**: ISBN-Handbuch, Frankfurt, Bundesrepublik Deutschland.
- **Itera Group (2014)**: <http://itera.ru/en/>
- **Jaag, Christian & Urs Trinker (2011)**: A General Framework For Regulation And Liberalization In Network Industries, in: *Finger, Matthias & Rolf W. Künneke (Hrsg.): International Handbook Of Network Industries*, Cheltenham, Gloucestershire, UK, S.26-53.
- **Jacobsons, Andrejs (2012)**: The Economic Dimension Of Bilateral Relationships Between Latvia, Russia And Belarus – Past And Present, in: *Sprūds, Andris (Hrsg.): The Economic Presence Of Russia And Belarus In The Baltic States: Risks And Opportunities*, Riga, Lettland, S.11-34.
- **Jacob, Antoine (2014)**: Latvia last Baltic state to liberalise its gas market, Euro-

politics, 19. März 2014, <http://europolitics.info/ecofin/latvia-last-baltic-state-liberalise-its-gas-market> – Zugriff: 22.03.2014.

- **Jäger, Siegfried (1993):** Text- und Diskursanalyse: Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte, Duisburg, Bundesrepublik Deutschland.
- **Jamasb, Tooraj & Michael Pollitt (2008):** Liberalisation And R & D In Network Industries : The Case Of The Electricity Industry, in: *Research Policy*, Vol. 37 (6-7), S.995-1008.
- **Janeliūnas, Tomas (2009):** Lithuanian Energy Strategy And Its Implications On Regional Cooperation, in: *Rostoks, Toms & Andris Sprūds (Hrsg.): Energy: Pulling The Baltic Sea Region Together Or Apart?*, Latvian Institute of International Affairs, Riga, Lettland, S.190-222.
- **Jefimov, Sergei (2012):** Estonian Gas Supply Situation, *Präsentation AS EG Võrguteenus*.
- **Ješinska, Andra (2006):** The World Oil Market Influence On Gas Market In Latvia: Technical And Commerical Aspects, *Ph.D. Thesis*, Riga Technical University, Institute of Heat, Gas and Water Technology, Riga, Lettland.
- **Jones, Christopher W. (2006):** Unbundling Of Distribution System Operators, in: *Jones, Christopher W. & Luc Werring (Hrsg.): EU Energy Law: The Internal Energy Market*, Band 1 *EU Energy Law Series*, Deventer, Niederlande.
- **Jones, Christopher W. & Luc Werring [Hrsg.] (2006):** EU Energy Law: The Internal Energy Market, Band 1 *EU Energy Law Series*, Deventer, Niederlande.
- **Joskow, Paul L. (2013):** Incentive Regulation In Theory And Practice: Electricity Distribution And Transmission Networks, zu erscheinen in: *Rose, Nancy L. (Hrsg.): Economic Regulation And Its Reform: What Have We Learned*, Chicago, USA.
- **Kaczinski, Ulrike (2004):** Die Beziehungen zwischen Lettland und Russland seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit Lettlands 1991, *BIAB-Bericht Nr.25*, Berliner Interuniversitäre Arbeitsgruppe 'Baltische Staaten', Berlin, Bundesrepublik Deutschland.
- **Kanellakis, M.; Martinopoulos, G. & T. Zachariadis (2013):** European Energy Policy – A Review, in: *Energy Policy*, Vol. 62, S.1020-1030.
- **Karnitis, Edvins (2011):** Strategy And Efficient Mechanisms To Improve Security And Sustainability Of Natural Gas Supply In The Baltic States, in: *Journal of Security and Sustainability Issues*, Vol. 1 (1), S.5-17.



- **Kasekamp, Andres (2010).** A History Of The Baltic States, London, UK.
- **Kasekamp, Andres (2014):** The Politics Of Energy And Memory Between The Baltic States And Russia, in: *Journal of Baltic Studies*, Vol. 45 (1), S.138-140.
- **Katz, Michael L. & Carl Shapiro (1986):** Network Externalities, Competition, And Compatibility, in: *American Economic Review*, Vol. 75 (3), S.424-440.
- **Kerchner, Brigitte & Silke Schneider (2006):** Foucault: Diskursanalyse der Politik, Eine Einführung, Wiesbaden, Bundesrepublik Deutschland.
- **Kessides, Ioannis N. (1990):** Market Concentration, Contestability And Sunk Costs, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 72 (4), S.614-622.
- **Kessides, Ioannis N. & Tang Li (2011):** Sunk Costs, Market Contestability, And The Size Distribution Of Firms, *Policy Research Working Paper 5540*, World Bank, Washington D.C., USA.
- **Kalotay, Kalman (2008):** Russian Transnationals And International Investment Paradigms, in: *Research in International Business and Finance*, Vol. 22 (2), S.85-107.
- **Keeley, James (1990):** Towards A Foucauldian Analysis Of International Regimes, in: *International Organization*, Vol. 44 (1), S.83-105.
- **Keohane, Robert O. (1988:)** International Institutions: Two Approaches, in: *International Studies Quarterly*, Vol. 32 (4), S.379-396.
- **Koshal, Rajindar K. (1972):** Economies Of Scale, in: *Journal of Transport Economics and Policy*, Vol. 6 (2), S.147-153.
- **van Koten, S. & A. Ortman (2008):** The Unbundling Regime For Electricity Utilities In The EU: A Case Of Legislative And Regulatory Capture?, in: *Energy Policy*, Vol. 30, S.3128-3140.
- **KPMG Global Energy Institute (2012):** Central And Eastern European Shale Gas Outlook, Amstelveen, Niederlande
- **Krozsner, Randall S. & Philip E. Strahan (1999):** What Drives Deregulation? Economics And Politics Of The Relaxation Of Bank Branching Restrictions, in: *Quarterly Journal Of Economics*, Vol. 144 (4), S.1437-1467.
- **Krueger, Anne O. (1974):** The Political Economy Of The Rent-Seeking Society, in: *American Economic Review*, Vol. 64, S.291-303.
- **Krupavičius, Algis (2012):** Fluide Parteiensystem in den baltischen Staaten, in: *Knodt, Michèle & Sigita Urdze (Hrsg.): Die politischen Systeme der baltischen Staaten*, Wiesbaden, Bundesrepublik Deutschland, S.217-240.

- **Laffont, Jean-Jacques & Jean Tirole (1986):** Using Cost Observation To Regulate Firms, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 94 (3) Part 1, S.614-641.
- **Larsson, Robert L. (2007):** Nord Stream, Sweden And Baltic Sea Security, *Base Data Report March 2007*, Swedish Defence Research Agency, Stockholm, Schweden.
- **Leikučs, Jānis & Voldemārs Strīķis (2011):** An Overview Of Legislative And Institutional Barriers Of Latvia's Renewable Energy Production, in: *Management theory and studies for rural business and infrastructure development*, Vol. 2 (26), S.146-154.
- **La Tribune (2011):** Nouveau bras de fer gazier en vue entre la Russie et l'Ukraine, 28. Dezember 2011, S.4, Paris, Frankreich
- **Latvijas Gāze (2014):** <http://www.lg.lv>
- **Latvijas Republikas Ārlietu Ministrija [Außenministerium der Republik Lettland] (2014):** Überblick Direktinvestitionen ausländischen Ursprungs <http://www.mfa.gov.lv/lv/Arpolitika/divpusejas-attiecibas/Krievija/> – Zugriff: 16.03.2014.
- **Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija [Wirtschaftsministerium der Republik Lettland] (2006):** Enerģētikas attīstības pamatnostādnes 2007.–2016. gadam [Energy Development Guidelines for 2007-2016], Riga, Lettland <http://polsis.mk.gov.lv/LoadAtt/file27303.doc> – Zugriff: 16.03.2014.
- **Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija [Wirtschaftsministerium der Republik Lettland] (2012a):** Latvijas enerģētika skaitļos – Latvian Energy In Figures, Riga, Lettland.
- **Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija [Wirtschaftsministerium der Republik Lettland] (2012b):** Latvian Energy Long Term Strategy 2030 – Competitive Energy For Society, Riga, Lettland [http://www.em.gov.lv/images/modules/items/Latvian\\_energy\\_long\\_term\\_strategy.pdf](http://www.em.gov.lv/images/modules/items/Latvian_energy_long_term_strategy.pdf) – Zugriff: 16.03.2014.
- **Latvijas Republikas Ekonomikas Ministrija [Wirtschaftsministerium der Republik Lettland] (2014):** <http://www.em.gov.lv/em>
- **Latvijas Republikas Saeima Press Service (2014):** The Constitution of the Republic of Latvia (Verfassung der Republik Lettland [englische Fassung]), online im Internet: <http://www.saeima.lv/en/legislation/constitution> – Zugriff: 04.04.2014
- **Latvijas Republikas Saeima (2014):** Consumer Gas Market Not To Be Liberalised Until April 2017, online im Internet: <http://www.saeima.lv/en/news/saeima-news/21949-consumer-gas-market-not-to-be-liberalised-until-april-2017> – Zugriff:

23.03.2014

- **Latvijas statistika (2011)**: Population Census 2011 - Key Indicators, <http://www.csb.gov.lv/en/statistikas-temas/population-census-2011-key-indicators-33613.html> – Zugriff: 20.03.2014.
- *Leitlinien zur Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse gemäß der Ratsverordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen*. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2004 C 31/3, Brüssel, Belgien.
- **Lietuvos Dujos (2012)**: Consolidated Annual Report 2012, Vilnius, Litauen.
- **Lietuvos Respublikos energetikos ministerija [Energieministerium der Republik Litauen] (2012)**: National Energy Independence Strategy of the Republic of Lithuania, Vilnius.
- **Lewis, David Kellogg (1969)**: *Conventions, A Philosophical Inquiry*, Cambridge, Massachusetts, USA.
- **Lrtas.lt (2006)**: Mažeikių naftos pardavimas Lenkijai - geopolitinės reikšės faktas, 5. September 2006.
- **Luciani, Giacomo (2004)**: Security Of Supply For Natural Gas Markets: What It Is And What It Is Not, *INDES Working Paper No.2*, verfügbar unter: <http://www.ceps.eu/book/security-supply-natural-gas-markets-what-it-and-what-it-not> – Zugriff: 18.03.2014.
- **Mackie, Diane M. & David M. Messick (1989)**: Intergroup Relations, in: *Annual Review of Psychology*, Vol. 40, S.45-81.
- **Matlár, Janne Haaland (1997)**: *Energy Policy In The European Union*, New York, USA.
- **Mearsheimer, John J. (1994)**: The False Promise Of International Institutions, in: *International Security*, Vol. 19 (3), S.5-49.
- **Merton, Robert K. (1948)**: The Self-Fulfilling Prophecy, in: *The Antioch Review*, Vol.8 (2), S.193-210.
- **Mikroökonomie.de (2014)**: Messung der Anbieterkonzentration, online im Internet: <http://www.mikroekonomie.de/Markt-%20und%20Preistheorie/Messung%20der%20Anbieterkonzentration.htm> – Zugriff: 26.03.2014
- **Milliken, Jennifer (1999)**: The Study Of Discourse In International Relations: A Critique Of Research And Methods, in: *European Journal of International Relations*, Vol. 5 (2), S.225-254.

- **Mole, Richard C.M. (2007):** Talking Security? The Discourse Of European Identity In The Baltic States, in: *Mole, Richard C.M. (Hrsg.): Discursive Constructions Of Identity In European Politics*, Basingstoke, Hampshire, UK, S.149-169.
- **Mole, Richard C. M. & Jan Penrose (2008):** Nation States And National Identity; in: *Cox, Kevin R.; Low, Murray & Jennifer Robinson (Hrsg.): The SAGE Handbook of Political Geography*, London, UK.
- **Mole, Richard C. M. (2012):** The Baltic States From The Soviet Union To The European Union: Identity, Discourse And Power In The Post-Transition Of Estonia, Latvia And Lithuania, London, UK.
- **Molis, Arūnas (2011):** Building Methodology, Assessing The Risks: The Case Of Energy Security In The Baltic States, in: *Baltic Journal of Economics*, Vol. 11 (2), S.59-80.
- **Molle, Willem (2006):** The Economics of European Integration. Theory, Practice, Policy, Aldershot, Hampshire, UK.
- **Müller-Rommel, Ferdinand (2011):** Regierungen: Binnenstruktur der Kernexekutive, in: *Grotz, Florian & Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.): Regierungssysteme in Mittel- & Osteuropa: Die neuen EU-Staaten im Vergleich*, Wiesbaden, S.217-234.
- **Natural Gas Europe (2010):** Mr. Lukashenko – please pay your bill (17.Juni 2010) <http://www.naturalgaseurope.com/mr-lukashenko-please-pay-your-bill> – Zugriff: 28.02.2014.
- **Natural Gas Europe (2011):** Gazprom Finally Bags BelTransGaz (26.November 2011) <http://www.naturalgaseurope.com/gazprom-to-buy-belarusian-beltransgaz-3704> – Zugriff: 28.02.2014.
- **Newnham, Randall (2011):** Oil, Carrots And Sticks: Russia's Energy Resources As A Foreign Policy Tool, in: *Journal of Eurasian Policy Studies*, Vol. 2, S.134-143.
- **Nohlen, Dieter & Mirjana Kasapovic (1996):** Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Opladen, Bundesrepublik Deutschland.
- **North, Douglas C. (1990):** Institutions, Institutional Change And Economic Performance, Cambridge, Massachussetts, USA.
- **Office of the Seimas of the Republic of Lithuania (2014):** Document Search, online im Internet: [http://www3.lrs.lt/pls/inter3/dokpaieska.forma\\_e](http://www3.lrs.lt/pls/inter3/dokpaieska.forma_e) – Zugriff: 23.03.2014
- **Olson, Mancur (1965):** The Logic Of Collective Action, Cambridge, Massachussetts,

USA.

- **Oreskovic, Luka (2013):** Shopping In Europe: Gazprom Expands Southward, Welcomed By Croatian President, in: *The Moscow Times*, 24. Januar 2013.
- **Osipov, Oleg (2007):** Becoming An Energy Giant: An Overview Of Gazprom Expansion Into EU Energy Utilities And Networks Sector, in: *Russian Energy Sector Series*, Center for Applied Business Research in Energy and Environment: University of Alberta School of Business, Edmonton, Kanada.
- **Pelnēns, Gatis & Diāna Potjomkina (2012):** The Political Implications Of Latvia's Economic Relations With Russia And Belarus, in: *Sprūds, Andris (Hrsg.): The Economic Presence Of Russia And Belarus In The Baltic States: Risks And Opportunities*, Riga, Lettland, S.179-204.
- **Peltzman, Sam (1976):** Toward A General Theory Of Regulation, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 19 (2), S.211-240.
- **Pierson, Paul (1996):** The Path To European Integration: A Historical Institutional Analysis, in: *Comparative Political Studies*, Vol. 29 (2), S.123-163.
- **Pierson, Paul (2000):** Increasing Returns, Path Dependence, And The Study Of Politics, in: *American Political Science Review*, Vol. 94 (2), S.251-267.
- **Pipelines International (2006):** Russian oil pipelines struggling under pressure, 27. September 2006.
- **Pointvogel, Andreas (2009):** Perceptions, Realities, Concessions – What Is Driving The Integration Of European Energy Policies?, in: *Energy Policy*, Vol. 37 (12), S.5704-5716.
- **Pryce, Paul (2012):** The 2011 Parliamentary Election In Latvia, in: *Electoral Studies*, Vol. 31, S.613-616.
- **Raszewski, Slawomir (2012):** Security And Economics Of Energy In North-East Europe, in: *Belyi, Andrei, Goldthau, Andreas, Keating, Michael F. & Caroline Kuzemko (Hrsg.): Dynamics Of Energy Governance In Europe And Russia*, London, UK, S.130-148.
- *Rechtsdienstleistungsgesetz* vom 12. Dezember 2007 (BGBl.I S.2840), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl.I S.3714).
- **Reuters (2013):** Rosneft buys rest of Itera from founder for \$ 2.9bn, 2. Juli 2013.
- **RiaNovosti (2008):** Medvedev outlines five main points of future foreign policy, 31. August 2008.

- *Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.Juni 1998 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt*. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1998 L 204/1, Brüssel, Belgien.
- *Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG*. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2003 L 176/55, Brüssel, Belgien.
- *Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG*. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2009 L 211/94, Brüssel, Belgien.
- **Riley, Alan (2012)**: Commission v. Gazprom: The Anti-Trust Clash Of The Decade?, *CEPS Policy Brief*, No. 285, Centre for European Policy Studies, Brüssel, Belgien, [www.ceps.eu/ceps/dld/7433/pdf](http://www.ceps.eu/ceps/dld/7433/pdf) – Zugriff: 31.03.2014
- **Rostoks, Toms (2014)**: Email Interview (19.03.2014) – online verfügbar unter: [http://bit.do/interview\\_latvia\\_rostoks](http://bit.do/interview_latvia_rostoks).
- **Rowley, Charles Kershaw; Tollison, Robert D. & Gordon Tullock (1988)**: *The Political Economy Of Rent-Seeking*, New York, USA.
- **Sabiedrisko pakalpojumu regulēšanas komisija [The Public Utilities Commission and the Regulator – Staatliche Kommission für Versorgungsunternehmen und Regulierer der Republik Lettland] (2012)**: Annual Report 2012, Riga, Lettland.
- **Scollon, Ron (2008)**: *Analyzing Public Discourse: Discourse Analysis In The Making Of Public Policy*, London, UK.
- **Seimas of the Republic of Lithuania (2000)**: Law on Energy, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.VIII-2743, Vilnius, Litauen.
- **Seimas of the Republic of Lithuania (2002)**: Law on Energy, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.IX-884, Vilnius, Litauen.
- **Seimas of the Republic of Lithuania (2003)**: Law Amending The Law on Energy, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.IX-1644, Vilnius, Litauen.
- **Seimas of the Republic of Lithuania (2007)**: Law Amending The Law on Natural Gas, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.X-1054, Vilnius, Litauen.
- **Seimas of the Republic of Lithuania (2011)**: Law Amending The Law on Natural

Gas, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.I-1434, Vilnius, Litauen.

- **Seimas of the Republic of Lithuania (2012):** Resolution On The Approval Of The National Energy Independence Strategy, in: *Valstybės žinios (Official Gazette)*, No.XI-2133, Vilnius, Litauen.
- **Schmidt-Preuß, Matthias (2009):** OU? ISO? ITO: Die Unbundling-Optionen des 3. EU-Liberalisierungspakets, in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, Vol.9 (September), S.82-84.
- **Shapiro, Michael (1989):** Textualizing Global Politics, in: *Der Derian, James & Michael Shapiro (Hrsg.): International/Intertextual Relations*, Ann Arbor, Michigan, USA, S.11-22.
- **Šleivyte, Janina (2009):** Russia's European Agenda And The Baltic States, London, UK.
- **Sloga, Gunta (2008):** Diplomāts bez degsmes, in: *Diena*, 30.08.2008.
- **Société chimique de France (2014):** Produit du jour: Méthane, online im Internet: <http://www.societechimiquedefrance.fr/produit-du-jour/methane.html> – Zugriff: 19.03.2014
- **Springer Gabler Verlag [Herausgeber] (2014a):** Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: *Bruttoinlandsprodukt (BIP)*, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/57565/bruttoinlandsprodukt-bip-v6.html> – Zugriff: 30.01.2014
- **Springer Gabler Verlag [Herausgeber] (2014b):** Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: *Natürliches Monopol*, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/11015/natuerliches-monopol-v8.html> – Zugriff: 29.01.2014
- **Springer Gabler Verlag [Herausgeber] (2014c):** Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: *Rent Seeking*, online im Internet: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/5464/rent-seeking-v10.html> – Zugriff: 17.03.2014
- **Sprūds, Andris (2006):** Latvian-Russian Energy Relations: Between Economics And Politics, in: *Nils Muižieks (Hrsg.): Latvian-Russian Relations: Domestic And International Dimensions*, Riga, Lettland, S.110-118.
- **Sprūds, Andris (2009):** Latvia's Energy Strategy: Between Structural Entrapments And Policy Choices, in: *Rostoks, Toms & Andris Sprūds (Hrsg.): Energy: Pulling The Baltic Sea Region Together Or Apart?*, Latvian Institute of International Affairs, Riga, Lettland, S.223-249.
- **Sprūds, Andris (2010):** Sustainable Energy Sector Policy In The Context Of Latvian

Political And Economic Development: Prospects And Limitations, in: *Sprūds, Andris (Hrsg.): Latvian Energy Policy: Towards A Sustainable And Transparent Energy Sector*, Soros Foundation, Riga, Lettland, S.11-22.

- **Statistas Latvija:** <http://www.csb.gov.lv>
- **Stauffer, Thomas (1990):** Blockades Teaches Lithuania Lesson About Dependence, in: *The Christian Science Monitor*, 3. Mai 1990.
- **Stern, Jonathan (2005):** Gas Pipeline Cooperation Between Political Adversaries: Examples From Europe, *Report Submission to the Korea Foundation*.
- **Stigler, George Joseph (1958):** The Economies Of Scale, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 1, S.54-71.
- **Stigler, George Joseph (1968):** Barriers To Entry, Economies Of Scale, in: *Stigler, George Joseph (Hrsg.): The Organization Of Industry*, Chicago, USA, S.67-70.
- **Stigler, George Joseph (1971):** The Theory Of Economic Regulation, in: *The Bell Journal of Economics and Management Science*, Vol.2 (1), S.3-21.
- **Šulmane, Ilze (2006):** The Russian Language Media In Latvia, in: *Nils Muižieks (Hrsg.): Latvian-Russian Relations: Domestic And International Dimensions*, Riga, S.64-73.
- **Sutton, John (1992):** Sunk Costs And Market Structure: Price Competition, Advertising, And The Evolution Of Concentration, Cambridge, Massachusetts, USA.
- **Tark Grunde Sutkiene (2012):** Baltic Energy Law Newsletter December 2012, Vilnius, Litauen.
- **Tark Grunde Sutkiene (2013):** Baltic Energy Law Newsletter November 2013, Vilnius, Litauen.
- **Teather, David (2010):** Russia cuts Belarus's gas supply and fuels EU fears: Moscow claims unpaid gas bill amounts to £128m Gazprom to fulfil Europe's needs via Ukraine pipeline, in: *The Guardian*, 22. Juni 2010, S.26, London, UK.
- **Teece, David J. (1980):** Economies Of Scope And The Scope Of The Enterprise, in: *Journal of Economic Behavior & Organization*, Vol. 1 (3), S.223-247.
- **The Baltic Course (2008):** Just Before The Whistle, 28. April 2008.
- **The Baltic Times (2001):** Final batch of Latvijas Gaze shares to be sold for vouchers, 15. November 2001.
- **The Baltic Times (2002):** Gazprom makes Lietuvos Dujos privatization short list, 17. Oktober 2002.



- **The Baltic Times (2011)**: Latvian political parties undergo major upheaval, 12. Juli 2011.
- **The Economist Intelligence Unit (2006)**: Lithuania Economy: Pole Vault?, *Viewswire*, London, UK.
- **Theiler, Tobias (2003)**: Societal Security And Social Psychology, in: *Review of International Studies*, Vol.29 (2), S.249-268.
- **The Lithuania Tribune (2009)**: Lithuania afraid of Gazprom's influence if a Baltic LNG terminal built in Latvia, 07. Februar 2009.
- **The Lithuania Tribune (2011a)**: Lithuania complains to EU against Gazprom, 25. Februar 2011.
- **The Lithuania Tribune (2011b)**: Energy Ministry issues notice to Gazprom regarding breach of the Lietuvos Dujos privatisation agreement, 3. März 2011.
- **Thomson, Clare (1992)**: The Singing Revolution: A Political Journey Through The Baltic States, London, UK.
- **Tollison, Robert D. (1982)**: Rent Seeking: A Survey, in: *Kyklos*, Vol.35 (4), S.575-602.
- **Trenin, Dimitri (2006)**: Russia Leaves The West, in: *Foreign Affairs*, Vol.85 (4), S.87-96.
- **Tschirhart, John (1995)**: Monopsony Power And The Existence Of Natural Gas Monopoly In Energy Utilities, in: *Resource and Energy Economics*, Vol.17 (5), S.327-340.
- **Tsebelis, George (1995)**: Decision Making In Political Systems: Veto Players In Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, And Multipartyism, in: *British Journal of Political Science*, Vol.25 (4), S.289-325.
- **Tsebelis, George (2002)**: Veto Players: How Political Institutions Works, New York, USA.
- **Tullock, Gordon (1967)**: The Welfare Costs Of Tariffs, Monopolies And Theft, in: *Western Economic Journal*, Vol.5 (3), S.224-232.
- **United Nations Statistics Division**: <http://www.data.un.org>
- **United States Department of Justice & Federal Trade Commisaion (2010)**: Horizontal Merger Guidelines, veröffentlicht: 19. August 2010, Washington, D.C., USA, <http://www.ftc.gov/sites/default/files/attachments/merger-review/100819hmg.pdf> – Zugriff: 28.03.2014

- **Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija [National Control Commission for Prices and Energy – Nationale Überwachungskommission für Preise und Energie] (2011):** Annual Report On Electricity And Natural Gas Markets Of The Republic Of Lithuania To The European Commission, Vilnius, Litauen.
- **Valstybinė kainų ir energetikos kontrolės komisija [National Control Commission for Prices and Energy – Nationale Überwachungskommission für Preise und Energie] (2012):** Annual Report On Electricity And Natural Gas Markets Of The Republic Of Lithuania To The European Commission, Vilnius, Litauen.
- **Verslo Žinios (2011):** InterRAO Lietuva prekiaus Kaliningrado atominės elektrinės energija, 3. März 2011.
- **Vilpišauskas, Ramūnas (2013):** Lithuanian Foreign Policy Since EU Accession: Torn Between History And Interdependence, in: *Baun, Michael & Dan Marek (Hrsg.): The New Member States And The European Union: Foreign Policy And Europeanization*, London, UK, S.127-141.
- **Volovoj, Vadim & Liudas Zdanavičius (2012):** Lithuanian Economic Relations With Russia And Belarus, in: *Sprūds, Andris (Hrsg.): The Economic Presence Of Russia And Belarus In The Baltic States: Risks And Opportunities*, Riga, Lettland, S.205-248.
- **Wæver, Ole (1993):** Securitization And Desecuritization, *Working Paper*, København Center for Freds- og Konfliktforskning, Kopenhagen, Dänemark.
- **Wendt, Alexander (1994):** Collective Identity Formation And The International State, in: *American Political Science Review*, Vol.88 (2), S.384-396.
- **Wennerstein, Peter (1999):** The Politics Of Inclusion: The Case Of The Baltic States, in: *Cooperation and Conflict*, Vol.34 (3), S.272-296.
- **Williamson, Oliver E. (1975):** Markets And Hierarchies: Analysis And Antitrust Implications, New York, USA.
- **Williamson, Oliver E. (1985):** The Economic Institutions Of Capitalism, New York, USA.
- **Williamson, Oliver E. (1998):** Transaction Cost Economics: How It Works: Where It Is Headed, in: *De Economist*, Vol.146 (1), S.23-58.
- **Woehrel, Steven (2012):** Russian Energy Policy Toward Neighbouring Countries, in: *Current Politics & Economics In Europe*, Vol.23 (3/4), S.403-433.
- **The World Bank:** <http://www.worldbank.org>

- **Vides Aizsardzības Un Reģionālās Attīstības Ministrija** [*Ministerium für Umweltschutz und regionale Entwicklung der Republik Lettland*] (2014) <http://www.varam.gov.lv>
- **Yergin, Daniel (2006)**: Ensuring Energy Security, in: *Foreign Affairs*, Vol.85 (2), S.69-82.
- **Ziegler, Charles E. (2012)**: Energy Pipeline Networks And Trust: The European Union And Russia In Comparative Perspective, in: *International Relations*, Vol.27 (1), S.3-29.

## 14 Anhang

### 14.1 Anhang I – Erläuterungen

**Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen** Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen stellt den Wert aller in einem Land produzierten Güter und Dienstleistungen dar nach Abzug aller Vorleistungen<sup>1</sup>. Unter Vorleistungen sind zu verstehen alle Güter und Dienstleistungen, welche ein Unternehmen von anderen Unternehmen bezieht und im Laufe der eigenen Produktion verbraucht. Für die Berechnung des Bruttoinlandsproduktes werden die Leistungen von In- und Ausländern gemessen.

**Herfindahl-Hirschman-Index** Für die Messung der Marktkonzentration ist der *Herfindahl-Hirschman-Index*<sup>2</sup> (HHI), auch *Herfindahl-* oder *Hirschman-Index* genannt, neben der *Konzentrationsrate*<sup>3</sup> die gebräuchlichste Kennzahl. Nach der Grundidee des Indexes wird die Verteilung von Objekten auf mehrere Gruppen bestimmt, so dass beispielsweise der Gesamtumsatz im Vertriebssegment des Gasmarktes sich auf eine bestimmte Anzahl von Anbietern verteilt, welche das Produkt Gas verkaufen. Der Umsatz verteilt sich jedoch meist nicht gleichmäßig auf alle Unternehmen und der *Herfindahl-Hirschman-Index* bietet ein Maß der Konzentration des Umsatzes auf einen oder mehrere Anbieter. Im Unterschied zur Konzentrationsrate berücksichtigt dieser Index auch

---

<sup>1</sup>Gabler Wirtschaftslexikon (2014a)

<sup>2</sup>siehe: Herfindahl (1950) sowie Hirschman (1964)

<sup>3</sup>Mit dem Maß der *Konzentrationsrate* (CR) kann die Anbieterkonzentration eines Marktes über die Summe der Marktanteile der *n*-größten Anbieter berechnet werden:  $CR_n = \sum_{i=1}^n a_i$  – mit *n* als Anzahl der größten Unternehmen und *a<sub>i</sub>* dem Marktanteil des Unternehmens *i* [Quelle: Mikroökonomie.de (2014)]

die Verteilung der Marktanteile zwischen den einzelnen Unternehmen und wird berechnet über die Aufsummierung der quadrierten Marktanteile aller Anbieter<sup>4</sup>:

$$\mathbf{HHI} = \sum_{i=1}^n \mathbf{a}_i^2 \times 10.000$$

Hierbei ist  $n$  die Anzahl der Unternehmen und  $\mathbf{a}_i$  der Marktanteil des Unternehmens  $i$ . Der Marktanteil bestimmt sich wiederum über:

$$\mathbf{a}_i = \frac{\mathbf{x}_i}{\sum_{i=1}^n \mathbf{x}_i}$$

$\mathbf{x}_i$  bezeichnet den Umsatz des Unternehmens (Zähler), welcher in Verhältnis zur Summe  $\sum_{i=1}^n \mathbf{x}_i$  aller Unternehmen gesetzt wird (Nenner).

Der errechnete *Herfindahl-Hirschman-Index* kann einen Wert zwischen 0 und 10.000 annehmen<sup>5</sup>:  $0 < \mathbf{HHI} \leq 10.000$ . Mit der Quadrierung der Marktanteile werden größere Unternehmen stärker gewichtet<sup>6</sup>. Je höher der HHI für einen bestimmten Markt, desto stärker ist die Produktion auf eine kleine Zahl von Unternehmen konzentriert. Indirekt können über diesen Wert auch Aussagen zur Marktmacht einzelner Firmen und der Wettbewerbssituation allgemein gemacht werden. Für weitere Informationen zur theoretischen Begründung des Konzentrationsmaßes sei auf die Webseite [Mikroonomie.de](http://Mikroonomie.de) verwiesen.

<sup>4</sup>Höffler, Growitsch & Wissner (2010), S.7

<sup>5</sup>Die Multiplikation des Konzentrationsmaßes mit 10.000 erfolgt, da es in den Wirtschaftswissenschaften üblich ist, Werte nicht in Prozenten anzugeben, sondern in absoluten Zahlen. Aus mathematischer Sicht nimmt der HHI Werte zwischen 0 und 1 an:  $\frac{1}{N} \leq \mathbf{HHI} \leq 1$

<sup>6</sup>Diesem Ansatz liegt die Auffassung zugrunde, dass beispielsweise ein Markt bestehend aus drei Unternehmen, von denen zwei jeweils einen sehr hohen Marktanteil verbuchen können, aus Wettbewerbsicht problematischer ist, als eine Situation, in welcher alle drei Unternehmen vergleichbare Marktanteile haben. Mittels Quadrierung der Marktanteile werden mathematisch in Zahlen ausgedrückt die Unterschiede der relativen Marktanteile zueinander deutlicher.

Für die Fusionskontrolle nehmen Europäische Kommission und Europäischer Gerichtshof die Konzentrationsrate zur Hilfe und gehen bei einem Marktanteil von mindestens 40 % bis 50 % für ein einzelnes Unternehmen von einer marktbeherrschenden Stellung aus<sup>7</sup>. In den Vereinigten Staaten nehmen das *U.S. Department of Justice* und die Aufsichtsbehörde *Federal Trade Commission* den *Herfindahl-Hirschman-Index* als Richtschnur für Entscheidungen, ob ein Unternehmenszusammenschluss die Marktkonzentration übermäßig erhöht und somit den Wettbewerb gefährdet. Hierfür klassifizieren sie Märkte nach unterschiedlichen Typen<sup>8</sup>: **I.** unkonzentrierte Märkte mit einem HHI von unter 1.500 **II.** mäßig konzentrierte Märkte mit einem HHI zwischen 1.500 und 2.500 **III.** stark konzentrierte Märkte mit einem HHI-Wert über 2.500.

**Natürliches Monopol** In der Volkswirtschaftslehre ist mit dem Begriff *Natürliches Monopol* eine Marktsituation gemeint, in welcher sich aufgrund niedriger firmeninterner Grenzkosten zugleich jedoch hoher Fixkosten prägnante Skalenerträge ergeben für die Bereitstellung eines Gutes<sup>9</sup>. Die Kostendegressionen sind so bedeutend im Verhältnis zur Marktgröße, dass auf Dauer im Wettbewerb lediglich ein Unternehmen überleben kann<sup>10</sup>. Kostenstrukturen dieser Art werden in der Fachliteratur als *Subadditivität* bezeichnet, im Falle eines natürlichen Monopols sind sie für die gesamte Produktion der Gütermenge vorhanden. Weiteres Merkmal natürlicher Monopole sind irreversible Kosten, „Sunk Costs“ genannt. Hierunter werden einmalige Investitionen für den Markteintritt verstanden, die nicht zurückgewonnen werden können.

**Rent-Seeking** Unter *Rent-Seeking* werden Bestrebungen von Unternehmen und Interessengruppen, bzw. anderen Marktakteuren verstanden, Vorteile

<sup>7</sup>Leitlinien zur Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse gemäß der Ratsverordnung über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (2004/C31/03)

<sup>8</sup>U.S. Department of Justice & Federal Trade Commission (2010), S.19

<sup>9</sup>Cezanne (1995), S.63

<sup>10</sup>Gabler Wirtschaftslexikon (2014b)

durch politisch geschaffene Privilegien zu erlangen<sup>11</sup>. Zu diesen Vorteilen zählen in erster Linie Einkommenschancen in Form sog. ökonomischer Renten. Renten werden wiederum definiert als Betrag, welcher der Eigentümer einer Ressource für ihre Nutzung erhält, der über deren Opportunitätskosten hinausgeht<sup>12</sup>. Anders ausgedrückt kann der Eigentümer dank Privilegien einen höheren Preis für seine Güter oder Dienstleistungen auf dem Markt erzielen, als dies unter freien Marktbedingungen möglich wäre. *Rent-Seeking* selbst ist eine unproduktive Aktivität und hierfür in Anspruch genommene Ressourcen stehen für andere, produktive Aktivitäten nicht zur Verfügung. Als Folge von Privilegien fehlen Anreize für Unternehmen, ihre Produktion veränderten Marktbedingungen anzupassen bzw. Innovationen hervorzubringen. Dies führt gesamtwirtschaftlich einerseits zu sinkender Wettbewerbsfähigkeit und andererseits zu einer Umverteilung der Einkommen, die aus ineffizienten Marktergebnissen resultieren.

**Sunk Costs** Kosten, die bereits entstanden sind und nicht mehr rückgängig gemacht werden können, sind unter dem Begriff *Sunk Costs* zu verstehen. Zu diesen Kosten zählen bereits getätigte Investitionen, deren Wert (nicht vollständig) nicht zurückgewonnen werden kann, z. B. in intellektuelles Eigentum oder Fertigungsprozesse<sup>13</sup>. Zukünftige Kosten, welche unvermeidbar sind, werden auch zu diesen irreversiblen Kosten gerechnet<sup>14</sup>. Entstehen bei industrieller Produktion beispielsweise Umweltschäden, die per Gesetz durch Entschädigungszahlungen oder Dekontaminierungsmaßnahmen kompensiert werden müssen, so sind mit einem Marktaustritt eines Unternehmens solche in der Zukunft unwiderruflichen Kosten verbunden. Im Energiesektor entstehen irreversible Kosten bei der Projektidentifikation, -planung und dem Bau

---

<sup>11</sup>Gabler Wirtschaftslexikon (2014c)

<sup>12</sup>Tollison (1982), S.577

<sup>13</sup>siehe: Sutton (1992)

<sup>14</sup>Baumol & Willig (1981), S.406

von Infrastruktur<sup>15</sup>.

**Vertikal Integriertes Unternehmen** In der Richtlinie 98/30/EG wird als 'vertikal integriertes Unternehmen' ein Unternehmen definiert, „das mindestens zwei der folgenden Funktionen wahrnimmt: Gewinnung, Fernleitung, Verteilung, Lieferung und Speicherung von Erdgas“<sup>16</sup>.

---

<sup>15</sup>Hubert & Suleyanova (2007), S.1

<sup>16</sup>RL 98/39/EG ABl. 1998 L204/4 Art.2 (16)



## 14.2 Anhang II – Koalitionenbildung in Lettland

In den Parlamentswahlen vom 5./6. Juni 1993 konnten acht der 23 registrierten Parteien die vier-Prozent-Hürde überwinden<sup>17</sup>. Die 'Volkspartei' (*Tautas Partija*), welche nach den vorherigen Parlamentswahlen 1990 dank einem Stimmenanteil von 75 % die Unabhängigkeitsbewegung angeführt hatte, war nicht mehr in der lettischen Volksvertretung *Saeima* vertreten. Die Partei 'Lettischer Weg' (*Latvijas Ceļš*) bildete zusammen mit dem konservativen lettischen Bauernverbund (*Latvijas Zemnieku Savienība*) eine Mitte-Rechts-Regierung.

Zwei Jahre später repräsentierte das nationale Parlament nach vorgezogenen Wahlen (30. September/1. Oktober 1995) eine stark zersplitterte Parteienlandschaft<sup>18</sup>. Von den neun in der *Saeima* vertretenen Parteien verfügte die 'Demokratische Partei' (*Demokrātiskā partija 'Saimnieks'*) als stärkste Fraktion nur über 18 der insgesamt 100 Sitze. Erst sieben Wochen nach der Wahl konnten sich sechs Parteien auf eine ideologisch breitgefächerte und von Anfang an zerstrittene Koalition einigen.

Nach den darauffolgenden Wahlen im Jahre 1998 waren sechs Parteien im lettischen Parlament vertreten<sup>19</sup>. Zwar hatten die 'Volkspartei' (*Tautas partija*) und der 'Lettische Weg' (*Latvijas Ceļš*) aus dem rechtskonservativen Lager die meisten Sitze erlangen können, persönliche Konflikte zwischen den Parteiführern verhinderten jedoch ein gemeinsames Regierungsbündnis. Die als Notlösung gebildeten Regierungen unter Vilis Krištopans und sodann Andris Šķēle zerbrachen jeweils in weniger als einem Jahr.

---

<sup>17</sup>Für die Parlamentswahlen war das alte Wahlgesetz aus der Zeit der lettischen Republik zwischen den Weltkriegen in nur wenig veränderter Form übernommen worden [*Quelle*: Anton (2009), S.241]. Das am 25. Mai 1995 verabschiedete neue Wahlgesetz hob die vier-Prozent-Hürde auf 5 Prozent an [*Quelle*: Centrālā Vēlēšanu Komisija (1995)]. Um die Parteienzersplitterung weiter zu reduzieren wurde außerdem bestimmt, dass sich bei Wahlen nur 'politische Organisationen', d.h. Parteien oder politische Vereinigungen mit mehr als 100 Mitgliedern bewerben dürfen [*Quelle*: Nohlen & Kasapovic (1996), S.59].

<sup>18</sup>Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014b)

<sup>19</sup>Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014c)

In den Saeima-Wahlen von 2002<sup>20</sup> triumphierte die 'Neue Ära' (*Jautais Laiks*), eine vom ehemaligen Zentralbankchef Einārs Repše im Jahr zuvor gegründete Partei, in ihrem Wahlkampf eine Anti-Korruptionsagenda vertreten hatte<sup>21</sup>. Repšes Kampagne für mehr Transparenz und Integrität mündete in konstante Streitigkeiten mit dem Koalitionspartner, 'Lettlands Erste Partei' (*Latvijas Pirmā partija*)<sup>22</sup>, woran das Regierungsbündnis knapp zwei Jahre später im Februar 2004 zerbrach. Die darauffolgende Minderheitsregierung aus dem 'Lettischen Bauernverbund' (*Latvijas Zemnieku Savienība*) und der 'Lettischen Grünen Partei' (*Latvijas Zaļā Partija*) überlebte nur bis zum Dezember<sup>23</sup>, als Aigars Kalvītis 'Volkspartei' (*Tautas partija*) eine neue Mitte-Rechts-Koalition gemeinsam mit der 'Union der Grünen und Bauern' (*Zaļo un Zemnieku savienība*)<sup>24</sup> und einem weiteren Parteienbündnis, *Latvijas Pirmā partija/Latvijas Ceļš*, bildete.

In den nächsten Parlamentswahlen 2006 wurde zum ersten Mal eine lettische Regierung im Amt bestätigt<sup>25</sup>. Premierminister Aigars Kalvītis geriet jedoch schnell durch Korruptionsvorwürfe unter Druck<sup>26</sup>. Zudem wurde seiner Partei unterstellt, sie pflege zu engen Kontakt zur Geschäftswelt, ins-

---

<sup>20</sup>Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014d)

<sup>21</sup>Kasekamp (2010), S.178

<sup>22</sup>Die christdemokratische Partei *Latvijas Pirmā partija* wurde drei Monate vor den Wahlen gegründet. Sie verfocht konservative Werte und genoss Unterstützung durch die lutherische Kirche sowie christlichen Gruppen. Im Jahr 2007 vereinigte sich die Partei mit dem 'Lettischen Weg' (*Latvijas Ceļš*) zur *Latvijas Pirmā partija/Latvijas Ceļš*. Für die Parlamentswahlen 2011 wurde die *Latvijas Pirmā partija/Latvijas Ceļš* in Reaktion auf die Gründung der 'Zatlers Reformpartei' (*Reformu partija*) in 'Šlesers Reformpartei-LPP/LC' (*Šlesera Reformu partija-LPP/LC*) umbenannt, nach dem Parteivorsitzenden Ainārs Šlesers [Quelle: Delfi (2011a)]. Allerdings erhielt sie bei den Wahlen lediglich 2,4 % der Stimmen und konnte keine Sitze erringen [Quelle: Pryce (2012), S.614]. Die Partei löste sich im Dezember 2011 auf.

<sup>23</sup>Die Regierung trat zurück, nachdem die Saeima den Haushalt für das Jahr 2005 abgelehnt hatte.

<sup>24</sup>Die 'Union der Grünen und Bauern' war ein Zusammenschluss der 'Lettischen Grünen Partei' (*Latvijas Zaļā Partija*) und dem 'Lettischen Bauernverbund' (*Latvijas Zemnieku Savienība*), aus dem eine neue Partei hervorging.

<sup>25</sup>Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014e)

<sup>26</sup>Kasekamp (2010), S.179

besondere zu sog. Oligarchen, die zugleich selbst zeitweise politische Ämter innehatten und eigene Parteien anführten<sup>27</sup>. Dieser Unmut über das politische System gipfelte im November 2007 in großen öffentlichen Protestkundgebungen, wodurch sich Kalvītis gezwungen sah, zurückzutreten<sup>28</sup>.

Ergebnis dieser politischen Krise war eine Koalition aus den gleichen vier Parteien, die aber nunmehr von Ivars Godmanis ('Lettischer Weg' – *Latvijas Ceļš*) geführt wurde. Die Sparmaßnahmen der Regierung in Folge der Wirtschaftskrise erregten Widerstand in der Bevölkerung. Zwei (erfolglose) Referenda wurden initiiert<sup>29</sup>, um die Politik der Koalition vor den nächsten Wahlen beeinflussen zu können<sup>30</sup>. Die Umfragewerte der Mitte-Rechts-Koalition sanken aufgrund der unpopulären Budgetpolitik, und im März 2009 trat Godmanis von seinem Amt als Premierminister zurück. Sein Nachfolger Valdis Dombrovskis von der 'Neuen Ära' (*Jaunais Laiks*) setzte als Regierungschef einer Fünf-Parteien-Koalition<sup>31</sup> die dramatischen Einschnitte im Staatshaushalt fort, wodurch das Ansehen der politischen Parteien allgemein noch weiter sank.

Die sechsten Parlamentswahlen<sup>32</sup> seit der Unabhängigkeit fanden am 2. Oktober 2010 im Umfeld großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten statt<sup>33</sup>.

<sup>27</sup> Andris Šķēle (*Tautas partija*), Ainārs Šlesers (*Latvijas Pirmā partija* und später die *Šlesera Reformu partija-LPP/LC*) und Aivars Lembergs (*Zaļo un Zemnieku savienība*)

<sup>28</sup> BBC (2007) – Anmerkung: Direkter Auslöser der Proteste waren wiederholte jedoch erfolglose Anläufe, den Leiter der Anti-Korruptionsbehörde, Aleksej Loskutovs, zu entlassen. Diese Schritt wurde allgemein als Versuch gewertet, laufende Untersuchungen gegen Personen, die Premierminister Aigars Kalvītis nahestanden, zu stoppen.

<sup>29</sup> siehe: Centrālā Vēlēšanu Komisija (2008) sowie Kasekamp (2010), S.179

<sup>30</sup> Zur Abstimmung standen einerseits die Pläne der Regierung zu einer Rentenreform, sowie eine Verfassungsänderung, welche es einem Zehntel der Wähler Lettlands erlaubt hätte, per Referendum den Saeima aufzulösen.

<sup>31</sup> 'Neue Ära' (*Jaunais Laiks*), 'Volkspartei' (*Tautas partija*), 'Bürgerunion' (*Pilsoniskā savienība*), 'Union der Grünen und Bauern' (*Zaļo un Zemnieku savienība*), sowie die Partei 'Für Vaterland und Freiheit/LNNK' (*Tēzemei un Brīvībai/LNNK*)

<sup>32</sup> Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014f)

<sup>33</sup> Bloom (2011), S.379

Lettland war einem Rückgang des Bruttosozialprodukts<sup>34</sup> um 19 % und einer Arbeitslosigkeit von knapp 20 % die weltweit am schwersten getroffene Wirtschaft. Vor den Wahl hatte sich das tiefe Misstrauen der Bürger gegenüber der lettischen Politik in Umfragen geäußert, nach denen für alle etablierten Parteien ein Scheitern an der 5-Prozent-Hürde vorhergesagt wurde. Als Reaktion auf die geringen Umfragewerte wurden Wahlallianzen vereinbart, wodurch erstmals eine erste Konsolidierung des lettischen Parteiensystems einsetzte<sup>35</sup>. Ziel dieser Bündnisse war einerseits, eine ausreichende Anzahl an Stimmen für eine Vertretung in der Saeima zu erlangen und sollte mit neuen Parteinaamen das schlechte Ansehen in der Bevölkerung überwunden werden. Die Wahlallianz 'Einheit' (*Vienotība*)<sup>36</sup> konnte nach der Abstimmung zusammen mit der 'Union der Grünen und Bauern' eine Regierung stellen<sup>37</sup>.

Bereits am 17. September wurden vorgezogene Neuwahlen zur Saeima abgehalten, nachdem erstmalig seit der Eigenständigkeit Lettlands eine Volksabstimmung zur Auflösung des nationalen Parlaments stattgefunden hatte<sup>38</sup>. Diese war vom damaligen Staatspräsident Valdis Zatlers angesetzt worden<sup>39</sup> als Reaktion auf die Weigerung der Saeima, die Immunität des Abgeordneten Ainārs Šlesers aufzuheben, der unter Korruptionsverdacht stand<sup>40</sup>. Mit dem Wahlsieg des 'Zentrums der Harmonie' (*Saskaņas Centrs*) wurde erstmals eine pro-russische Partei stärkste Kraft<sup>41</sup>. Es kam eine Koalition aus 'Zatlers

<sup>34</sup>Für eine Erläuterung des Begriffes *Bruttosozialprodukt* siehe Anhang: [BIP](#)

<sup>35</sup>Ikstens (2010), S.1039

<sup>36</sup>Das Wahlbündnis *Vienotība* vereinte die Partei 'Neue 'Ära' des bisherigen Premierministers Valdis Dombrovskis mit der 'Bürgerunion' und der 'Gesellschaft für eine andere Politik' (*Sabiedrība Citai Politikai*)

<sup>37</sup>Eglitis (2010)

<sup>38</sup>Pryce (2012), S.613

<sup>39</sup>Nach Artikel 48 der lettischen Verfassung kann der Staatspräsident ein Referendum zur Auflösung des nationalen Parlaments initiieren [*Quelle*: Latvijas Republikas Saeima (2014)]. Sofern mehr als 50 % der Wähler diesem zustimmen, wird die Saeima aufgelöst und Neuwahlen finden statt.

<sup>40</sup>Eglitis (2011a)

<sup>41</sup>Centrālā Vēlēšanu Komisija (2014g)

Reformpartei' und den Wahlbündnissen 'Einheit' und 'Nationale Allianz'<sup>42</sup> (*Nacionālā apvienība 'Visu Latvijai!' – 'Tēvzemei un Brīvībai/LNNK'*)<sup>43</sup>.

### 14.3 Anhang III – Fragenkatalog für Experteninterviews

1. *Is the role of Gazprom and Itera and of Russian capital in general in the Latvian energy market considered a problem? Is this situation viewed similarly by everyone or are there differing opinions?*
2. *What importance does gas market regulation and in particular ownership unbundling have in Latvian energy policy? Is the status of Latvijas Gāze as a monopoly supplier and a vertically integrated utility seen as a problem in Latvian politics?*
3. *Are there major differences about gas market regulation among Latvian parties, industry associations, and perhaps other civil society groups (trade unions, ecological movements)?*
4. *Would you say that one can see certain guidelines or priorities in Latvian energy policy over the last few years? More specifically, are there any drivers of policy making one can detect? For example, the 'Energiewende' in Germany, the attempt to turn away from nuclear energy and towards renewable, has been the general theme in German energy policy. Is there anything similar in Latvia?*
5. *In the official 'Latvian Energy Long Term Strategy - 2030' the view is expressed that energy policy primarily has to serve economic growth and improve the*

<sup>42</sup>Vollständiger Name des Wahlbündnisses ist: Nationale Vereinigung 'Alle für Lettland' – 'Für Vaterland und Freiheit/Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung (LNNK)'  
Die 'Nationale Allianz' wurde als Wahlbündnis zwischen 'Für Vaterland und Freiheit/LNNK' und 'Alle für Lettland' für die Wahlen von 2010 gebildet. Eine eigenständige Partei wurde sie am 23. Juni 2011 unter der Führung von Gaidis Bēziņš und Raivis Dzintars.  
[Quelle]: The Baltic Times (2011)

<sup>43</sup>Eglitis (2011b)

*competitiveness of Latvia's industry. The issue of energy security and in particular diminishing the dependence on Russian energy imports are considered less important. Would you confirm that supply security takes a less prominent role in Latvian energy policy than do purely economic considerations?*

- 6. What is your opinion on the nature of the policy making process? To what degree are decisions made on technical grounds or on considerations of daily politics? Do these decisions reflect a long-term vision or could they be regarded as being the result of politicking and presumably lobbying by interest groups? Could you give some indicators, why you would describe Latvian energy policy one way or the other?*
- 7. What do you think are the reasons that Latvia has delayed the implementation of the EU Third Energy Package for so long? Using at first an exemption in the directive as an 'energy island' for not opening its market for competition and then only deciding on March 13th 2014 to demand full ownership unbundling of Latvijas Gāze (while Lithuania for example has done so in 2010)?*

### **Eidesstattliche Erklärung zur Diplomarbeit**

Hiermit versichere ich, dass ich die Diplomarbeit – bei einer Gruppenarbeit meinen gekennzeichneten Teil der Arbeit – selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst habe.

Ich versichere außerdem, dass die vorliegende Arbeit noch nicht einem anderen Prüfungsverfahren zugrunde gelegen hat.

Ich bin damit

☐ einverstanden

☐ nicht einverstanden,

dass ein Exemplar meiner Diplomarbeit in der Bibliothek ausgeliehen werden kann.

---

Berlin, den 11. April 2014

---

Unterschrift